

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

---

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI  
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

102.

SITZUNG

15 - 3 - 1967

Presidente: PUPP

Vicepresidente: BERTORELLE

## INDICE

**Disegno di legge n. 82:**

**« Stati di previsione dell'entrata e della  
spesa della Regione Trentino-Alto Adige  
per l'esercizio finanziario 1967 »**

**pag. 3**

## INHALTSANGABE

**Gesetzentwurf Nr. 82:**

**« Haushaltseinnahmen- und -ausgabenvor-  
schlag der Region Trentino-Tiroler Etschland für  
das Rechnungsjahr 1967 »**

**Seite 3**

Ore 10.20.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 10.3.1967.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Riprendiamo l'esame del *disegno di legge n. 82: « Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1967 »*.

Il cons. Mitolo rinuncia a parlare; il cons. Mognoni è assente.

La parola al sen. Raffener.

RAFFEINER (T.H.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst eine Bemerkung vorausschicken, die eigentlich mit der Generaldebatte nichts zu tun hat. Da aber die meisten Leute nur eine mangelhafte geschichtliche Kenntnis haben, möchte ich die-

se Bemerkung voranschicken. Vor einigen Tagen las ich in einer Auslage die Ankündigung eines Schauspieles; es war zu lesen: Uraufführung des Südtiroler Bauerndramas « Der Erbhof ». Dazu möchte ich feststellen, daß es in Südtirol und überhaupt in ganz Tirol niemals einen Erbhof gegeben hat. In Tirol gab es und gibt es geschlossene Höfe. Der Erbhof war eine nationalsozialistische Einrichtung; auch der Name war eine nationalsozialistische Erfindung. Er wurde im Jahre 1933 durch das Reichserbhofgesetz in Deutschland eingeführt und im Jahre 1947 wieder aufgehoben. Ich möchte nicht, daß Leute, die nur schwache geschichtliche Kenntnisse haben, sich zu Vorstellungen über die eigene Vergangenheit verleiten lassen, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben.

Nun komme ich zum eigentlichen Thema, über das ich zu Ihnen sprechen möchte. Es betrifft die auf Ersitzung beruhenden Feldwege- und Wasserleitungsservituten, die niemals im Grundbuch eingetragen worden sind. Es ist dies ein Problem, das hauptsächlich die Landwirtschaft, ganz besonders unsere Bergbauernwirtschaft angeht und dringend eine Lösung erfordert, die meiner Ansicht nach nur von der Region gegeben werden kann.

Bekanntlich können Rechte an Liegenschaften, das Eigentumsrecht und andere Rech-

te bei uns nur durch die Eintragung des Rechtes im Grundbuch erworben werden. Während im übrigen Italien beispielsweise ein Kaufvertrag genügt, um Eigentum an einer Liegenschaft oder Rechte zu erwerben, ist ein solcher bei uns nicht genügend, sondern zum Erwerb des Eigentums ist die Eintragung im Grundbuch erforderlich. Man nennt diese Regelung das Eintragungsprinzip. Es gibt nur zwei Ausnahmen von diesem Prinzip. Diese zwei Ausnahmen sind die Erbfolge und die Ersitzung.

Bei der Erbfolge gehen die Rechte des Erblassers schon mit dem Tod auf den Erben über. Die nachträgliche Eintragung dieser Rechte auf den Namen des Erben, die nur auf Grund eines sogenannten Erbscheines erfolgen kann, hat nur deklaratorische Bedeutung. Das Recht als solches ist schon mit dem Tod des Erblassers auf den Erben übergegangen.

Der zweite Ausnahmefall ist die Ersitzung, die darin besteht, daß jemand durch die dauernde Ausübung eines Rechtes während der ganzen vom Gesetz vorgeschriebenen Zeit ein Recht erwirbt. Damit aber ein ersessenes Recht im Grundbuch eingetragen werden kann, ist ein gerichtliches Urteil erforderlich, durch welches das Bestehen des erworbenen Rechtes, das Bestehen des Servituts- oder des Eigentumsrechtes festgestellt wird. Erst wenn das Recht im Grundbuch eingetragen ist, ist es auch dritten Erwerbern gegenüber geschützt.

So enthielt schon der § 1500 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches Österreichs die Bestimmung, daß ein ersessenes Recht, solange es nicht im Grundbuch eingetragen ist, demjenigen nicht zum Nachteil reichen kann, der im Vertrauen auf das öffentliche Buch eine Sache an sich gebracht hat. Diese Bestimmung entspricht dem Grundsatz des öffentlichen Glaubens, der dem Grundbuch zukommt. Wer

im guten Glauben und im Vertrauen auf das Grundbuch das Eigentum oder andere Rechte an einer Liegenschaft erwirbt, braucht Rechte, die im Grundbuch nicht eingetragen erscheinen, nicht zu berücksichtigen oder gegen sich gelten zu lassen.

Von diesem allgemeinen Grundsatz des öffentlichen Glaubens des Grundbuches gab es im alten Österreich einige Ausnahmen, so vor allem in Tirol und dann auch in Vorarlberg.

Für Tirol bestimmte der Art. 1 des Staatsgesetzes vom 18.3.1897, daß « als Felddienstbarkeiten (servitù rustiche) sich darstellende Wege- und Wasserleitungsservituten, sofern sich dieselben auf Ersitzung gründen, der Eintragung im Grundbuch nicht bedürfen und daß auf diese Rechte die Vorschrift des § 1500 des ABGB keine Anwendung findet ». Infolge dieser Bestimmung wurden in Tirol, also auch in Südtirol und im Trentino, der Landwirtschaft dienende Wege- und Wasserleitungsservituten nur in den seltensten Fällen, nämlich dann wenn dies von den Parteien ausdrücklich verlangt wurde, was fast nie vorkam, im Grundbuch eingetragen. Der Erwerber aber von Liegenschaften, die mit solchen Servituten belastet waren, mußte diese gegen sich gelten lassen und konnte sich nicht auf den öffentlichen Glauben des Grundbuches gemäß § 1500 berufen. Die Begründung dieser Ausnahmebestimmung bestand darin, wie aus dem damaligen Bericht der Justizkommission hervorging, daß in Tirol wegen seiner Berge und Täler und der dadurch bedingten Zerrissenheit des Landes, wegen der Streulage der Berghöfe, die Wegverbindungen zu den einzelnen Höfen zumeist nur Privatwege sind, die über fremden Grund und Boden führen, und auch die Wasserversorgung auf Privatquellen und Privatwasserleitungen beruht, so daß die Zahl dieser Servituten nicht bloß in die Tausende, sondern

in die Zehntausende geht, weshalb es ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre, alle diese Rechte festzustellen und im Grundbuch einzutragen. Die Grundbuchsankommisssäre wurden daher ausdrücklich von der Verpflichtung zur Eintragung dieser Felddienstbarkeiten enthoben.

Die in Tirol gemachten Erfahrungen führten sogar dazu, daß in Vorarlberg mit einem Staatsgesetz vom Jahre 1905 die Eintragung solcher Felddienstbarkeiten überhaupt verboten wurde.

Als im Jahre 1929 die italienische Zivilgesetzgebung in den neuen Provinzen eingeführt wurde, wurden die Grundbücher und die darauf Bezug habenden Gesetze mit einigen Abänderungen und Ergänzungen ausdrücklich aufrechterhalten. Die im § 1500 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches enthaltene Bestimmung wurde, da eben dieses Gesetzbuch aufgehoben wurde, ersetzt durch den Art. 5 des Königlichen Dekretes Nr. 499 vom 28.3.1929. Im ersten Absatz dieses Art. 5 des Kgl. Dekretes Nr. 499 heißt es, daß, wer immer behauptet, das Eigentum oder ein anderes Realrecht an einer Liegenschaft durch Ersitzung erworben zu haben, die Eintragung desselben im Grundbuch auf Grund eines rechtskräftigen Urteils, das ihm dieses Recht zuerkennt, erlangen kann. Der letzte Absatz dieses Art. 5 bestimmt — entsprechend dem angeführten § 1500 —, daß die Rechte der Dritten, die im Vertrauen auf das Grundbuch noch vor der Eintragung des ersessenen Rechtes oder der entsprechenden Klageanmerkung erworben wurden, unbeschadet bleiben.

Von der nur in Tirol geltenden Ausnahmebestimmung des Gesetzes vom Jahre 1897 betreffend die der Landwirtschaft dienenden, durch Ersitzung erworbenen Wege- und Was-

serleitungsservituten ist in der Ausdehnungsgebung nicht die Rede. Zwar heißt es im Art. 1 des angeführten Kgl. Dekretes Nr. 499, daß außer dem Grundbuchgesetz noch alle anderen Gesetze und Verordnungen über das Grundbuch und Eisenbahnbuch in Geltung bleiben, soweit sie mit diesem Dekret und dem neuen Text des Grundbuchgesetzes vereinbar sind.

Seither sind viele Jahre vergangen und war man allgemein der Ansicht, daß in Südtirol und im Trentino die Sonderbestimmung vom 17.3.1897 in Geltung geblieben sei. So gut wie keinem Menschen ist es eingefallen, gegen seinen Nachbarn einen Prozeß anzustrengen, nur um festzustellen, daß ein seit unvordenklichen Zeiten bestehendes Wege- oder Wasserleitungsrecht durch Ersitzung erworben worden ist. Noch im Jahre 1939 hat der Appellationsgerichtshof Trient in seinen Edikten zur Einleitung des Richtigstellungsverfahrens für die Eröffnung neuer Grundbücher die Weisung erteilt, daß die als Felddienstbarkeiten sich darstellenden Wege- und Wasserleitungsservituten, insofern sie auf Ersitzung beruhen, im Grundbuch nicht eingetragen zu werden brauchen.

Inzwischen aber sind verschiedene Prozesse anhängig gemacht worden, in denen die Erwerber von Liegenschaften den Standpunkt vertreten, daß die Ausnahmebestimmung vom 17. März 1897 nicht mehr in Geltung sei, weil sie mit dem im Art. 5 des Kgl. Dekretes Nr. 499 vom Jahre 1929 enthaltenen Prinzip des öffentlichen Glaubens des Grundbuches in Widerspruch stehe. Interessanterweise haben die Gerichte bereits in zwei Instanzen diesen Standpunkt akzeptiert und den Klägern recht gegeben. Nun liegt der Prozeß darüber in den Händen des Obersten Gerichtshofes. Es ist klar, daß der Ausgang dieses Prozesses, näm-

lich die Entscheidung der Streitfrage, ob in der Region Trentino-Tiroler Etschland das Sondergesetz vom 17.3.1897 für den Fortbestand der genannten Wege- und Wasserleitungsservituten, die sich auf Ersitzung gründen und im Grundbuch nicht eingetragen sind, in Geltung geblieben ist, von wesentlicher Bedeutung ist.

Ich habe vor einiger Zeit an den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes ein Schreiben gerichtet, worin ich ihn mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit der Sache gebeten habe, zu veranlassen, daß diese Streitfrage von den vereinigten Sektionen des Kassationshofes entschieden werde. Es ist nicht vorauszusehen, wie der Oberste Gerichtshof die Frage entscheiden wird. Bemerken möchte ich, daß ich in meiner Eigenschaft als Rechtsanwalt mit keinem einzigen dieser Prozesse zu tun habe. Ich habe von diesen Prozessen bloß als Assessor für das Grundbuchwesen Kenntnis erhalten. Aber selbst wenn der Oberste Gerichtshof entscheiden sollte, daß die Ausnahmebestimmung des Gesetzes vom 17. März 1897 für unsere Region noch immer Geltung habe, wäre das Problem nur zu einem kleinen Teil gelöst.

Die italienische Gesetzgebung ist nämlich, besonders was die Servituten betrifft, in keiner Weise den Erfordernissen unserer Bergbauernwirtschaft angepaßt. In den meisten Fällen müßte nämlich die Ersitzung für die Zeit vor dem 1. Juli 1929 nachgewiesen werden, d.h. wegen der Verlängerung der Ersitzungszeit infolge der Kriegsjahre des ersten Weltkrieges bis zurück zum Jahre 1890. Nun ist es fast unmöglich, einen Zeugenbeweis für die Zeit um das Jahr 1890 zu erbringen, denn solche Zeugen wären schon fast hundert Jahre alt. Es kann für jene Zeit also höchstens ein Indizienbeweis erbracht werden. Dazu kommt aber, daß der im Jahre 1929 eingeführte ita-

lienische Zivilkodex aus dem Jahre 1865 eine Ersitzung nur für « servitù apparenti e continue », also für offenbare und ständige Servituten zuläßt, zum Unterschied von der alten österreichischen Gesetzgebung, die für jede Art von Servituten eine Ersitzung zuließ.

Ein typisches Beispiel für eine « servitù non apparente e non continua », ist das sogenannte « Schneefluchtrecht », das bei uns in verschiedenen Tälern anzutreffen ist (il diritto di rifuggire con la propria gregge davanti alla neve ed alle valanghe sul fondo altrui). Dieses Recht ist weder sichtbar noch beständig, denn es kann nur bei Schneefall oder Lawinengefahr ausgeübt werden und keiner Alm oder Wiese oder keinem Grundstück ist es anzusehen, ob die Nachbarn das Recht haben, mit ihrem Vieh vor dem Schnee dorthin zu flüchten. Zum Glück ist das Schneefluchtrecht in den meisten Fällen im Grundbuch eingetragen worden.

Ein ähnliches Recht ist das Holzriesenrecht, das Recht nämlich, Baumstämme und Holzstücke durch eine sogenannte Ries ins Tal hinabzutreiben (di far scorrere i tronchi di legname attraverso un canalone giù per le falde di una montagna). Eine einzige Ries dient oft verschiedenen Waldbesitzern. Niemand kann es aber der Ries ansehen, daß auch Nachbarn das Recht haben, sie zum Holztreiben zu benützen. Von einer ständigen Servitut kann nie die Rede sein, weil die Ries nur anlässlich einer Schlägerung, die vielleicht alle zehn Jahre bewilligt wird, benützt wird.

Auch das Recht, auf einem Weg zu gehen oder zu fahren, ist keine ständige Servitut, weil niemand beständig auf einem Weg gehen oder fahren kann. Die Ersitzung einer solchen Servitut war also in der ganzen Zeit von 1929

bis 1941, in welcher bei uns der Codice Civile von 1865 in Geltung war, unmöglich.

Das im Jahre 1941 eingeführte III. Buch des Zivilkodexes läßt zwar die Ersitzung von « servitù discontinue », also von nicht beständigen Dienstbarkeiten, zu, aber nur unter der Voraussetzung, daß sie « apparenti », also offenbar sind, was lange nicht von allen Wegservituten behauptet werden kann.

Kurzum, die italienische Zivilgesetzgebung wird den Erfordernissen unserer Bergbauernwirtschaft nicht gerecht; sie ist überhaupt auf Verhältnisse zugeschnitten, die für romanische Länder zutreffen, wo die Bevölkerung hauptsächlich in Städten oder in großen geschlossenen Siedlungen wohnt. Sie berücksichtigt in keiner Weise die Bedürfnisse einer Bevölkerung, die über Berg und Tal weit verstreut wohnt, wie dies bei unseren Bergbauern der Fall ist. Es ist nicht zu erwarten, daß die Bestimmungen des Zivilkodexes abgeändert und den Bedürfnissen unserer Landwirtschaft angepaßt werden. Wohl aber hat nach meiner Ansicht die Region die Möglichkeit, einzugreifen, denn alle die vorgenannten Feldservituten dürfen nicht bloß als Privatrechte angesehen werden, die ausschließlich zum Nutzen des einzelnen da sind, sondern müssen in erster Linie als dem Gemeinnutzen dienende Rechte betrachtet werden. Ihre Erhaltung liegt im Interesse der Landwirtschaft und des Forstwesens, also im öffentlichen Interesse und es ist Aufgabe der politischen Behörde, sich um die Erhaltung und den Schutz dieser Rechte zu kümmern.

Da die Region primäre Gesetzgebungsgewalt auf dem Gebiet der Landwirtschaft und des Forstwesens hat, ist sie berechtigt, im Interesse der Land- und Forstwirtschaft Enteignungen vorzunehmen und daher auch Servituten zu begründen oder aufzuheben, wo solche

— z.B. infolge einer neuerbauten Straße — überflüssig geworden sind.

Ich halte es daher für notwendig, daß ein eigenes Regionalgesetz erlassen werde, welches die Anerkennung, die Neubildung und auch die Aufhebung solcher Rechte im Interesse der Land- und Forstwirtschaft zum Gegenstand hat. Die Sache geht in gleicher Weise die Provinz Bozen wie die Provinz Trient an, weil in beiden Provinzen die gleichen Probleme bestehen. Ein Eingreifen der Region bzw., im Falle einer « delega », der Provinzen, soll immer dann möglich sein, wenn es von der einen oder anderen Partei beantragt wird, weil die Parteien unter sich über die Ausübung des Rechtes uneinig sind.

Und nun komme ich zum Thema Südtirol, über das in dieser Generaldebatte schon soviel gesprochen wurde, was ja leicht begreiflich ist, weil die Sache uns alle angeht. Seit Wochen und Monaten steht das Problem Südtirol im Mittelpunkt von Hoffnungen und Befürchtungen, die sich, ich möchte sagen, fast gleichmäßig auf beide Volksgruppen, Deutsche und Italiener, verteilen. In beiden Volksgruppen gibt es Kreise, die hoffen und wünschen, daß für das Problem Südtirol endlich eine Lösung gefunden werde, die ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen ermöglicht; die hoffen und wünschen, daß das ominöse Paket, dessen Inhalt wir heute zum ersten Mal in der Zeitung lesen oder nicht lesen konnten, je nach verfügbarer Zeit, mit den darin enthaltenen Konzessionen eine solche Lösung bringen wird.

In beiden Volksgruppen gibt es Kreise, die mit Besorgnis den Gang der Verhandlungen verfolgen: Die einen befürchten, daß der Südtiroler Volkspartei zu große und weitgehende Konzessionen gemacht werden, daß durch die Erweiterung der Kompetenzen die

bestehenden Reibungsflächen nur vergrößert werden und infolgedessen der Volkstumskampf nicht gemildert, sondern verschärft werde.

Andere hingegen behaupten, daß die in Aussicht gestellten Konzessionen wegen der damit verbundenen Auflagen und Sicherungen zugunsten der italienischen Volksgruppe keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der bisherigen Autonomie bedeuten und daher abzulehnen seien.

Dann gibt es eine dritte Kategorie von Leuten, die hauptsächlich diesseits des Brenners anzutreffen sind; es sind dies die ganz Schlaun. Diese glauben, man solle es mit der Annahme des Paketes nicht so eilig haben; die gegenwärtigen Regierungen in Wien und Rom hätten ein ausgesprochenes Interesse, baldigst zu einem Abschluß zu kommen. Diesen Umstand solle man erheblich ausnützen, um noch eine Reihe von Konzessionen politischer und wirtschaftlicher Natur herauszuschlagen, zu deren Gewährung nach Ansicht dieser Leute die römische Regierung unter den gegenwärtigen Umständen sicherlich noch bereit sein werde. Diese ganz Schlaun sagen: Wenn es die anderen besonders eilig haben, soll man es selbst nicht eilig haben und Österreich soll sich seine Herzensangelegenheit, sowie Italien den Frieden mit Österreich, nur etwas mehr kosten lassen.

Dann gibt es aber auch noch eine andere Kategorie von Leuten, die von einer Lösung des Südtirolproblems überhaupt nichts wissen wollen. Solche Leute sind sowohl hier, aber in weit größerer Anzahl jenseits des Brenners anzutreffen. Sie befürchten, daß durch ein neuerliches Übereinkommen zwischen Österreich und Italien die Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechts kompromittiert werden könnte, wobei sie unter Selbstbestimmungsrecht die Lostrennung Südtirols von Ita-

lien und seine Vereinigung mit Österreich oder Deutschland verstehen.

Zu dieser Kategorie, die eine Lösung um jeden Preis vereiteln will, weil sie allein das Selbstbestimmungsrecht fordert, gehören nicht nur die Terroristen und die extrem nationalistischen Kreise, sondern auch viele der sogenannten «nostalgici» — mir fehlt der entsprechende deutsche Ausdruck, ich möchte sie die gutgläubigen Deutschnationalen alter Prägung nennen, die noch immer mit Wehmut an die gute alte Zeit zurückdenken —, die mit Entsetzen wahrnehmen mußten, daß während der ersten Jahre der Regionalautonomie zwischen den Vertretern der deutschen und der italienischen Volksgruppe ein verhältnismäßig gutes Einvernehmen bestand, auf Grund dessen Herr Magnago damals in einer Rundfunkansprache erklären konnte, daß die Zusammenarbeit innerhalb der Region zufriedenstellend funktioniere. Darüber war man in jenen Kreisen höchst alarmiert. Es mußte nach Ansicht dieser Kreise unbedingt verhindert werden, daß sich die deutschsprachigen Südtiroler mit den Italienern und den Trentinern anfreunden oder sich mit der neuen, im Vergleich zur faschistischen Zeit wesentlich verbesserten Lage abfinden und zufriedengeben. Um dies zu verhindern, wurde diesseits und besonders jenseits des Brenners eine hauptsächlich auf Lügen und maßlosen Übertreibungen beruhende Hetzpropaganda entfaltet, die dann zur Situation geführt hat, in der wir uns heute befinden.

Vor einigen Tagen las ich auf der Titelseite einer deutschen Zeitung groß gedruckt: «Südtirol in höchster Gefahr». Im Text darunter war zu lesen, Silvius Magnago verrate Südtirol. In einer anderen deutschen Zeitung stand zu lesen, der österreichische Außenminister Toncic «verschachere» Südtirol.

Es sind dies große Worte, die mit der

Wirklichkeit nicht das geringste zu tun haben, die aber zeigen, auf welche Abwege in manchen deutschen Kreisen das Denken geraten ist.

Was heißt: « Südtirol in höchster Gefahr »? Südtirol ist heute nicht in größerer Gefahr, als es gestern war, oder vor einem Jahr oder vor zehn Jahren war. Es ist gegenwärtig überhaupt in keiner aktuellen Gefahr. In höchster Gefahr war Südtirol zur Zeit der Option im Jahre 1939 und während des letzten großen Krieges. Hätte damals Mussolini nicht den für Italien verhängnisvollen Irrtum begangen, an der Seite Deutschlands in den Krieg einzutreten und, wie man sagt, aufs falsche Pferd zu setzen, dann wäre Südtirol wahrscheinlich verloren gewesen, d.h., dann wäre das Südtirolproblem durch die Umsiedlung oder richtiger gesagt durch die Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung aus Südtirol gelöst worden, so wie die Deutschen aus Polen und aus Böhmen und aus vielen anderen Gebieten vertrieben worden sind. Dafür, daß uns diese böhmische Lösung erspart geblieben ist, können wir dem Herrgott nicht genug danken.

Und was soll es heißen: Magnago verrate Südtirol oder Toncic verschachere Südtirol? Magnago kann gar nicht Südtirol verraten, weil da gar nichts zu verraten ist. Ich bin kein Verteidiger und kein Freund Magnagos und seiner Politik, aber die Behauptung, daß er Südtirol verrate oder verraten habe, ist ungerecht und ein glatter Unsinn. Der gleiche Unsinn ist die Behauptung, der österreichische Außenminister Toncic verschachere Südtirol. Da ist nichts mehr zu verschachern. Südtirol ist bereits vor mehr als 50 Jahren, im April 1915, in London verschachert worden. Es war ein Teil des Preises, der Italien für seinen Eintritt in den ersten Weltkrieg an der Seite der Triple-Entente versprochen worden war. Die Ententemächte haben den Krieg gewonnen und so kam Süd-

tirol durch den Friedensvertrag von St. Germain zu Italien. Hätten die Zentralmächte den Krieg gewonnen, wäre das Trentino weiter bei Tirol geblieben und wir bei Österreich, jedenfalls aber das Trentino bei Tirol, mit dem es in Wahrheit fast 700 Jahre lang, wenn auch nicht de jure so doch de facto, verbunden war. Das Trentino hätte dann den alten Namen Südtirol, den es immer schon unter Österreich hatte, beibehalten. Seither hat sich der Name Südtirol verschoben: im Norden wurde er bis zum Brenner vorgeschoben und im Süden von Ala nach Salurn zurückgezogen. Also schon damals im ersten Weltkrieg ist das Schicksal Südtirols mit Land und Leuten entschieden worden, und zwar durchaus gegen den Willen seiner Bevölkerung. Und so ist es bis heute geblieben. Es gibt da also nichts mehr zu verschachern.

In diesem Zusammenhang ist es gut, daran zu erinnern, daß Österreich am 3. November 1918 in der Villa Giusti bei Padua bedingungslos kapituliert hat, zum Unterschied von Deutschland, das acht Tage später, am 11. November 1918 im Walde bei Compiègne mit den Siegermächten einen Waffenstillstandsvertrag unter Zugrundelegung der 14 Punkte Wilsons abschloß. Deshalb wurde bei den Friedensverhandlungen in St. Germain — von « Verhandlungen » kann eigentlich nicht gesprochen werden, denn Österreich hatte einfach das Diktat zur Kenntnis zu nehmen und zu unterschreiben — jede Berufung Österreichs auf die 14 Punkte Wilsons abgelehnt. Man sagte sich, die Kapitulation war bedingungslos, sie habe mit den 14 Punkten Wilsons nicht das geringste zu tun.

Um aber wieder zum eigentlichen Thema, zu den Konzessionen, die Italien zwecks Lösung der Südtirolfrage zu gewähren bereit ist, zurückzukommen, kann ich nur sagen, daß

auch wir von der THP hoffen und wünschen, daß für Südtirol endlich eine Lösung gefunden werde, die ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen ermöglicht, daß wir aber große Zweifel haben, ob die im Paket enthaltene Neuregelung die gewünschte Lösung bringen wird. Eine konkrete und seriöse Stellungnahme zum Paket ist natürlich erst dann möglich, wenn der genaue Inhalt des sogenannten Paketes, der versprochenen Konzessionen mit allen Nebenvereinbarungen usw. genau geprüft worden ist, was uns bis zur Stunde nicht möglich war, da heute, am 15 März, zum ersten Mal der genaue Inhalt desselben veröffentlicht worden ist. Ich kann also nicht zu den einzelnen Punkten des Paketes Stellung nehmen. Wichtig scheint mir aber, daß durch die Neuregelung der kulturelle und soziale Fortschritt unseres Volkes nicht gehemmt und beeinträchtigt werde, ferner, daß draußen in den Landgemeinden die Diktatur der SVP gebrochen werde und der Bevölkerung Rechtsmittel in die Hand gegeben werden, um sich gegen Willkürakte und Übergriffe der lokalen Gewalthaber und auch gegen Entscheidungen der Landesregierung ohne allzugroßen Kostenaufwand wehren zu können. Grundsätzlich soll gegen alle Entscheidungen ein zweifacher Instanzenzug, der erste auch in sachbezogener Hinsicht, gegeben sein. Wie weit durch das Paket diesen Erfordernissen entsprochen wird, weiß ich zur Stunde noch nicht.

Wir bedauern es jedenfalls, daß bei den Verhandlungen über den Inhalt des Paketes nicht alle Parteien und politischen Vertreter der in der Region lebenden Bevölkerung zu Rate gezogen oder wenigstens gehört wurden, und daß darüber nur mit den Vertretern der SVP und Wien verhandelt wurde.

Die Geheimnistuerei, mit der man bisher vorgegangen ist, läßt nichts Gutes erwarten

und rechtfertigt die Vermutung, daß man das Tageslicht scheue, d.h. die öffentliche Meinung, sowohl hier in Italien als auch draußen jenseits der Grenze. Genauer gesagt: Die italienische Regierung scheut die öffentliche Meinung des italienischen Volkes und die österreichische jene beim deutschen und österreichischen Volk. Die öffentliche Meinung ist nicht vorbereitet, sie geht nicht konform mit dem, was sich die beiden Regierungen in Rom und Wien wünschen. Wie soll nun aber ein Pakt zwischen zwei Völkern Bestand haben, wenn er nicht vom Volkswillen getragen ist, sondern bei beiden Völkern auf Widerspruch und Ablehnung stößt? Zuerst muß die öffentliche Meinung entsprechend vorbereitet werden. Aber bisher ist genau das Gegenteil geschehen; es wurde immer nur gehetzt und alles getan, um kein gegenseitiges Vertrauen aufkommen zu lassen und um eine Annäherung der beiden Volksgruppen zu verhindern.

Es wurde immer nur Volkstumskampf gepredigt. Die Terroristen wurden als Helden gefeiert und der Jugend als Beispiel hingestellt. Plötzlich sollen nun die erregten Geister zurückgepfiffen und beruhigt werden. Dies ist nicht möglich.

Deshalb glaube ich nicht, daß die versprochene Neuregelung eine wirkliche Lösung bringen wird. Wahrscheinlich wird der Volkstumskampf gleich weitergehen wie bisher. Um zu einer wirklichen Lösung zu gelangen, müßte das Vertrauensverhältnis zwischen Rom und Bozen, zwischen dem italienischen Volk und den deutschsprachigen Südtirolern wiederhergestellt werden. Dieses Vertrauen ist systematisch untergraben worden, sei es durch die Volksverhetzung vom Ausland her, sei es durch die mehr als zweideutige Politik der SVP.

Es braucht lange Zeit, um ein verlorenes Vertrauen wiederherzustellen. Erst wenn dies

gelingt, kann eine Neuregelung der politischen Verhältnisse in Südtirol zu einer Befriedung der Volksgruppen führen.

*(Signor Presidente! Signore e Signori! Vorrei prima di tutto fare un'osservazione, la quale peraltro non ha nulla a che fare con la discussione generale. Dato però che la maggior parte della gente ha soltanto delle nozioni insufficienti di storia, vorrei appunto per questo aprire il mio intervento con tale osservazione. Ho letto giorni fa l'annuncio di un dramma dal titolo: « Il potere ereditario » — Prima rappresentazione di un dramma contadino sudtirolese. Vorrei in proposito precisare che né in Alto Adige né nel Tirolo intero è mai esistito un tale « potere ereditario ». Nel Titolo c'erano e ci sono i cosiddetti masi chiusi. Il potere ereditario invece fu una istituzione tipicamente nazionalsocialista; anche lo stesso termine di potere ereditario fu una invenzione del nazionalsocialismo. Lo stesso era stato introdotto in Germania nel 1933 in base alla legge imperiale sui poteri ereditari, legge abrogata poi nel '47. Vorrei evitare che chi ha soltanto precarie nozioni di storia sia indotto a farsi delle idee sbagliate in merito al proprio passato, idee che nulla hanno a che fare con la realtà.*

*Detto questo passo a trattare il tema, per illustrare il quale ho chiesto la parola. Lo stesso riguarda l'usucapione concernente le servitù rustiche di via e di acquedotto, servitù che non sono state mai trascritte nel Libro fondiario. Si tratta di una questione che riguarda principalmente l'agricoltura e in modo particolare la nostra economia montana e che esige di essere risolto urgentemente, cosa questa che porterà essere fatto senza difficoltà da parte della Regione.*

*I diritti riguardanti beni immobiliari, così come il diritto di proprietà ed altri da noi*

*possono essere acquisiti soltanto attraverso la intavolazione del relativo diritto nel Libro fondiario. Mentre nel resto d'Italia basta ad esempio un contratto di compra-vendita per entrare in possesso della proprietà di un bene immobiliare o per acquisire dei diritti, da noi ciò non basta, poiché per essere proprietario di qualcosa, ovvero, di un bene immobiliare, occorre l'intavolazione. Tale regolazione corrisponde al principio della registrazione tavolare. Abbiamo solo due eccezioni che derogano da tale principio: si tratta della successione ereditaria e dell'usucapione.*

*Nel caso della successione ereditaria i diritti del testatore passano automaticamente all'erede dopo la morte del testatore stesso. La registrazione successiva di tali diritti al nome dell'erede è possibile soltanto in base al cosiddetto certificato di eredità ed ha soltanto valore dichiaratorio. Il diritto come tale passa cioè con la morte del testatore all'erede.*

*Il secondo caso di eccezione riguarda, come già detto, l'usucapione. La stessa prevede che attraverso l'esercizio costante di un diritto durante il periodo stabilito dalla legge, tale diritto può essere acquisito da chicchessia. Ma affinché un diritto acquisito per usucapione possa essere intavolato, occorre una sentenza della Magistratura competente, la quale stabilisca l'esistenza di tale diritto, ossia del diritto di proprietà e di servitù. E solo quando tale diritto è regolarmente intavolato, lo stesso è tutelato pure nei riguardi di terzi.*

*Anche l'art. 1500 del Codice Civile Universale austriaco conteneva la norma, secondo la quale un diritto usucapito fintantoché non risultava intavolato non può tornare a pregiudizio di colui, il quale in base alla pubblica fede è entrato in possesso di un bene. Tale norma corrisponde appunto al principio della pubblica fede attribuito al Libro fondiario. Chi in*

*buona fede e sulla base della fiducia nel Libro fondiario entra in possesso di una proprietà o di altri diritti concernenti un bene immobile, non ha bisogno di tener conto di diritti non intavolati, né deve temere che gli stessi possano essere fatti valere contro se stessi.*

*Di tale principio generale della pubblica fede riguardante il Libro fondiario ci furono nell'Austria imperiale alcune eccezioni, soprattutto nel Tirolo e nel Vorarlberg.*

*Per il Tirolo l'articolo 1 della legge imperiale del 18.3.1897 stabiliva che le servitù rustiche sotto forma di servitù di via e di acquedotto non avevano bisogno di essere intavolate ove fossero frutto di usucapione e che a tali diritti non poteva essere applicata la norma dell'art. 1500 del Codice Civile Universale austriaco. A seguito di tale norma nel Tirolo e quindi pure in Alto Adige e nel Trentino le servitù di via e di acquedotto quali servitù rustiche vennero intavolate soltanto in casi estremamente rari, vale a dire, solo se ciò veniva richiesto esplicitamente dalle parti, ciò che peraltro non succedeva mai o quasi mai. L'acquirente però di beni immobiliari gravati delle anzidette servitù doveva subirle e non era in grado di appellarsi alla pubblica fede del Libro fondiario di cui al citato articolo 1500. Tale norma eccezionale era motivata dal fatto che nel Tirolo — come emerge dalla relazione della allora Commissione di Giustizia — data la sua configurazione orografica montana e il conseguente frazionamento del territorio, nonché data la posizione sparsa dei masi, dei collegamenti interpoderali rappresentati in massima parte da vie private attraversanti i fondi altrui, considerato pure che lo stesso approvvigionamento idrico era basato su sorgenti e acquedotti privati, il numero delle servitù ascendeva non solo a migliaia ma addirittura a decine di migliaia. Sarebbe stato pertanto as-*

*solutamente impossibile di accertare tutta questa caterva di diritti per farli registrare nel Libro fondiario. La commissione per l'impianto dei Libri fondiari fu pertanto espressamente esonerata dall'obbligo di intavolare le servitù rustiche di via.*

*Le esperienze fatte nel Tirolo avevano sinanche per conseguenza che nel Vorarlberg nel 1905 era stata in base a una legge imperiale vietata addirittura la intavolazione di servitù rustiche.*

*Quando nel 1929 venne introdotto nelle nuove province il Codice Civile Italiano, i Libri fondiari e le leggi riferentivisi vennero — salvo alcune modificazioni ed integrazioni — esplicitamente conservati e continuati. La norma contenuta nell'art. 1500 del Codice Civile Universale austriaco è stata poi sostituita con l'art. 5 del Regio Decreto 499 del 29 marzo 1929, essendo stato abrogato il Codice anzidetto. Al primo comma dell'art. 5 del Regio Decreto 499 è detto che chiunque affermi di avere acquistato la proprietà o altro diritto reale di un bene immobile mediante usucapione, può ottenere l'intavolazione in base ad una sentenza passata in giudizio, la quale riconosca espressamente tale diritto. L'ultimo comma di tale art. 5 stabilisce però, giusta quanto già previsto dal citato art. 1500, che restano impregiudicati i diritti di terzi acquistati sulla fede del Libro fondiario anteriormente alla iscrizione del diritto usucapito o a seconda della annotazione della domanda giudiziaria.*

*Dalla norma eccezionale della legge dell'anno 1897 vigente solo nel Tirolo e riguardante le servitù rustiche di via e di acquedotto, nelle leggi estensive non se ne parla. È vero peraltro che l'art. 1 del citato Regio Decreto 499 stabilisce che oltre alla legge sui Libri fondiari restano in vigore pure altre leggi e decreti concernenti il Libro fondiario e quello*

ferroviario, nella misura cioè in cui risultano conciliabili con tale decreto e con il nuovo testo della legge sui Libri fondiari.

Da allora in poi molti anni sono passati e tutti erano generalmente del parere che sia in Alto Adige come nel Trentino la norma speciale del 17 marzo 1897 fosse rimasta in vigore. Quasi a nessuno era venuto in mente di far causa ad un suo vicino soltanto per stabilire, se un diritto di via o di acquedotto acquistato per usucapione in tempi ormai remoti esistesse o meno. Sin dal 1939 la Corte d'Appello di Trento aveva nelle sue disposizioni per avviare la procedura di rettifica per l'impianto di nuovi Libri fondiari stabilito che le servitù di via e di acquedotto quali servitù rustiche non abbisognano di essere iscritte nel Libro fondiario ove risultano essere frutto di usucapione.

Nel frattempo però sono state promosse alcune cause, nelle quali gli acquirenti di ni immobili sostengono il punto di vista, secondo il quale la norma eccezionale del 17 marzo 1897 non debba essere più considerata in vigore, essendo — sempre secondo tale parere — la stessa in contrasto con l'art. 5 del Regio Decreto 499 del 1929, vale a dire, in contrasto con il principio della pubblica fede del Libro fondiario. Appare comunque interessante che i Tribunali abbiano in ben due istanze accettato tale punto di vista e dato quindi ragione agli attori. La causa è ora pendente presso la Corte Suprema. È chiaro pertanto che l'esito di tale causa, la decisione cioè se nella Regione Trentino-Alto Adige sia rimasta in vigore la norma speciale del 17 marzo 1897 per la conservazione delle citate servitù di via e di acquedotto acquistate per usucapione e regolarmente intavolate, sia della massima importanza.

Ho scritto tempo fa una lettera al Pre-

sidente della Corte Suprema, pregandolo — data l'imminente importanza della questione — di provvedere acché tale controversia venga dibattuta davanti alle sezioni riunite della Corte di Cassazione. Non è peraltro prevedibile, quale decisione la Corte Suprema adotterà. Vorrei al riguardo precisare che non ho nulla a che fare nella mia qualità di avvocato con una sola delle cause in parola. Sono venuto a conoscenza delle stesse nella mia qualità di Assessore al Libro fondiario. Ma quand'anche la Corte Suprema dovesse stabilire che la citata norma speciale della legge del 17 marzo 1897 fosse tuttora in vigore per la nostra Regione, ciò risolverebbe il problema solo in minima parte.

La legislazione italiana, soprattutto per quanto riguarda le servitù, non è in alcun modo adeguata alle esigenze della nostra economia alpina. Nella maggior parte dei casi, cioè, l'usucapione dovrebbe essere dimostrata per il periodo anteriore al 1° luglio 1929, vale a dire, per la protrazione dovuta al periodo della prima guerra mondiale, dimodoché il periodo di usucapione dovrebbe essere documentato addirittura dal 1890 in poi. Ciò è quasi impossibile per il fatto che i testimoni per il periodo dal 1890 in poi dovrebbero avere ora quasi un secolo di vita. Per tale periodo quindi si potrebbe nella migliore delle ipotesi ricorrere ad una prova indiziaria. Ma la cosa diventa ancora più difficile se si pensa che il Codice Civile italiano del 1865 introdotto da noi nel 1929 ammette la usucapione soltanto per servitù apparenti e continue, a differenza di quanto una volta previsto dalla legislazione imperiale austriaca, la quale ammetteva per ogni genere di servitù l'usucapione.

Un esempio tipico per una servitù non apparente e non continua è il cosiddetto diritto di rifuggire con la propria gregge davanti alla neve e alle valanghe sul fondo altrui, drit-

to esistente in alcune vallate e che in lingua tedesca è conosciuto sotto il nome di « Schneefluchtrecht ». Si tratta quindi di un diritto né visibile né costante, potendolo esercitare soltanto in caso di innevazione o di pericolo di valanghe e di nessun alpeggio, di nessun prato alpino o terreno di alta montagna è visibile, se i vicini abbiano o meno il diritto di rifugiarsi con il proprio bestiame in caso di pericolo dovuto a rigori dell'inverno. Tale diritto è stato per fortuna intavolato nella maggior parte dei casi.

Un altro diritto consimile a quello or ora da me citato è quello di far scorrere il legname nei canaloni di una montagna. Lo chiamano il « Holzriesenrecht ». Una sola di tali vie di trasporto per tronchi d'albero viene spesso utilizzata da più proprietari di bosco. Ma nessuno può visualmente accertare che anche altri abbiano il diritto di servirsi di tali vie per il trasporto del proprio legname. Non è possibile d'altronde parlare al riguardo di una servitù permanente in quantoché i canaloni usati come via di trasporto vengono utilizzati sì e no una volta nel corso di un decennio, quando cioè si ritiene necessario procedere al taglio di piante.

Va da sé che neppure il diritto di camminare per un sentiero o di passarvi con un mezzo di trasporto può essere considerato una servitù permanente, poiché nessuno può costantemente camminare per un sentiero o utilizzarlo con mezzi di locomozione. L'usucapione di una tale servitù non era quindi mai possibile in tutto il periodo che va dal 1929 al 1941, anni in cui da noi era in vigore il Codice Civile del 1865.

Il tomo III del Codice Civile introdotto nel 1941 ammette sì l'usucapione di servitù discontinue, ma non di quelle a carattere permanente. Ma anche per le prime era necessario

che fossero apparenti, cosa questa che non si può in alcun modo dire a proposito di tutte le servitù di via.

Per dirlo in breve ripeto che la legislazione civile italiana non corrisponde in alcun modo alle esigenze della nostra economia alpina, poiché tale legislazione è stata concepita per corrispondere alle necessità di paesi latini, dove la popolazione risiede principalmente in centri urbani oppure in grandi agglomerati chiusi. Tale legislazione non tiene cioè in alcun modo conto dei bisogni di una popolazione sparsa tra i monti e le vallate quale è la nostra. Non ci si potrà d'altronde aspettare che le norme del Codice Civile italiano vengano modificate per essere adeguate appositamente alle esigenze della nostra agricoltura montana. È invece a mio avviso la Regione ad avere la possibilità di intervenire in proposito, tanto più che tutte le citate servitù rustiche non possono essere considerate un diritto privato ad esclusivo beneficio di un solo individuo; le stesse devono invece essere considerate primariamente un diritto al servizio della comunità. Conservare tali servitù è nell'interesse dell'agricoltura e delle foreste e costituisce quindi un interesse pubblico, ragione per cui è compito degli organi politici di preoccuparsene per conservarle e tutelarle.

Avendo la Regione in materia di agricoltura e foreste la competenza legislativa primaria, essa ha il diritto di procedere nell'interesse stesso dell'agricoltura e delle foreste a delle espropriazioni ed ha quindi anche il diritto di istituire o annullare delle servitù, dove le stesse si sono ad esempio rese superflue per la costruzione di una nuova strada.

Considero perciò cosa necessaria di emanare un'apposita legge regionale avente per oggetto la istituzione ex novo, il riconoscimento e l'annullamento di tali diritti nell'interesse

dell'agricoltura e delle foreste. Ciò riguarda in pari misura la Provincia di Bolzano come la Provincia di Trento, dato che in entrambe le Province abbiamo gli stessi problemi. L'intervento della Regione come ad esempio nel caso di una delega alle Province dovrebbe essere sempre possibile allorquando una delle due parti dovesse richiederlo, visto che le parti non sono tra di loro d'accordo per quanto riguarda l'esercizio del diritto.

Vengo ora a parlare del problema dell'Alto Adige, a proposito del quale molto è stato già detto nel corso della discussione generale, cosa del resto comprensibilissima trattandosi di una questione che interessa tutti. Il problema dell'Alto Adige è ormai da settimane e da mesi al centro di speranze e di timori e che sono direi sentiti in pari misura da entrambi i gruppi etnici, da gente cioè di lingua tedesca e di lingua italiana. Ci sono in entrambi i gruppi etnici circoli, i quali sperano ed auspicano che il problema dell'Alto Adige venga finalmente risolto per rendere possibile la pacifica convivenza dei nostri gruppi etnici; gli stessi sperano ed auspicano che il cosiddetto pacchetto, dal cui contenuto solo oggi abbiamo per la prima volta avuto notizia o meno attraverso la stampa e che abbiamo letto secondo il tempo a nostra disposizione, renda possibile di realizzare tale soluzione grazie alle concessioni che in tale pacchetto si spera siano contenute.

In entrambi i gruppi etnici ci sono coloro, i quali seguono con preoccupazione l'andamento dei negoziati; gli uni temono che troppe siano le concessioni che si faranno alla Südtiroler Volkspartei e che attraverso l'ampliamento delle competenze i punti di frizione già esistenti vengano ad essere moltiplicate, facendo sì che la lotta etnica non venga attenuata, ma anzi inasprita.

Altri invece sono del parere che le concessioni prospettate a seguito delle garanzie previste a favore del gruppo etnico di lingua italiana non comportino un miglioramento della situazione, ma anzi il peggioramento della autonomia tale quale l'abbiamo oggi e che per questo tali concessioni non dovrebbero essere accettate.

Ma c'è pure una terza categoria di individui, i quali vivono in buona parte al di qua del Brennero; si tratta dei superfurbi, i quali ritengono che non si debba avere troppa fretta nell'accettare il pacchetto, mentre gli attuali governi di Vienna e di Roma avrebbero un troppo spiccato interesse di giungere il più presto possibile ad un accordo. Essi pensano che tale circostanza dovrebbe essere sfruttata al massimo per strappare ancora tutta una serie di altre concessioni di natura politica ed economica, e che, stando a questa gente, il Governo di Roma alle condizioni presenti accoglierebbe senz'altro. Questi superfurbi dicono: se gli altri hanno tanta fretta, noi non dovremmo invece averla e che l'Austria dovrebbe sforzarsi un po' di più per una questione come quella dell'Alto Adige da lei definita una questione di cuore; altrettanto varrebbe per quanto riguarda l'aspirazione dell'Italia di ristabilire la pace con l'Austria.

Ma vi è ancora un'altra categoria di gente, la quale di una soluzione del problema dell'Alto Adige non vuole addirittura sapere nulla. Di questa gente ne abbiamo qui da noi, ma molto di più al di là del Brennero. Questa gente teme che attraverso un nuovo accordo tra l'Austria e l'Italia potrebbe essere compromessa la possibilità di far valere il diritto di autodeterminazione, vale a dire, il distacco dell'Alto Adige dall'Italia e la sua riannessione all'Austria o alla Germania.

Di questa categoria di gente, la quale intende ad ogni costo rendere impossibile una soluzione, allo scopo cioè di rivendicare il diritto di autodeterminazione, fanno parte non soltanto i terroristi e gli ambienti ultranazionalisti, ma pure molti dei cosiddetti nostalgici, che vorrei definire i tedesco-nazionalisti di vecchio stampo alquanto creduloni, i quali continuano a riandare con il proprio pensiero nostalgico ai tempi passati e che avevano con spavento dovuto constatare, che nei primi anni dell'autonomia regionale i rappresentanti del gruppo etnico di lingua tedesca e italiana andavano abbastanza bene d'accordo, dimodoché il dott. Magnago era in grado di dichiarare in un suo discorso radiodiffuso, che la collaborazione nell'ambito della Regione funzionerebbe in maniera soddisfacente. Ma ciò ebbe ad allarmare al massimo quella gente, secondo la quale doveva ad ogni costo essere impedito che gli altoatesini di lingua tedesca stringessero rapporti di amicizia con gli italiani e con i trentini o che questi altoatesini si rassegnassero accettando la situazione notevolmente migliorata a confronto con quella dell'epoca fascista. Per evitare tutto questo, al di quà e al di là del Brennero fu inscenata e montata una campagna di odio basata principalmente su delle menzogne e smisurate esagerazioni, campagna che ci ha poi portato alla situazione in cui tuttora ci troviamo.

Alcuni giorni fa ho letto in prima pagina di un giornale tedesco un articolo dal titolo a caratteri cubitali: « L'Alto Adige gravemente minacciato ». Nel testo dell'articolo c'era l'affermazione che Silvius Magnago starebbe per tradire l'Alto Adige. In un altro giornale tedesco si affermava invece che il Ministro agli Esteri austriaco Toncic starebbe per compiere un mercimonio a danno dell'Alto Adige.

Sono parole grosse queste in stridente con-

trasto con la realtà, le quali però dimostrano fino a quale punto in certi circoli tedeschi è stato fuorviato il modo di pensare.

Che cosa significa in fondo: « L'Alto Adige gravemente minacciato »? L'Alto Adige oggi non è minacciato più di quanto non lo fosse stato ieri, un anno o dieci anni fa. Per l'Alto Adige un pericolo non esiste affatto nel momento in cui viviamo. L'Alto Adige era invece esposto a pericoli gravissimi all'epoca delle optioni nel 1939 e durante l'ultima guerra mondiale. Se Mussolini non avesse a suo tempo compiuto l'errore, fatale per l'Italia, di entrare in guerra al fianco della Germania, e se lui non avesse puntato male, come si suol dire, l'Alto Adige probabilmente sarebbe andato perduto, ovvero, il problema dell'Alto Adige sarebbe stato risolto attraverso la trasmigrazione o più precisamente attraverso la cacciata della popolazione di lingua tedesca dell'Alto Adige, così come i tedeschi erano stati cacciati dalla Polonia, dalla Cecoslovacchia e da molti altri territori. Per esserci stata risparmiata tale soluzione cecoslovacca, non potremo mai abbastanza ringraziare il buon Dio.

E che cosa dire poi dell'affermazione, secondo cui Magnago starebbe per tradire l'Alto Adige o Toncic per compiere un mercimonio a danno dell'Alto Adige? Magnago non può neppure se volesse tradire l'Alto Adige, visto che tradire non c'è proprio nulla. Io poi non intendo ergermi a difensore di Magnago e non sono un suo amico né sostenitore della sua politica, ma affermare che egli tradirebbe o addirittura avrebbe tradito l'Alto Adige è cosa ingiusta e un puro nonsenso. Lo stesso va detto per quanto riguarda l'affermazione, secondo la quale il Ministro agli Esteri austriaco starebbe per compiere un mercimonio a danno dell'Alto Adige. Non c'è più nulla per compiere un tale mercimonio, poiché l'Alto Adige è stato og-

getto di un mercimonio compiuto ormai cinquant'anni fa, e cioè nell'aprile del 1915 a Londra. Esso fu parte del prezzo promesso all'Italia per la sua entrata in guerra al fianco della triplice alleanza. Le potenze della grande intesa hanno vinta la prima guerra mondiale e così l'Alto Adige in base al trattato di pace di S. Germano era stato assegnato all'Italia. Se la guerra fosse stata invece vinta dalle potenze centrali, il Trentino allora sarebbe rimasto con il Tirolo e noi con l'Austria, ma in ogni caso il Trentino sarebbe rimasto unito con il Tirolo, con il quale per la verità era unito per quasi sette secoli, non importa se de jure o de facto. Il Trentino in tal caso avrebbe conservato l'antico nome di Tirolo del Sud, nome che aveva sempre avuto fintanto era coll'Austria. Tale nome è stato poi spostato: a nord venne spostato fino al Brennero, mentre a sud subì una specie di indietreggiamento da Ala a Salorno. Il destino del Trentino-Alto Adige e con esso quello delle sue genti era stato quindi deciso sin d'allora, cioè, nella prima guerra mondiale, decisione peraltro presa contro la volontà della sua popolazione. E tali quali le cose sono rimaste fino ai giorni nostri. Non c'è quindi più alcun mercimonio da perpetrare.

In connessione con tutto questo sarà bene ricordare che il 3 novembre 1918 l'Austria aveva capitolato e accettato nella villa Giusti presso Padova la resa senza condizioni, a differenza della Germania, la quale otto giorni più tardi in data 11 novembre 1918 aveva firmato nel bosco di Compiègne di fronte alle potenze vincitrici un trattato di armistizio basato sui 14 punti di Wilson. Nelle trattative di pace di San Germano era stato pertanto respinto qualsiasi richiamo dell'Austria a questi 14 punti wilsoniani. Ma di « trattative » nel senso vero e proprio non si può neppure parlare, visto che l'Austria aveva dovuto prendere sem-

plicemente atto del dictat e sottoscriverlo. Ciò appunto perché si trattava di una resa senza condizioni, la quale, come si ebbe a dire a suo tempo, non aveva il benché minimo da fare con i 14 punti wilsoniani.

Ma per tornare al tema principale delle concessioni che l'Italia è disposta di fare per risolvere la questione dell'Alto Adige, mi limito a dire che anche il mio partito, il THP, spera e auspica che si giunga finalmente ad una soluzione del problema, la quale consenta di realizzare la pacifica convivenza dei gruppi etnici. Abbiamo però dei forti dubbi che il riassetto autonomistico contemplato dal pacchetto di proposte ci permetta di raggiungere la auspicata soluzione. Per prendere posizione in modo serio e concreto a proposito del pacchetto, bisogna naturalmente conoscere prima il suo esatto contenuto ossia le concessioni promesse, con tutti gli accordi accessori ecc., ciò che fino ad oggi non ci è stato però possibile, visto che appena oggi stesso, il 15 marzo, l'esatto contenuto del pacchetto è stato pubblicato per la prima volta. Non posso quindi entrare nel merito dei singoli punti dello stesso. Mi sembra comunque importante che il riassetto autonomistico non ostacoli né pregiudichi il progresso culturale e sociale del nostro popolo. Altrettanto importante mi sembra sia, che fuori nelle zone rurali venga spezzata la dittatura della SVP e che la popolazione disponga dei necessari strumenti giuridici per essere in grado di difendersi contro gli atti d'arbitrio e contro gli abusi dei potentati locali, come pure contro le decisioni della Giunta Provinciale senza che ciò comporti spese eccessive e insostenibili. In linea di massima ci dovrebbe essere la possibilità di giudizi di doppio grado, di cui il primo riguardante il merito di una questione. Fino a che punto il pacchetto tenga conto di tali esigenze, lo ignoro.

*Ci dispiace in ogni modo che in occasione delle trattative sul pacchetto non tutti i partiti e rappresentanti politici della popolazione della Regione siano stati consultati o per lo meno ascoltati e che le trattative abbiano avuto luogo solamente con i rappresentanti della SVP e con gli esponenti di Vienna.*

*Il mistero con cui si è voluto circondare tali trattative non fa sperare nulla di buono e giustifica il sospetto che si abbia paura della luce del giorno ossia dell'opinione pubblica in Italia come pure al di là dei confini. Per dirlo in più chiari termini: il Governo italiano sembra tema l'opinione pubblica italiana e quello austriaco abbia parimenti paura della reazione del popolo tedesco e austriaco. L'opinione pubblica non è per nulla preparata e penso non sia d'accordo con quanto auspicano i due Governi a Roma e a Vienna. Mi chiedo perciò, come un pacchetto di proposte di soluzione possa essere sostenuto, se non è sorretto dalla volontà popolare, ma incontra invece l'opposizione dei due popoli? Occorre quindi preparare opportunamente l'opinione pubblica, informandola. Ma fino ad oggi si è verificato proprio l'opposto. non si è fatto altro che alzare la gente tentando di impedire il nascere di un rapporto di fiducia reciproca e l'avvicinamento dei due gruppi etnici.*

*È stato fatto di tutto per alimentare continuamente la lotta etnica, mentre i terroristi sono stati festeggiati come fossero degli eroi, additandogli alla gioventù come esempi da imitare. Ora d'un tratto gli animi eccitati dovrebbero essere placati, — cosa impossibile.*

*È per questo che non riesco a credere che il promesso riassetto autonomistico ci assicuri l'effettiva soluzione del problema. La lotta etnica probabilmente continuerà come prima. Per giungere ad una soluzione efficace bisognerebbe prima ristabilire la fiducia tra*

*Roma e Vienna, tra il popolo italiano e gli altoatesini di lingua tedesca. Ma tale fiducia è stata minata sistematicamente sia attraverso le campagne inscenate all'estero sia attraverso la più che ambigua politica della SVP.*

*Ci vuole molto tempo per ristabilire un rapporto di fiducia andato perduto. Solo allorché saremo stati capaci di farlo, il riassetto della vita politica in Alto Adige consentirà di giungere alla pacificazione dei gruppi etnici).*

PRESIDENTE: La parola alla signorina Gebert.

GEBERT-DEEG (S.V.P.): Ich möchte hier kurz einige grundsätzliche Fragen wieder aufwerfen, die mir sowohl für meine Arbeit als auch für die Arbeit der Politiker überhaupt naheliegen. Wenn wir annehmen, daß Politik zum Wohle der Menschen gemacht werden soll, dann müssen wir eingestehen, daß gerade die Sozialpolitik ein wesentliches Gewicht bekommen muß. Umgekehrt können wir sagen, daß die Bedeutung, die der Sozialpolitik überhaupt zuerkannt wird, erst zeigt, in welchem Maße die Politik zum Wohle des Menschen betrieben wird. Ich möchte daher grundsätzlich sagen, daß, wenn wir viel von Programmierung und Aufschwung sowohl auf wirtschaftlicher als auf Arbeitsplatzbeschaffungsebene usw. sprechen, wir auch ein Programm aller Sozialfragen angehen und sachlich behandeln müssen. Auch hier bedarf es eines Planens, und zwar vorwiegend für die nächste Zukunft, denn wir wissen, daß gerade jene Schichten der Bevölkerung zunehmen, die der Fürsorge bzw. der Vorsorge bedürfen: Die Kinder nehmen zu, die alten Menschen, die Behinderten, wie auch die Invaliden, wenn auch die Kriegsinvaliden hoffentlich abnehmen. Ich habe aber das Gefühl, daß wir den Problemen allgemein, im besonderen

aber auf sozialpolitischem Bereich, mehr nachjagen, d.h. eine Lösung dafür suchen, wenn sie uns gerade in der Hand brennen, anstatt sie rechtzeitig und vorbeugend für die Zukunft zu lösen. Das ist das Wesen einer demokratischen Politik: Voraussetzungen zu schaffen, damit die schwächeren Schichten der Bevölkerung zu ihren menschlichen Rechten kommen. Ich bin mir bewußt, daß keine Sozialpolitik oder Wohlfahrtspolitik das Leben des Menschen leichter machen kann. Wer ein leichteres Leben will, verspielt die echte Menschenwürde. Gerade aber diese schwächeren Schichten brauchen eine Hilfe, um überhaupt ihr Leben gestalten zu können. Es ist doch so, daß diese schwächeren Glieder unserer Gesellschaft in die Arme der Allgemeinheit geworfen werden. Die Familie vermag sie zum Großteil nicht mehr zu tragen und so sind sie dem menschlichen und sozialen Denken der Öffentlichkeit ausgeliefert. Der Staat, d.h. die öffentliche Hand, muß daher etwas für diese Menschen tun: für die Kinder, für die Behinderten, für die Invaliden, für die Alten. Das heißt, er muß, wenn er der Aufgaben in seiner gesellschaftspolitischen Entwicklung gerecht werden will, diese Dinge immer mehr in die Hand nehmen.

Und hier erlaube ich mir wieder, einige Schwerpunkte aufzuzeigen: 1. Die Fürsorgestellen. Die Provinzialfürsorgestellen haben eine Aufwertung erfahren, wenn ich es so nennen darf, weil man die Einzelfälle vom Land den zuständigen Fürsorgestellen der Gemeinden zugewiesen hat. Nun muß diesbezüglich gesagt werden, daß gerade den Gemeindefürsorgestellen der kleineren Gemeinden, die nicht über eigene Angestellte verfügen und in denen diese Arbeit nebenberuflich gemacht wird, absolut die Voraussetzungen fehlen, um dieser Arbeit gerecht zu werden. Vor allem fehlt es an Geld.

Und ich möchte hier die regionalen Stellen bitten, diese Hilfen, die sie den Fürsorgestellen geben müssen und sollen, einer neuen und ersten Überprüfung zu unterziehen, damit jene Stellen, die aufgerufen sind, an Ort und Stelle Fürsorge am Notleidenden zu betreiben, ihrer Aufgabe gerecht werden können.

Als zweites Problem: Altersheime. Ich habe schon vorhin erwähnt, daß die alten Menschen zunehmen, und wir müssen das zur Kenntnis nehmen. Die Altersheime sind zum Großteil — vielleicht sind zwei Drittel nicht zu viel gesagt — in einem vernachlässigten, d.h. in einem veralteten Zustand. Es bedarf eines Auffrischens, einer Hilfe; denken wir vor allem, wie schwer den Menschen, die in diesen Heimen Arbeit leisten, der alltägliche Dienst fällt; wenn sie mit primitivsten Mitteln umgehen müssen. Denken wir nur, daß wenig Altersheime Aufzüge haben, daß die Waschelegenheiten oft sehr schlecht sind, daß keine moderne Heizungsmöglichkeit da ist. Alle diese Dinge müssen wir einmal ganz konkret betrachten und sie so programmieren, wie wir es auch in andern Fällen tun. Wir können da nicht den Dingen ihren Lauf lassen, wie ich schon vorhin gesagt habe; wir können die Probleme nicht erst lösen, wenn sie uns vorgesetzt werden, sondern müssen vorher schon die Voraussetzungen für eine Lösung schaffen.

Die nächste Frage ist die der Körperbehinderten, die eine Regelung erfahren hat, aber nur für Kranke von 18 Jahren aufwärts.

Ausgeschlossen sind noch die geistig Behinderten. Ich habe mir schon zweimal erlaubt, eine Anfrage in dieser Beziehung zu stellen und war mir wohl bewußt, daß das Problem nicht sofort zu lösen ist. Immerhin sind mündliche Zusicherungen da, sich dafür ernstlich einzusetzen. Ich möchte nochmals unterstreichen, daß

gerade diese Menschen eine Hilfe brauchen, und zwar nicht so sehr sie selbst, als die Familie, damit sie diese Menschen weiterhin tragen kann. Wer ein solches Schicksal miterlebt, weiß um die Tragweite einer solchen Aufgabe.

Dann die Frage des Gesundheitswesens: Ich möchte unterstreichen, daß die ganze Frage der Krankenhäuser ernstlich und großzügig angegangen werden muß. Ich habe einmal schon die Notwendigkeit zum Beispiel eines echten Alterskrankenhauses aufgezeigt. Vor allen Dingen aber möchte ich bitten, dafür zu sorgen, daß auf das Krankenhaus in Bozen nicht so lange gewartet werden muß, wie angekündigt wurde: man spricht von einem Zeitraum von 8 bis 10 Jahren. Wer den Zustand des jetzigen Krankenhauses kennt, weiß nicht nur, unter welchen Schwierigkeiten hier Ärzte und Pflegepersonal arbeiten müssen, sondern auch, was Kranke hier miterleben, und muß sich sagen, daß der Bau des neuen Krankenhauses nicht so lange hinausgeschoben werden kann.

Auch die Frage des allgemeinen Gesundheitszustandes unserer Bevölkerung ist viel, viel ernster zu nehmen und es sind diesbezüglich zu wenig Anzeichen von einer gezielteren Gesundheitspolitik zu sehen. Ich denke an die Kindererholung, an die Müttererholung. Denken Sie nur, wieviel Frauen es notwendig hätten, einmal auf Erholung zu gehen!

Ferner muß die ganze Gesetzgebung um die Gemeindeärzte viel korrekter behandelt werden. Wir wissen, daß manche Gemeinden gemeinsam einen Arzt haben und wenn dieser nicht die Voraussetzungen hat, in die Gemeinden auch hinauszugehen, dann entstehen Lücken, die bedauernswerte Auswirkungen haben können.

Das Problem der Hebammen habe ich hier auch schon einmal erörtert: nämlich dieselben

so einzustufen, daß sie auch den Sanitätsdienst übernehmen können, so daß für ihre Einstellung in den Gemeinden eine größere Berechtigung besteht. Es gibt größere Sprengel, wo heute keine Hebamme mehr vorhanden ist, und ich möchte fragen, ob das Leben einer Mutter aufs Spiel gesetzt werden kann, weil wir dieses Problem nicht einzustufen wissen.

Hinsichtlich des Krankenpflegepersonals möchte ich den zuständigen Herrn Assessor, der einmal mündlich gesagt hat, er würde sich in Rom dafür verwenden, bitten, mit beizutragen, daß der Berufstitel der Kranken- und Säuglingspflegerinnen anerkannt wird. Wir haben zur Zeit 112 Pflegerinnen in der Universitätsklinik in Innsbruck.

Das wollte ich zu den ausgesprochenen Sozialfürsorgeproblemen vorbringen, mit der Bitte, denselben jenes Gewicht zu verleihen, das solchen Aufgaben zukommt. Ich habe letzthin in einer Zeitschrift gelesen: Der Wert oder das Zeichen der Echtheit eines politischen Tuns läßt sich an der Lösung sozialer Fragen messen.

*(Vorrei sollevare brevemente in questa sede alcuni altri problemi di massima che interessano particolarmente il mio lavoro e soprattutto l'attività degli uomini politici. Se riteniamo che la politica deve operare per il bene dei cittadini, dobbiamo riconoscere, che si deve annettere essenziale importanza alla politica sociale. All'incontrario possiamo affermare che dall'importanza attribuita alla politica sociale si può rilevare fino a che punto la politica è posta al servizio del cittadino. Poiché spesso si parla di programmazione ed incremento dell'economia, dell'occupazione ecc., vorrei dire in linea di massima, che è necessario elaborare un programma per poter trattare oggettivamente tutti i problemi sociali. Anche in questo settore dunque si devono fare dei*

progetti e specialmente per un prossimo futuro, perché sappiamo che l'aumento anagrafico interessa soprattutto le classi bisognose di assistenza e provvidenza. Intendo dire che aumentano i bambini, le persone anziane, i minorati e gli invalidi, mentre si spera che diminuiscano gli invalidi di guerra. Ho l'impressione che in generale rincorriamo i problemi per cercare una soluzione, e mi rifaccio in particolare ai problemi di natura sociale, soltanto quando ci bruciano sulle mani, anziché di prevenirli e di risolverli in tempo per il futuro. La politica democratica invece deve essenzialmente creare delle premesse per garantire alle classi più deboli della popolazione i loro diritti umani. Mi rendo conto che nessuna politica sociale o di assistenza può alleviare la vita dell'uomo. Colui che mira ad una vita più comoda, perde la vera dignità umana. Ma proprio queste classi più deboli hanno bisogno d'aiuto per poter costruire la loro vita. Generalmente queste membra più deboli della nostra società vengono gettate nelle braccia della comunità. Le famiglie non hanno in gran parte la possibilità di mantenerli e così sono esposti al pensiero umano e sociale della società. Lo Stato, ossia il potere pubblico, deve intervenire a favore di questi cittadini, ed occuparsi dei bambini, dei minorati, degli invalidi e delle persone anziane. Questo significa che lo Stato dovrà patrocinare gli interessi di questa gente, se vorrà adempiere ai suoi doveri nell'ambito del suo sviluppo politico sociale.

Mi permetto ora di indicare alcuni aspetti fondamentali del problema:

Primo: Enti assistenziali. Gli Enti assistenziali della provincia hanno registrato, se così si può dire, una rivalutazione, perché le persone bisognose di assistenza e provvidenza sono state indirizzate agli E.C.A. competenti. Ma a

riguardo di queste istituzioni devo dire, che gli Enti dei più piccoli centri comunali non possiedono le premesse per poter garantire la loro funzionalità, perché non dispongono di proprio personale ed il relativo lavoro è svolto secondariamente da persone estranee. Mancano soprattutto i mezzi. Vorrei pregare gli organi regionali competenti di voler rivedere seriamente gli stanziamenti a favore degli E.C.A., per mettere gli stessi nelle condizioni di poter assistere sul luogo i bisognosi che chiedono il loro intervento.

Il secondo problema riguarda le case di riposo: ho già accennato pocanzi, che le persone anziane aumentano e ne dobbiamo prendere atto. Le case di riposo si trovano in gran parte — a dir poco circa 2/3 — in non buone condizioni, o diciamo meglio che le loro attrezzature sono antiquate. Si dovrebbe provvedere al loro rimodernamento, vale a dire che vi è bisogno di aiuto; consideriamo soprattutto con quali difficoltà le persone adatte alle case di riposo svolgono il loro servizio, perché costrette di servirsi delle più primitive attrezzature. Si deve tenere presente che soltanto in poche case di riposo è installato l'ascensore, che spesso i servizi igienici sono malridotti e che sono sprovviste di moderni impianti di riscaldamento. Dobbiamo affrontare concretamente tutti questi problemi ed elaborare un relativo programma come è stato fatto in altri settori. Ho già detto che non possiamo abbandonare questi problemi a se stessi; non possiamo infatti attendere l'ultimo momento per risolverli, ma dobbiamo creare in tempo utile le premesse per la loro soluzione.

Un altro problema che vorrei trattare riguarda i minorati fisici. La loro posizione è stata regolata ma soltanto per gli ammalati che abbiano compiuto il 18° anno di età, ed inoltre

*non sono stati inclusi i minorati psichici. Per ben due volte mi sono permesso di presentare un'interrogazione in merito, anche se ero consapevole che non si poteva risolvere subito il problema. Comunque ci è stato assicurato, che questi problemi sarebbero stati presi in dovuta considerazione. Vorrei sottolineare nuovamente che proprio queste persone hanno bisogno di aiuto e non tanto loro stesse, quanto le famiglie, per dare alle medesime la possibilità di tenere anche in seguito dette persone nel grembo familiare. A chi è toccata simile sorte conosce l'importanza di questo compito.*

*Segue ora la questione sanitaria: vorrei rilevare, che si deve affrontare seriamente e generosamente l'intero problema degli ospedali. Ho già fatto presente in un mio intervento che sarebbe utile costruire un vero e proprio ospedale riservato alle persone anziane. Ma soprattutto vorrei pregare gli organi regionali competenti di fare tutto in loro potere per accelerare l'approntamento del nuovo ospedale civile di Bolzano, affinché non si debbano attendere come annunciato 8 - 10 anni. Chi conosce le condizioni dell'attuale ospedale non conosce soltanto le difficoltà che devono superare i medici ed il personale infermieristico nell'adempimento del loro dovere, ma anche i disagi che devono subire i degenti.*

*Anche la questione dello stato generale di salute della nostra popolazione è da prendersi più seriamente, perché non si notano particolari segni di una intensa politica sanitaria. Intendo il periodo di riposo necessario ai bambini ed alle madri per potersi ristabilire in salute. Signori colleghi cerchiamo di immaginare quante donne avrebbero bisogno di concedersi una vacanza per poter riposarsi!*

*Inoltre tutta la legislazione concernente i medici condotti deve essere perfezionata. Sap-*

*priamo che in diversi casi un unico medico deve prestare la sua assistenza alla popolazione di vari Comuni, ma se non sono date le premesse, dimodoché l'interessato possa realmente recarsi nei Comuni di sua competenza, vengono a crearsi delle lacune, che potrebbero avere ripercussioni deprecabili.*

*In questa sede ho già trattato a suo tempo il problema delle ostetriche: infatti avevo proposto di inserire queste libere professioniste nel servizio sanitario, per rafforzare la legittimità del loro inquadramento nei Comuni. Condotte di una certa estensione non hanno nemmeno una ostetrica e vorrei sapere al riguardo, se si può mettere a repentaglio la vita di una madre unicamente perché non sappiamo come inquadrare il problema.*

*Per quanto riguarda il personale infermieristico, vorrei pregare l'assessore competente di voler intervenire, come promesso, presso gli organi centrali di Roma, al fine di ottenere il riconoscimento del titolo professionale di infermiera e puericultrice. Attualmente ben 112 nostre infermiere e puericultrici si trovano presso la clinica universitaria di Innsbruck.*

*Questo è quanto volevo esporre in merito ai problemi di previdenza sociale di cui sopra e prego voler attribuire loro quell'importanza che si addice a simili compiti. Poco tempo fa ho letto in un periodico che il valore o l'impronta della legittimità di una condotta politica è da valutarsi nelle soluzioni dei problemi sociali.)*

**PRESIDENTE:** La parola al cons. Corsini.

**CORSINI (P.L.I.):** On. Presidente, signori colleghi, se mi sono deciso a fare questo intervento in merito alle questioni attuali e passate, concernenti la situazione altoatesina, è

con la speranza che attraverso un modo di ragionare pacato e documentato si possa superare quella che io ritengo una situazione di difficoltà che grava all'interno di questa assemblea e che grava nella vita politica, qui ed anche a Roma. Come verrò poi documentando, è una difficoltà che dipende, o dalla ignoranza della situazione altoatesina nelle sue radici storiche o da una voluta caparbia trasformazione e a volte contorcimento dei fatti storici stessi.

Devo dire la verità che ad indurmi a intervenire in questo modo e su questa direttiva, non è stato senza rilevanza il discorso che l'on. Berlanda ha tenuto al Senato, pochi giorni dopo che l'on. Moro, in sede di Camera dei deputati, aveva fatto, esattamente il 12 settembre del 1966, quella serie di dichiarazioni riguardanti il contenuto del cosiddetto « pacchetto », che poi sono state oggetto del dibattito consiliare, del dibattito parlamentare, tanto alla Camera, quanto al Senato. Mi è sembrato, come poi verrò dicendo più dettagliatamente, che la democrazia cristiana che si esprimeva attraverso l'intervento di un suo autorevole rappresentante in sede regionale (il senatore Berlanda è stato segretario provinciale della democrazia cristiana, e poi segretario regionale, è stato *magna pars*, nel 1945, e nel 1946, assieme all'on. Helfer, della posizione assunta allora dal partito di maggioranza, è stato poi consigliere ed assessore regionale) mi è sembrato dicevo che anche la democrazia cristiana, con il discorso del sen. Berlanda, si sia posta sulle stesse posizioni in cui da tempo si sono posti un poco anche i socialisti; posizioni che sono quelle del « *mea culpa* ». La posizione del « *mea culpa* » è la posizione dei due maggiori partiti del gruppo linguistico italiano qui, e dei due maggiori partiti in sede nazionale. Essi affrontano il problema altoatesino con una distorsione storica, politica e psicologica, che è pari a quella di-

storsione storica, politica e psicologica con cui il problema altoatesino viene affrontato dalla S.V.P., sia nelle loro sedute di partito, nelle loro dichiarazioni, sia anche qui in Consiglio regionale.

Io non so (mi auguro di no) non so se il mio intervento potrà essere ritenuto alla fine eccessivamente polemico. Dichiaro però, fin d'ora, che intenzione del gruppo liberale è quella di contribuire a chiarire un poco la posizione di tutti noi, non dico di noi uomini di questo momento, ma di noi in quanto eredi di quelle che sono state le posizioni, i meriti e le colpe che le correnti politiche, alle quali apparteniamo, hanno avuto nel passato. Qui c'è un'atmosfera di vittimismo da parte della S.V.P. e c'è un'atmosfera di colpevolezza da parte dei due partiti maggiori di lingua italiana. Cosicché ogni qualvolta qualcuno si arrischia ad essere anche meno che sollecito nell'applaudire a tutte quelle che sono le pretese avanzate dalla S.V.P. o meno che sollecito ad applaudire a tutte quelle che sono le concessioni — il mio collega di gruppo, in una cortese polemica con un rappresentante della democrazia cristiana, invece che concessioni le ha chiamate « sbraccamenti », è questione di carattere, il concetto non credo che sia molto diverso — ogni volta in cui ci si arrischia ad essere meno che solleciti nell'applaudire alle continue ed ulteriori richieste della S.V.P. o ad applaudire a tutto quello che passa per la mente dei nostri governanti attuali e dei partiti che compongono il governo, per venire incontro ai desiderata della S.V.P., si viene bollati tranquillissimamente con il termine di « fascisti ». Va be', da questo momento, cioè da una settimana a questa parte sappiamo che qui di fascisti ce ne sono due gruppi: c'è il gruppo del M.S.I., e c'è il gruppo del P.S.U.; questi sono i fascisti etichettati da parte della S.V.P. (il mio cortese collega Tanas non era

stato evidentemente attento, altrimenti non avrebbe avuto bisogno di questa precisazione). Si viene etichettati come fascisti.

Noi liberali, di fascismo non siamo mai stati etichettati. Forse ci sarebbe voluto un certo ardire e una certa protervia di natura dottrinale e storica, ad etichettare di fascismo il partito liberale. Ma due anni fa abbiamo pur sentito dalla collega Menapace che l'origine e le colpe di questa situazione altoatesina sarebbero state negli orientamenti — così diceva la collega — dello stato liberal nazionale, il quale avrebbe allora attuato la politica della assimilazione invece che questa politica della integrazione che, come due anni fa ho dimostrato e ripeto anche oggi, non è stata una scoperta, nè della democrazia cristiana, nè della collega Menapace, ma era una cosa molto nota e teorizzata e documentata negli scritti di un uomo liberale, quale è stato il primo Presidente della Repubblica, il sen. Luigi Einaudi. Ho voluto premettere che fino a questo momento, nessuno ha mai accusato di fascismo la corrente liberale, nella speranza di non essere malinteso dovendo io dire qualche cosa a proposito di questo termine di « fascismo », che viene così facilmente e così malamente usato, perché viene strumentalizzato, al di fuori e al di là di qualsiasi fondamento teoretico e di qualsiasi fondamento storico. Signori colleghi, non so se vi ha stupito che proprio alcun tempo fa, in coincidenza con la fondazione ufficiale del Nationaldemokratische Partei Österreichs, il partito di estrema destra, il partito neonazista lo chiamiamo noi — altri per comodità lo chiama neofascista — fondazione che è avvenuta l'11 febbraio 1967 a Linz, l'Associazione socialista della resistenza e delle vittime del fascismo (Bundsozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer der Fascismus) ha pubblicato un opuscolo di Joseph Hindels dal titolo «Nationaldemokratische-

parte: un segnale d'allarme ». La cosa ha richiamato un poco la mia attenzione, non solo di uomo politico, ma anche di modesto cultore di studi storici, per l'uso del termine « fascismo ». È vero che nella storiografia attuale il termine di « fascismo » viene usato anche dagli storici del mondo occidentale, come termine comprensivo di tutte le forme di stato autoritario, le forme di stato dittatoriale, di stato antidemocratico, che si sono manifestate in Europa, dopo la fine della prima guerra mondiale. E si può parlare del fascismo italiano; si può e si deve parlare, a molto maggior ragione e con maggiori circostanze aggravanti, del partito nazional socialista tedesco, quello di Hitler per intenderci; si può parlare del franchismo, si può parlare di Salazar, si può parlare di tanti altri orientamenti, che nell'Europa post 1922 si sono avuti. A me pare però di dovere, proprio per precisione scientifica e anche per chiarezza politica, dichiarare che questo uso del termine « fascismo » è già molto soggetto a critiche sul piano storico, per quanto attiene alla validità e adeguatezza del termine stesso. Sul piano politico è poi spesso usato in un modo errato e di un errore che non dipende soltanto da ignoranza, ma dipende anche da malafede, usato come se le colpe di quanto è avvenuto in Europa e le colpe di quanto è avvenuto qui nel Südtirol, dipendessero soltanto dal fascismo italiano. Quando si parla di fascismo si parla sempre o si intende in questi casi parlare del fascismo italiano, e ci si dimentica che esso è stato un aspetto, una componente di un tema storico molto più ampio al quale, come poi verò documentando con estrema precisione, non hanno fatto mancare i loro assensi e perciò le loro corresponsabilità, tanto la parte socialista, quanto la parte cattolica.

Perciò io credo che dovremmo, per chiarirci le idee, prima di quella che sarà la im-

mancabile discussione (cheché ne voglia l'on. Presidente della Giunta regionale) che in questa sede si dovrà fare sull'attuale momento politico che sta attraversando l'Alto Adige e la Regione Trentino - Alto Adige, precisare con esattezza, questo concetto: quando i tedeschi parlano di fascismo, devono essere coscienti che con quel termine essi non si rivolgono soltanto al fascismo di marca italiana, ma devono rivolgersi molto e molto più adeguatamente, anche a quel tipo di fascismo (dal punto di vista della spiritualità non saprei quale stia sopra o sotto nella scala dei beni e dei mali) che è il nazional socialismo germanico e precisamente l'hitlerismo.

E dunque, signori, — è questo un invito che io rivolgo specialmente ai colleghi di lingua italiana, i quali avranno pur visto anch'essi in questi giorni, oltre che aver letto nelle scuole, il teleromanzo di Manzoni — credo che non sia conveniente e che sia eccessivamente errato e lesivo della verità e degli interessi comuni, ciò che noi gruppi linguistici italiani veniamo qualche volta facendo, col battibeccarci per respingere o sugli uni o sugli altri le colpe e le responsabilità del passato. Questo mi pare un punto fermo che dovremo stabilire con chiarezza, non al fine di creare una solidarietà etnica contrastante con l'altro gruppo linguistico, ma proprio al fine che non accada a noi, uomini di cultura e uomini di responsabilità politica, quello che accade anche oggi sulle piazze, di lasciarsi strumentalizzare e imbambolare dall'uso erroneo di termini o dalla presentazione di fatti storici in difformità da come essi sono avvenuti. È chiaro — lo ripeto ancora una volta — che quando parliamo di fascismo, quando ci sentiamo dire da parte della S.V.P. che tutte le miserie che sarebbero cadute su questo angolo di terra alpina, l'Alto Adige, sono da imputarsi al fa-

scismo, noi non abbiamo nulla da obiettare se in questo termine di fascismo si comprende anche il nazional-socialismo, si comprende la Germania, si comprende l'Austria, si comprendono anche i dirigenti della popolazione di lingua tedesca in Alto Adige. Avremmo tutto invece da obiettare e da contraddire, ove con questo termine fascismo si volesse identificare soltanto la parte italiana, lo stato italiano, il regno italiano prima, la Repubblica italiana poi. Perché solo in questo modo — e qui farò contento l'amico Tanas, che aveva protestato prima — solo in questo modo . . .

(INTERRUZIONE)

CORSINI (P.L.I.): . . . solo in questo modo possono accadere delle aberrazioni così grosse e così madornali, come quella in cui è caduto il collega Benedikter, ora assente, il quale, commentando il testo della risoluzione del Partito Socialista Unificato in materia di problemi altoatesini, e indicando quegli alcuni punti sui quali la S.V.P. non ritiene di dover concordare, si è sbrigativamente liberato di una critica più severa e più intima, dicendo: voi socialisti siete gli eredi di Tolomei. Credo che per il rispetto che dobbiamo a noi stessi, per il rispetto che dobbiamo a questo alto consesso legislativo e politico, credo che non dobbiamo adattarci a seguire questi errori, a tollerarli e a sopportarli ulteriormente! Altrimenti, colleghi della S.V.P., bisogna raccogliere l'invito implicito che ci fate, quando ci dite che siamo dei fascisti rivolgendovi agli italiani in genere, allorché non facciamo qualche cosa che vi garba; dobbiamo raccogliere l'invito implicito e venire qui e raccontare, oltre che le nostre miserie del fascismo italiano, le miserie del fascismo germanico, raccontare le miserie del fascismo austriaco, di quell'Austria alla quale voi continuate a guar-

dare, come se fosse il sole dell'avvenire e il sole del passato; dobbiamo venire qui e ricordare anche le miserie vostre, del gruppo sùdtirolese in Alto Adige.

È un invito al quale ci costringete; ma lo ripeto, non lo facciamo con spirito né di rottura, né di polemica; lo facciamo come ultimo tentativo, lo dichiaro a nome del gruppo, per accertare se è possibile trovare una base di verità comune.

Solo sulla base di una verità comune infatti si può costruire; sulla menzogna che continua a ripercuotersi e a rimbalzare da una parte e dall'altra le responsabilità e le colpe, una soluzione di questi problemi non si può assolutamente trovare.

E se questa assemblea regionale vivrà ancora nel futuro e ci saranno qui i figli e i figli dei nostri figli, se si dovesse continuare su questa strada, di qui a cinquant'anni continueremo a sentire voi parlare di fascismo, come se tutti gli italiani fossero colpevoli, e come se le colpe derivassero soltanto da questo, e dimenticare volutamente, caparbiamente, di fare anche voi quell'atto di umiltà e di contrizione che dovrete fare, se voleste conoscere veramente la storia nella sua realtà.

Schuschnigg che non era un uomo di parte italiana, e che se apparteneva a delle correnti orientate verso lo stato totalitario e verso lo stato autoritario, non era sicuramente verso il fascismo di lingua italiana, scriveva nella sua nota opera: « Requiem in rosso, bianco-rosso » esattamente così: « il pericolo entrò in una fase acuta, non con la marcia su Roma, nel 1922, né col sorgere dello stato fascista, ma col gennaio 1933, con l'avvento al potere di Hitler, aumentò fino ad una quasi inevitabile crisi, quando Hitler nel 1935 proclamò il riarmo tedesco ».

La S.V.P. e purtroppo anche uomini di

parte italiana del partito della democrazia cristiana e del partito socialista, sono, come dicevo prima, abituati a battersi continuamente il petto e a cercare di farsi perdonare con gli sbraccamenti attuali, tutte quelle che sarebbero state le colpe che nel passato il fascismo avrebbe avuto, e non si curano minimamente di vedere quanta collaborazione abbia dato il popolo tedesco della Germania, dell'Austria, dell'Alto Adige, la classe dirigente del mondo linguistico tedesco, germanico, austriaco e altoatesino, la classe dirigente socialista, la classe dirigente democristiana o cattolica come si diceva allora, lo stesso Clero, lo stesso altoclero, quanto contributo essi abbiano dato, alla creazione in Europa di quel clima fascista che ha portato non soltanto al dramma del popolo sùdtirolese, ma ha portato a un dramma ben più vasto, ben più ampio, al dramma di tutti i popoli europei. Portino pazienza, prima gli uni e poi gli altri, prima i socialisti e poi i cattolici, se io ricorderò loro alcune prese di posizione, che le loro correnti hanno assunte nel passato, non per mettermi sullo stesso piano su cui si mettono continuamente essi — lo ripeto per la terza ed ultima volta — ma per il desiderio che alla fine di questo mio intervento, si possa esser tutti convinti che quanto è avvenuto qui, quanto è avvenuto in Italia, quanto è avvenuto in Austria, è colpa di un'aberrazione comune, che ha preso tutte le correnti politiche, tutte dalla prima fino all'ultima, persino le altissime sfere religiose, e da questa colpa perciò nessuno in questo momento è in grado di poter fare il grande gesto e dire: io sono mondo, io sono puro. E se mondzia e purezza non esiste, bisogna allora che deponiamo tutti ciò che è avverso l'uno all'altro e ci mettiamo sul piano concreto di esame e ricerca di soluzioni attuali, opportune, senza continuare a rinfacciarci gli

uni di essere le vittime, gli altri di essere dei carnefici.

Se alcuni dei socialisti avessero letto l'interessante opera pubblicata nello scorso anno da Gordon Broock « L'Anschluss », avrebbero avuto occasione di constatare, attraverso una serie di documenti ineccepibili, come la posizione del partito socialista in Austria non sia stata affatto diversa da quella che è stata la posizione del partito socialista in Italia. Di fronte al sorgere della minaccia della dittatura, il partito socialista, come anche il partito cattolico, si è — per usare un termine, che noi usavamo in guerra — imboscato. Si è imboscato, ha ritirato le proprie responsabilità e ha lasciato che il peggio cadesse sugli stati, premettendo sempre l'interesse del partito rispetto agli interessi dello stato, cosa che non è, per dir la verità, difforme neppure dalla dottrina stessa del marxismo e del socialismo. Hillgeist che era il rappresentante dei socialisti al momento in cui il dramma austriaco stava per arrivare alla sua conclusione, accettò di lottare contro Hitler, « purché i lavoratori — queste sono le parole dette a Schuschnigg — avessero la sensazione di difendere la propria libertà, accanto alla libertà del proprio paese ». Una visione classista, invece che una visione comunitaria e di interesse di tutta la popolazione. E solo il 7 marzo del 1938 si arrivò a quella riunione di Florisdorf, in cui si raggiunse un accordo di massima. E, dicono sempre gli storici socialisti, « i leaders socialisti cercavano — cosa del resto assai comprensibile — di combinare la resistenza a Hitler con il proprio ritorno sulla scena politica ». E perciò soltanto la mattina dell'11 marzo fu raggiunto finalmente un accordo; troppo tardi: poche ore dopo le truppe della più grande Germania — così si chiamava: la più grande Germania — invadevano l'Austria, e la libertà dell'Austria era finita. Né diversi sulla responsabilità del par-

tito socialista in questi avvenimenti della vicina repubblica, (cito e controllo per le ripercussioni che poi hanno sulla situazione nostra locale), sono i giudizi degli stessi uomini politici e scrittori di parte socialista: chi più chi meno riconosce le responsabilità della social democrazia nella resa del popolo austriaco all'hitlerismo e al nazismo . . .

JENNY (S.F.P.): Ma se erano in prigione, prof. Corsini, erano in prigione.

CORSINI (P.L.I.): Dopo, dopo . . .

JENNY (S.F.P.): Macché, dal 1934 in poi!

CORSINI (P.L.I.) Senta, lei ha fatto giorni fa un'interruzione che le è costata una risposta poco bella, dal punto di vista personale, del collega Mitolo; non mi obblighi ad usare altri termini o simili termini, riferiti al piano storico. Se lei vuole contestare quello che io dico, chieda la parola, porti qui altrettanti documenti quali porto io e poi si vedrà.

Julius Braunthal che è pure uno storico di parte socialista, ed è stato un uomo politico del socialismo austriaco, credo fosse molto vicino a Friedrich Adler, segretario della internazionale socialista, scrive: « non esito ad ammettere, che da parte dei social democratici furono commessi degli errori gravissimi », pur naturalmente cercando poi di giustificarli. Lo storico inglese Paul Sweet, che ha avuto la possibilità di esaminare gli atti dell'archivio di stato austriaco, scrive in un saggio « Mussolini e Dolfuss, un episodio di diplomazia fascista » che i socialdemocratici hanno qualche parte di responsabilità per il modo col quale si sviluppò la crisi in Austria, negli anni antecedenti al 1934: essi erano spesso colpevoli di ostruzio-

nismo e di irresponsabilità politica; accettavano troppo prontamente il programma di uno stato entro lo stato. Ma il giudizio più grave sui socialisti, collega Jenny, e le masse operaie austriache, viene proprio da un socialista che non credo possa essere soggetto a dubbi. Parlo di Karl Renner, il primo Presidente della seconda Repubblica. Nella sua « Memoria sulla storia della dichiarazione di indipendenza dell'Austria e sull'insediamento del governo provvisorio della Repubblica », egli scrive: « i lavoratori, dopo il 1934, rassegnati, rinunciarono al proprio stato e giunsero alla conclusione » (questo è per voi colleghi della S.V.P.) « che se il fascismo era inevitabile, la sua forma anticlericale tedesca era perlomeno preferibile a quella orientata verso l'Italia e la chiesa cattolica. Quattro anni dopo le masse dei lavoratori non fecero obiezioni all'annessione e anzi furono ben presto conquistate dagli allucinanti successi di Hitler ». Sono parole che ho tradotto dalle memorie, e spero bene, di Karl Renner. Questo giudizio di Renner vale anche per lo stesso Renner. Egli infatti il 3 aprile del 1938, buon secondo dopo il cardinale Innitzer, rilasciava una intervista al Tagblatt di Vienna, in cui dava al plebiscito hitleriano il suo appoggio personale. Sia pure con qualche riserva sul metodo con cui fu realizzata l'Anschluss, la riconosceva come fatto storico, come riparazione, come un punto fermo di arrivo.

Perciò quando i socialisti parlano di fascismo, parlino coscienti anche di quel fascismo che si è creato in Germania e in Austria e al cui consolidamento essi socialisti sono stati consenzienti.

Per quanto concerne l'atteggiamento del partito cattolico e della chiesa, ci sono interessanti documenti sia nel testo di Gordon Broock, prima citato, sia in quello di Braunthal, sia nelle memorie di Karl Renner, sia in altri

testi più recenti, che verrò poi successivamente indicando alla cortese attenzione dei colleghi.

È vero che subito dopo l'entrata delle truppe naziste in Austria, la destra non nazista e la sinistra non compromessa veniva incarcerata e ridotta all'impotenza. Nei primi giorni ci sono stati a Vienna circa 76 mila arresti, nella sola prima ondata di arresti fatti dalle truppe hitleriane. Restavano due centri di possibile resistenza, passiva, che erano: da una parte la chiesa cattolica, dall'altra la sinistra moderata. Come si sia comportata la sinistra moderata l'ho, or ora, documentato. Che fece la Chiesa? Che fece questa Chiesa, che oggi, più di una volta, si sente tuonare contro coloro che direttamente o indirettamente si sarebbero resi rei di fascismo e conseguentemente di tutto quello che di male sarebbe accaduto alle popolazioni altoatesine, oltre che a quelle italiane? Il cardinale Innitzer, primate cattolico d'Austria, andò personalmente incontro a Hitler, a metà strada, facendogli pervenire un messaggio di benvenuto, mentre viaggiava alla volta della capitale, annunciandogli di aver dato ordine che le chiese issassero la svastica e suonassero le campane per celebrare l'avvenimento. E ciò esse fecero debitamente, dando con il suono delle campane un benvenuto regale a Hitler per tutto il tragitto dal castello di Schönbrunn all'Hotel Imperiale, dove la folla lo reclamò a gran voce al balcone. Poco prima che Hitler ripartisse in volo da Vienna, per essere precisi la sera del martedì 15 marzo 1938, il cardinale Innitzer, si recò egli all'appartamento di Hitler all'Hotel Imperiale per discutere insieme il posto spettante al cattolicesimo austriaco, in seno al nuovo ordine.

Fu un colloquio singolarmente amabile, se si pone mente a quel che rappresentavano coloro che vi partecipavano. Il cardinale Innitzer dichiarò — sono testi storici, ineccepi-

bili — che « in Austria non erano mai mancati idee e sentimenti tedeschi ». E di questo non mi meraviglio. Promise che i cattolici austriaci sarebbero diventati « i figli più fedeli del grande Reich tra le cui braccia erano stati riportati in quel giorno tanto importante », purché fossero rispettate le libertà della Chiesa e fosse garantito il suo ruolo nell'educazione della gioventù. Era l'antico mercato tra il Papa e il Cesare, rifatto a pochi anni di distanza da noi! Il 18 marzo il cardinale Innitzer inviava al Gauleiter Buerckel una lettera firmata anche da altri cinque prelati, contenente una solenne dichiarazione dei Vescovi d'Austria, con la quale a mezzo di pastorale veniva data questa precisa indicazione sull'atteggiamento da assumere al momento del plebiscito: « il giorno del plebiscito, il dovere verso la nazione impone naturalmente a noi, vescovi, di pronunciarci in quanto tedeschi, a favore del Reich tedesco e ci aspettiamo che tutti i fedeli austriaci sappiano in quel giorno qual è il loro dovere verso il popolo ». Ma non era solo un piegare le ginocchia dinanzi ad uno stato vincitore, come aveva fatto, circa un secondo prima, il vescovo di Trento, al momento in cui era arrivato Napoleone, con una dichiarazione che appoggiava le libertà gallicane, nel 1810. Non era soltanto questo: la pastorale prendeva aperta posizione politica a favore delle ideologie del partito nazional socialista, del partito hitleriano. E' sempre Julius Braunthal che nel suo volume « La tragedia dell'Austria » (pubblicato a Londra nel 1948, tradotto in italiano, dalla Nuova Italia, Firenze 1955), riporta una parte di questa circolare del primate viennese che riguarda l'invito ai cattolici, non soltanto ad approvare l'Anschluss con la Germania, ma l'invito ad approvare il contenuto e le dottrine ideologiche e politiche del partito hitleriano: « Noi vescovi della chiesa

austriaca dichiariamo con la più profonda convinzione e di nostra propria libera volontà, che riconosciamo con gioia che il movimento nazional socialista ha compiuto e sta compiendo un imponente lavoro. Questi sforzi saranno in futuro accompagnati dalle benedizioni più fervide dei vescovi, che spingeranno i fedeli in tale direzione ». Ed era il 18 marzo 1938, non era il 1933, quando non si poteva sapere ancora che cosa sarebbe stato Hitler. Era il 18 marzo 1938, quando ormai esistevano campi di concentramento, esisteva politica razziale, esisteva odio fra i popoli, esisteva tutto quello che ha scatenato la seconda guerra mondiale. E qui abbiamo il primate cattolico di Vienna, che invita i cattolici ad appoggiare con tutto il loro cuore e con le benedizioni dei vescovi il nuovo, il già provato partito nazista . . .

(INTERRUZIONI)

CORSINI (P.L.I.): Il mio cortese interlocutore, il quale sarà un validissimo sanitario, ma forse non è un altrettanto validissimo storico, come non lo sono io, vorrà accertarsi che dopo queste dichiarazioni, il cardinale Innitzer fu subito chiamato a Roma dall'allora segretario di stato — che si chiamava Cicognani, mi pare, mons. Cicognani . . .

CONSIGLIERE: Maglione!

CORSINI (P.L.I.): Maglione? . . . e fu piuttosto rudemente riprovato per queste sue dichiarazioni, ma ormai la cosa era fatta. Anche questo lo dico ad un suo ulteriore accertamento.

KAPFINGER (S.V.P.): Non si chiamava così!

CORSINI (P.L.I.): Come si chiamava?

KAPFINGER (S.V.P.): Innitzer!

CORSINI (P.L.I.): Innitzer. Grazie . . .

(INTERRUZIONI)

CORSINI (P.L.I.): E anche il cardinale scoprì così il suo uomo della divina provvidenza, vero? Signori di parte cattolica, che oggi volete rigettare la colpa di tutti questi avvenimenti del passato soltanto su alcuni uomini o sulla classe borghese, che sarebbe stata cattiva, sulla Confindustria che avrebbe aiutato il fascismo al suo sorgere e via dicendo, ricordatevi che la definizione di Mussolini « uomo della divina provvidenza », non viene altro che da voi. E così anche Innitzer scoprì il suo uomo della divina provvidenza in quella stessa pastorale, scrivendo: « il prete e il fedele debbono poggiare senza riserve lo stato della più grande Germania e il Führer, la cui lotta contro il bolscevismo e per la grandezza, l'onore e l'unità della Germania, è stata voluta dalla divina provvidenza ». Esempio, del resto, seguito da mons. Geisler, l'arcivescovo di Bressanone, nel giugno del 1940 . . .

CONSIGLIERE: Vescovo!

CORSINI (P.L.I.): Vescovo . . . quando egli si presentò, seguito dal capitolo, ad un ufficio nazista e fece la sua dichiarazione di fedeltà al Reich. Era il giugno del 1940, e già allora si conosceva, penso, poiché lo sapevamo anche noi, uomini della strada, quello che era accaduto in Germania. C'era stata una esplicita denuncia del cardinale Faulhaber per le disumane misure che la Germania aveva preso nei confronti degli ebrei e nei confronti degli oppositori politici. Tutte cose molto note, eppure il vescovo di Bressanone, Geisler, arriva dinanzi ad un alto funzionario nazista, si toglie l'anello episcopale — questo è vero

—, perché firmava, egli diceva, come tedesco e non come vescovo, (ma dietro di lui c'era il seguito del capitolo e dietro il capitolo c'erano tutti i poveri parroci di campagna e dietro i parroci di campagna c'erano i contadini, che sono stati quelli che hanno optato in massima parte per la Germania) ma era pur sempre un tedesco che dava il suo assenso a Hitler, alla guerra, ai campi di sterminio, al regime delle S.S. e via dicendo.

Ma davvero, colleghi sudtirolesi della classe dirigente e responsabile, cattolici come continuate ad insistere di essere, quasi a vanto, come se altri non lo fossero o non potessero avere la purezza che questo termine dà a voi cattolici sino alle midolla delle ossa, potete ritenere voi stessi e il vostro clero meno colpevoli di altri, per quanto è accaduto di male al popolo sudtirolese? Lo potete veramente ritenere? Potete veramente credere di avere il diritto morale di venire in quest'aula e continuare a domandare agli altri, appellandoli con il termine di « fascisti », perché hanno fatto questo, perché hanno fatto quest'altro?

Se il processo si deve fare, capi di imputazione e capi di accusa, nei vostri confronti, potremmo trovarne nella storia molti, numerosi, gravi e pesanti. I nostri vescovi trentini, ad esempio, come mons. Endrici, mons. Rauzi, il direttore di « Vita Trentina » mons. Delugan, non erano andati a prendere la tessera fascista, né sarebbero andati, anche l'avessero potuto, ad optare per il grande Reich. Erano continui e vigili oppositori del fascismo italiano, quando voi e i vostri eravate invece fautori del fascismo germanico.

I risultati del plebiscito austriaco, non poterono essere che quelli che furono, date queste premesse. Poiché socialisti e cattolici avevano così fervorosamente dichiarato di voler appoggiare l'Anschluss e di voler appoggiare il par-

tito nazional socialista, era evidente che le conclusioni non potevano essere che queste: 4 milioni 484 mila elettori, 4 milioni 453 mila sì, 11.929 no, 5776 schede nulle o deteriorate. È vero che quando si pensa all'altra, all'ultima votazione che avvenne in Italia, che avvenne in coincidenza con i patti tra il fascismo e la Chiesa, nel 1929, dobbiamo ricordare 8 milioni di sì per il fascismo e appena 150 mila voti contrari al fascismo. Ma signori che guardate all'Austria, credendo che essa sia immune da colpe e al popolo tedesco, credendo che esso sia immune da responsabilità col fascismo, termine che comprende in questo tutti i movimenti, compreso quello hitleriano, guardate il risultato del plebiscito austriaco e poi cominciate, oltre a pretendere che noi ci battiamo il petto, a battervelo anche voi.

Non si può, dopo questa documentazione, sostenere quello che ha sostenuto il sen. Luigi Sand nell'arringa difensionale al processo di Milano, ora pubblicata in un volume (Il processo di Milano nelle arringhe della difesa - edizione Europa Verlag Vienna 1966) che io raccomando alla lettura di tutti, anche perchè contiene pure l'arringa difensionale del nostro ex collega, l'avv. Canestrini; non si può dire che i sudtirolesi avevano optato per la Germania, soltanto perchè il trattamento da parte del regime fascista era divenuto insopportabile. Non è vero; hanno optato per la Germania, perchè hanno obbedito al loro Clero, hanno obbedito agli interessi della loro classe dirigente, perchè erano pienamente consenzienti con l'idea dell'imperialismo hitleriano e perchè se oggi le cose fossero andate in un modo diverso e non ci fosse stata la Resistenza, che ha impedito una conclusione diversa della seconda guerra mondiale, oggi sarebbero felicissimi di essere ancora con la più grande Germania e di essere ancora all'interno di una politica razziale, i cui principi

non mancano di fare risuonare più di una volta anche in quest'aula.

A proposito, mi pare che fareste molto bene, colleghi della S.V.P., a riandare un poco alle fonti delle vostre affermazioni, e vedreste che l'idea delle opzioni non è nata nel 1938 e non è nata soltanto nella testa del senatore Tolomei e nella testa dei governanti italiani. C'è un volume, uscito recentissimamente: « Diplomatie um Südtirol » di Karl Heinz Ritschel, pubblicato a Stoccarda dalla Seewald Verlag. Vi consiglio di leggerlo. E' interessante fra l'altro perchè riporta uno scritto di Hitler del 1926, che era completamente andato dimenticato e rimasto, per dir così, sconosciuto sino ad oggi. Conosciuto allora, poi perduto, ed è riportato persino in copia fotografica almeno il frontespizio, in questo interessante volume del Ritschel. E se posso aprire una parentesi dico che è interessante anche per un altro aspetto.

È proprio vero che il diavolo fa la pentola, ma non fa il coperchio. Nel desiderio di documentare il più ampiamente possibile le proprie tesi, si riporta un documento dell'archivio Tolomei, di quell'archivio Tolomei per il cui trafugamento si è avuto persino un processo. Nessuno sa dove sia, nessuno sa come poterlo restituire all'Italia. In questa pubblicazione è riportata una lettera dell'archivio Tolomei, con sopra lo Stempel delle S.S. e l'aquila hitleriana. E' interessante, anche da questo punto di vista; molto interessante, e anche molto . . .

(INTERRUZIONI)

CORSINI (P.L.I.): Sì, sì, sì . . .

(INTERRUZIONI)

AGOSTINI (P.L.I.): E l'Italia si guarda bene da chiedere in restituzione l'archivio Tolomei.

CORSINI (P.L.I.): Ora dicevo che in questo opuscolo di Hitler . . .

(INTERRUZIONI VARIE)

CORSINI (P.L.I.): Interessante. In questo opuscolo del 1926, che porta il titolo « Südtirolerfrage und das deutsche Problem » edito a Monaco, citato nel testo prima da me ricordato, Hitler — riassumendo — dice: ma qui in Germania si preoccupano tanto per il Südtirol e ce l'hanno tanto con Mussolini e con l'Italia, per il Südtirol. Ma vale la pena veramente di avercela? Di avere una posizione politicamente avversa all'Italia e a Mussolini, per la questione del Südtirol? Se Mussolini — queste sono le parole di Hitler — fosse stato un ebreo o fosse stato un framassone, allora i circoli germanici degli ebrei e dei framassoni non avrebbero niente da dire. Ma siccome Mussolini non è né ebreo, né framassone, la cosiddetta opinione pubblica germanica, se la prende con Mussolini per la questione del Südtirol. E Hitler si domanda: ma voi pensate che noi dobbiamo compromettere i problemi della più grande Germania, dell'unità del popolo germanico per questi alcuni sudtirolesi di lingua tedesca, che vivono al di sotto del Brennero? Ma noi non la faremo mai un cosa di questo genere!

Chi vi ha abbandonato e chi ha poi posto le premesse per la questione delle opzioni, è il Tolomei, d'accordo, sono i governanti fascisti e italiani, d'accordo, ma andate a ricercare le cause anche nella stessa posizione di quel partito hitleriano e di quella grande Germania, alla quale avete dato così apertamente il vostro consenso!

Da parte sudtirolese ci sarebbero dunque le vittime e da parte italiana invece i carnefici. E questo sembra che sia anche il contenuto del discorso tenuto al Senato dal senatore della Re-

pubblica Paolo Berlanda, pronunciato il 21 settembre 1966, in occasione del dibattito sull'Alto Adige. È un testo che, penso, sarà giunto anche a voi, come è stato inviato a me, è un testo che vale la pena di leggere. Non lo dico con ironia: lo sforzo che fa il sen. Berlanda, per porre le premesse di una soluzione pacifica o concordata dei problemi altoatesini, lo sforzo che fa è uno sforzo meritorio, che noi approviamo, sulla strada del quale potremo essere sempre presenti e sempre collaboratori. Non approviamo di questo discorso, tenuto in Senato, dall'on. sen. Berlanda, il tono e lo scopo che si propone e una serie di considerazioni di natura storica, sulle quali non voglio soffermarmi, per risparmiarvi tempo e perché forse possono interessare maggiormente me come privato studioso che un'assemblea. Ma sono considerazioni di natura storica che posso definire per lo meno parziali e incomplete. E d'altro canto nessuno poteva pretendere che un senatore, nel breve tempo che ha a disposizione, facesse una esegesi completa di tutti i documenti della storia trentina e della storia altoatesina.

Ma quello che non posso approvare e che non possiamo approvare dell'intervento Berlanda, in Senato, e credo di ritenere perciò della posizione assunta dalla democrazia cristiana, è il fatto che esso si rivolge ai *patres conscripti*, facendo, nella sostanza, questo piccolo ragionamento: « cari senatori, voi del Trentino e dell'Alto Adige non sapete niente. E questo può anche essere vero. Non sapete niente. Ma voi non sapete quanto sia stata colpevole l'Italia, ma voi non sapete quanto siano stati colpevoli gli italiani, i cattivi liberali e anche i cattivi socialisti! (Sia ben chiaro, non si parla — mi pare che l'osservazione sia stata fatta da un mio collega, e perciò non la ripeterò — non si parla della posizione della cosiddetta coscienza nazionale positiva, assunta allora dal partito

cattolico). Voi non sapete, senatori, quante colpe abbiamo l'Italia, gli italiani, i trentini, gli italiani dell'Alto Adige, tutti quanti pieni fin sopra i capelli di colpe e di vergogne. E pertanto adesso viene l'on. Moro a dirvi: l'Italia repubblicana deve riparare con un atto di giustizia queste enormi torture che l'Italia nel passato ha inferto al gruppo sudtirolese. E allora noi non possiamo altro che ringraziare l'on. Moro di aver assunto questo atteggiamento, di aver previsto di dare quello che dà, di voler dare forse ancora di più. Addirittura si lascia intendere implicitamente una certa giustificazione di un evento futuro storico che potrebbe vedere la trasposizione dei confini dello stato italiano dal Brennero a Salorno.

E in quest'indirizzo, dirò poi, non manca la collaborazione dei socialisti attuali. E verrà poi documentandola, se mi permettete.

Noi non possiamo approvare questo atteggiamento della democrazia cristiana; noi lo dichiariamo esplicitamente, l'abbiamo detto più volte, riteniamo che anche in questa occasione sia opportuno ripeterlo.

Il gruppo liberale qui, il gruppo liberale alla Camera e al Senato, la grande opinione liberale italiana che vive anche all'interno degli altri partiti, non vuole nazionalismo, non vuole oppressione delle minoranze, vuole giustizia, vuole parità. Ma se si tratta di andare a ricercare le responsabilità per cui siamo giunti a questa situazione attuale, allora il partito liberale rifiuta la tesi che le responsabilità siano solo di parte italiana e i meriti tutti e solo della parte di lingua tedesca, e dell'Austria e — Dio non voglia — forse anche dalla stessa Germania hitleriana. Non vogliamo batterci il petto. Riconosciamo quello che di non equo è stato fatto nel passato, ma riconosciamo anche quello che di estremamente più grave è venuto da quella dottrina fascista del mondo tedesco,

della quale abbiamo sofferto anche noi italiani, come voi avete sofferto, in minor modo, della dottrina fascista del popolo italiano. Perciò niente complesso della vittima e neppure complesso del carnefice. Noi non vogliamo metterci a discutere nei confronti di una parte che ha il complesso della vittima e con compagni di parte nostra, come sono la democrazia cristiana e in parte anche i socialisti, che hanno il complesso del carnefice.

Qui non ci sono né vittime, né carnefici; qui ci sono problemi di natura costituzionale, problemi di natura legislativa, problemi di natura amministrativa; qui c'è la volontà, io sono certo di esprimere anche il parere e la convinzione di tutti i colleghi di lingua italiana, qui c'è la volontà di risolvere questo problema, di risolverlo il più presto possibile, di risolverlo nel miglior modo possibile, di risolverlo anche con una certa magnanimità, quale può avere un popolo di 50 milioni di abitanti, nei confronti di una minoranza di 250 mila individui. Ma magnanimità non vuol dire ingiustizia, e la magnanimità non si ottiene respingendo sulla posizione del carnefice l'interlocutore. Questa è la posizione liberale. E ai socialisti vorrei dire: cerchino un poco, in questo momento, di essere cauti e di tener cauti i loro esponenti, sul piano politico e sul piano culturale. Non è stato un bel servizio che avete fatto — chi l'ha fatto non lo so, comunque era firmato dal deputato Ferri, socialista, il discorso del 1920 tenuto alla Camera dei Deputati a Roma e che è stato diffuso pochi anni fa in un libriccino, che fra il resto non portava indicazioni di paternità . . .

(INTERRUZIONI)

CORSINI (P.L.I.): Non era Ferri? Chi era?

JENNY (S.F.P.): Riboldi!

CORSINI (P.L.I.): Riboldi, Riboldi. Domando scusa. Era Riboldi, non Ferri. Il Ferri era un altro; c'è un Ferri nuovo d'adesso e un Ferri socialista, entusiasta di Mussolini . . .

CONSIGLIERE: Ferri nuovi e ferri vecchi . . .

CORSINI (P.L.I.): Ecco, un Ferri nuovo e un Ferri vecchio . . .

(INTERRUZIONI VARIE)

CORSINI (P.L.I.): Ho finito, signor Presidente.

Dicevo . . . tenetevi quieti, e cercate di capire la responsabilità che grava sulle vostre spalle, specialmente in questo momento in cui condividete responsabilità di governo. Cercate di dire particolarmente ai vostri storici di non falsificare i documenti storici per presentare il pensiero di vostri uomini di primo piano, amati dalla coscienza nazionale italiana e dal popolo trentino, come sono amati da voi. Non c'è bisogno di togliere dalle lettere di Cesare Battisti, alcuni accenni dove si parla del confine alla vetta d'Italia. Perché? Perché oggi vi fa comodo; perché volete presentarvi in funzione di arbitri, come vorrebbe il Gatterer della « Die Presse » di Vienna, e sedervi tra la democrazia cristiana e la S.V.P. per risolvere questa situazione. Vi sembra comodo cancellare dal vostro passato alcune posizioni delle quali non dovrete vergognarvi. Quello che è avvenuto nel 1919 nel momento in cui il confine dell'Italia è stato spinto al Brennero, è una cosa che si può criticare sul piano storico, è un dato di fatto, un fatto compiuto. Aveva delle motivazioni a favore ed aveva delle motivazioni con-

tro, ma è certo che tutti coloro che oggi prendono la penna in mano per pubblicare su varie riviste italiane articoli, o per dar luogo a pubblicazioni di natura storica in Italia e all'estero, per sostenere che i socialisti battistiani non volevano il confine al Brennero, non dico che mentano, ma dico perlomeno che mentono a metà. Perché nel pensiero battistiano c'è l'una e l'altra delle due tesi. E dunque non sbrigatevi così tranquillamente di una delle tesi che non vi fa più comodo dal punto di vista politico e non vogliate mutare quella che era la vostra posizione del passato. Per esempio io ho letto, proprio in questi ultimi giorni, un altro testo in lingua tedesca. Signor Presidente della Giunta regionale, se potesse nelle sue conversazioni con l'on. Moro e con il governo gli ricordi che la pubblicistica austriaca e germanica sulla questione altoatesina è di una vivacità, di una intelligenza, di una volontà di ricerca, (anche se spesso finisce per cadere nelle storture delle tesi politiche) estremamente più ampia di quanto facciamo noi. Noi italiani anche in questo campo stiamo dormendo e lasciamo che l'iniziativa sul piano culturale venga tutta presa da coloro che sostengono naturalmente delle tesi opposte a quelle in cui crediamo e per le quali potremo avere qualche motivo di giustificazione anche noi. Glielo dica, signor Presidente . . .

AGOSTINI (P.L.I.): Ma Moro pensa solo al pacchetto, Moro! . . .

CORSINI (P.L.I.): Glielo dica, signor Presidente della Giunta che c'è bisogno, non di una pubblicistica di controaltare — io non sono favorevole alle pubblicistiche di controaltare — c'è bisogno di un asseveramento serio, documentato dei fatti e della realtà per togliere dalla nostra stessa coscienza quel dubbio di colpa che continua a esserci portato dinanzi e

che continua qualche volta anche a premerci nel momento in cui la nostra coscienza si addormenta anche un poco di fronte alla propaganda. Si prenda, signor Presidente — ma l'avrà sicuramente — un altro testo che citerò, quello di Franz Huter, in cui ha scritto anche il nostro collega Zelger. Huter, Franz Huter quello, quello . . .

MITOLO (M.S.I.): Quello dell'archivio Tolomei!

CORSINI (P.L.I.): . . . Quello dell'archivio Tolomei . . . Si prenda quel volume di 615 pagine, un malloppo fatto con tutta la pesantezza di cui è capace la meticolosità professionale germanica in questi studi, se lo prenda e veda se quello è un testo di storia o se non è un testo di una propaganda . . . Guardi, è stato detto una volta che « Le mie prigioni » di Silvio Pellico hanno prodotto per l'Austria conseguenze più dannose di una sconfitta militare. Noi lasciamo circolare per il mondo testi di quel tipo, senza che da parte nostra nessuno si curi di rivedere le buccie sul piano storico a queste pubblicazioni che di storico hanno poco — mi riferisco a questo, non ho detto questo degli altri, solo questo — . . .

AGOSTINI (P.L.I.): Pubblicazioni oscene! . . .

CORSINI (P.L.I.): . . . a queste pubblicazioni che di storico hanno poco e hanno molto di politico, e veda se non varrebbe la pena di esaminare anche questo aspetto della nostra questione.

Se mi lasciate proseguire per finire, Klaus Gatterer . . .

(INTERRUZIONE)

CORSINI (P.L.I.): Klaus Gatterer che

è uno dei fautori, per quello che io ne sappia, dell'intesa fra S.V.P. e socialisti, ed è anche uomo orientato verso il socialismo, ha pubblicato, proprio nel 1967, dunque un mese fa, un « *Porträt Eines Hochverrätters: Cesare Battisti* » edito dalla Europa Verlag di Vienna, che pare ormai si sia specializzata in pubblicazioni riguardanti la nostra situazione regionale, sia storica che politica. In questo libro ho trovato con dispiacere il ringraziamento alla dott. Livia Battisti e ad altre persone di altra statura, che perciò non nomino, le quali avrebbero fornito informazioni e notizie e interpretazioni del pensiero battistiano, e naturalmente si portano qui tutte le documentazioni a favore di che cosa? Non solo di un Battisti contrario al confine del Brennero, ma addirittura un Battisti che protesta contro il confine del Brennero. Non si trovano naturalmente quelle frasi che non sono state pubblicate nell'episodio curato dall'Alatri, non si trovano se non alcune frasi del discorso degli alpini, tenuto a Milano nel 915, si trova invece la famosa lettera, scambiata con Salvemini, della quale nessuno ha più il documento in mano, ma che tutti dicono di ricordare, ed è una lettera nella quale Battisti è contrario al confine del Brennero. Tutte queste cose si pubblicano e questi testi girano per il mondo e l'Italia ci fa la figura di essere ancora l'Italia imperialista, dopo che si è svenata anche dal punto di vista economico per creare una situazione di comodità in Alto Adige. E' possibile, signori, che noi lasciamo andare le cose in questo modo? Con queste premesse la nostra discussione qui diventa sterile. Dal complesso del vittimismo e dal complesso della colpa dobbiamo, nel modo più assoluto, liberarci!

Signor Presidente, io ho ancora un quar-

to d'ora circa; se vuole sospendo e riprendiamo al pomeriggio.

PRESIDENTE: La seduta è sospesa. Iniziamo alle ore 15 fino alle 18,30 e poi dalle 20 fino alle 23.

(Ore 12.40).

Ore 17.15.

PRESIDENTE: La seduta riprende.

La parola al cons. Nicolodi, non essendo presenti Corsini, nè Mitolo.

NICOLODI (assessore suppl. previdenza sociale e sanità - P.S.U.): Signor Presidente, signori consiglieri, io non intendo naturalmente fare un *excursus* storico sulle responsabilità dei socialisti per quanto riguarda la situazione attuale della provincia di Bolzano, perchè non ho né la competenza, né la intelligenza, né lo studio del collega Corsini. Quindi mi limito soltanto ad alcune puntualizzazioni, che sono venute in evidenza nella discussione sul bilancio del Consiglio regionale, per quanto riguarda il cosiddetto pacchetto e per quanto riguarda soprattutto il documento che è scaturito dal convegno provinciale del partito che ho l'onore di rappresentare. Direi che possiamo essere, sotto un certo aspetto, orgogliosi della risonanza che il nostro documento e i nostri lavori hanno avuto in quest'aula e fuori di quest'aula. Infatti quasi tutti, se non tutti i partiti, i gruppi politici che sono rappresentati in questo Consiglio, sono intervenuti e hanno preso la parola, dando dei giudizi sul nostro documento scaturito dal convegno che abbiamo tenuto a Bolzano il 26 febbraio u. sc. Credo che sia però il caso di dire subito che i giudizi e le criti-

che, meno forse anche gli assensi che sono scaturiti, vanno collocati — come è uso dire — visti da destra e visti da sinistra. Anche la stampa si è sbizzarrita a dare interpretazioni sui documenti che noi abbiamo votato, sul convegno che abbiamo fatto. È di ieri un articolo di spalla del giornale « Adige », ove fra le righe traspare la voglia di dare lezioni *ex cathedra*, direi, lezioni professorali ai socialisti. Ci dispiace che noi, purtroppo, nel nostro ambito provinciale, non possiamo annoverare fra le nostre file dei professori universitari, quindi ci è difficile poter dare lezioni ad altri partiti, noi cerchiamo di operare secondo la nostra concezione, la nostra posizione socialista.

Non parliamo poi del « Dolomiten », secondo cui tutto ciò che fanno i socialisti sono le cose peggiori che possono succedere su questa terra. Noi conosciamo benissimo sia il direttore del « Dolomiten », sia il consiglio di amministrazione di quella casa editrice, e sappiamo quali posizioni conservatrici essi hanno, quali posizioni clericali, ma nel senso più rozzo della parola, nel senso che nel 1967 non hanno saputo ancora aprirsi a quelle che sono le esigenze della vita sociale, politica, civile del nostro paese. Per il « Dolomiten », i socialisti sono ancora quelli che mangiano un bambino ogni mattina a colazione, magari tre quarti, perché, se sono cinofili, allora un quarto sono capaci di darlo anche al cane. Però altro non vedono nei socialisti che posizioni deteriori, che della gente ancora allo stato semiselvaggio. Direi che sul piano delle coscienze, ci sentiamo sempre di confrontare le nostre coscienze con le loro, con quelle dei dirigenti del consiglio d'amministrazione del Dolomiten. E credo che se ci confrontassimo non avremmo nulla da temere sul piano della onestà, sul piano del civismo. Quello che ci dispiace è che sia l'unico organo di informazione di tutta la popolazione

di lingua tedesca e che quindi anche le cose buone che anche noi qualche volta sappiamo fare, vengano interpretate e date alla popolazione di lingua tedesca come cose cattive, cose malfatte. Posso dire che il nostro documento è stato un documento che è scaturito dalla nostra posizione politico-ideologica. Non siamo andati alla ricerca di opinioni, né dell'uno, né dell'altro, non siamo stati nemmeno interpellati da nessuno su quale era la nostra posizione, su quale era il nostro pensiero sul nuovo adattamento dell'autonomia della provincia di Bolzano. Quindi abbiamo espresso una nostra opinione. Siamo stati noi, così, per uno scrupolo di coscienza, che abbiamo cercato presso altri partiti di lingua italiana e di lingua tedesca, di conoscere, se era possibile, la loro opinione, ma senza vincolarci a tenere conto, nella nostra elaborazione del documento, di quelle opinioni; conoscerle soltanto a titolo orientativo, perché il nostro documento, ripeto, è un documento scaturito dalla posizione dei socialisti in provincia di Bolzano. Ciò, ripeto, è un documento socialista, e di questo ne sono convinto, perché ormai milito da molti anni nel partito socialista e credo di poter dare una certa valutazione, anche sul piano autonomistico, anche sul piano del rispetto delle minoranze linguistiche, cosa può essere inquadrato in una politica, in una ideologia socialista e cosa non può essere inquadrato in questa politica, in questa ideologia. Certo è che non è né un documento come l'avrebbe voluto probabilmente la S.V.P. e come l'avrebbero voluto gli altri partiti democratici italiani — escludo naturalmente il M.S.I., col quale i rapporti sono indiscutibili, la differenziazione è troppo grande per poter anche porli — e quindi è un documento che noi abbiamo cercato di impostare secondo la nostra posizione ideologica, la nostra posizione politica. Ci è stato rimproverato da qualche

parte che questa nostra posizione l'avremmo potuta esprimere anche molto prima. Loro signori sanno che il partito socialista attuale è la somma di due partiti socialisti, la somma di due tronconi di partiti socialisti, i quali, in passato, hanno avuto delle differenziazioni su una impostazione e sulla ricerca della soluzione del problema del nuovo assetto dell'autonomia provinciale. È stato per noi necessario, immediatamente dopo l'unificazione, un incontro e un confronto di idee e di posizioni, sempre tenendo presente quelli che sono i principi ideologici che guidano il partito.

E io penso di poter dire che il documento che ne è scaturito, pur essendo stato un confronto di idee fra questi due tronconi socialisti che si sono recentemente unificati, non abbia nulla perso nella sua inquadratura e nella sua tradizionale azione socialista, per quanto riguarda l'assetto dell'autonomia provinciale in provincia di Bolzano. Non diciamo nemmeno che questo documento è un documento tabù; è un indirizzo che noi abbiamo dato, secondo la nostra posizione socialista, sempre pronti a discutere e a confrontare le nostre posizioni con le posizioni degli altri partiti democratici e trovare insieme la soluzione migliore che sia possibile. Questo è stato affermato non solo da me, ma anche dal presidente del gruppo parlamentare del gruppo socialista alla Camera, on. Ferri.

Ciò significa che i socialisti sono disponibili per una discussione anche in futuro su questo problema.

Ed ecco che, fatta questa premessa per quanto riguarda l'impostazione del documento finale che è stato votato il 6 febbraio scorso dal partito socialista unificato, credo che gli attacchi personali che sono venuti al collega e compagno e mio cosegretario Molignoni, siano ingiusti. E io non dico questo per difen-

dere un compagno, lo dico per difendere la posizione socialista. Può darsi benissimo che il compagno Malignoni ancora oggi sia convinto delle idee da lui espresse un anno fa, e tuttavia da buon socialista si è attenuto a quelle che sono state le votazioni e le deliberazioni del partito come tale, e queste posizioni e queste deliberazioni lui sostiene apertamente.

Anch'io su qualche punto del documento posso avere le mie riserve; anch'io personalmente posso non condividere completamente tutti i punti che sono stati discussi e che sono stati approvati dal convegno, ma tuttavia non mi sento autorizzato a dissentire, in quanto democraticamente le cose vanno discusse, approfondite, e una volta approvate dalla maggioranza del partito diventano patrimonio di tutto il partito e tutto il partito è impegnato a portarle avanti e a tradurle in azione.

Non voglio qui soffermarmi sui vari punti che sono stati illustrati nell'intervento del collega e compagno Malignoni recentemente, ma per quanto riguarda le osservazioni che sono venute soprattutto dai banchi della S.V.P., vorrei ribadire che quello che noi abbiamo scritto nel nostro documento è solo una puntualizzazione della portata delle norme costituzionali e della portata degli accordi che sono intervenuti a Roma per quanto riguarda i rapporti col MEC. Noi rifuggiamo dal volere o dal presumere di fare una cosa, con la riserva mentale che poi ci sia un impedimento per non farla; è la cosa peggiore che si possa fare e quindi è meglio dirlo prima quali sono le remore di carattere giuridico, di carattere costituzionale, che possono impedire la attuazione di certe norme.

Vorrei fare ora una precisazione al collega Gouthier. Quando il collega Malignoni ha parlato dell'industria ha detto che è prevalsa la tesi, non dei sindacati, ma dei sindacalisti; non

ha detto che è prevalsa la tesi della CGIL o della UIL, ha detto che è prevalsa la tesi dei sindacalisti, cioè dei sindacalisti che militano nella CGIL, nella UIL ed eventualmente nella CISL, dei sindacalisti socialisti che hanno l'obbligo e il dovere di dire la loro opinione all'interno del partito e che questa opinione nel partito socialista, che è un partito classista, non può essere sottesa. Non abbiamo mai detto che questa è la tesi della CISL, della UIL o della CGIL; vorremmo però, anche per farcene una idea, che una volta tanto, questi sindacati, anche queste organizzazioni sindacali, prendessero posizione ben chiara e ben netta su questi problemi, posizione che finora, purtroppo, non hanno preso. Se vi è stata una posizione, è stata presa dalla corrente socialista nei sindacati. Vorrei aggiungere ancora, in merito all'industria, che il passaggio dell'industria dalla Regione alla Provincia, l'incentivazione industriale non è che formi oggetto dei principi socialisti; non vi è un principio socialista perché l'incentivazione industriale sia più opportuno che rimanga alla Regione o che passi alla Provincia. È una questione di valutazione di carattere strettamente economico - sociale.

Quindi anche su questo problema siamo aperti, perché, ripeto, non coinvolge un principio nell'ideologia socialista. Invece sulla proporzionale etnica sì; questo è veramente un principio socialista, è un principio socialista che noi abbiamo sempre sostenuto. Io potrei andare a rileggere il documento del nostro precedente convegno in materia di sistemazione diversa dell'autonomia nella regione Trentino-Alto Adige nelle due province. Nel convegno fatto a Bolzano, nel novembre del 1959, ribadivamo che il problema della proporzionale etnica è un problema che noi socialisti non possiamo accettare, perché noi socialisti valutiamo gli uomini quali essi sono, per le loro capacità,

per la loro intelligenza e non per la lingua che parlano, non per la fede religiosa che essi praticano, non per il partito politico a cui essi appartengono. Tuttavia nel nostro documento riconosciamo la necessità di trovare degli strumenti idonei a far sì che anche la popolazione di lingua tedesca possa accedere in misura maggiore, anche fino a coprire i due terzi e anche oltre i due terzi, se questo è un problema di occupazione, i posti nella pubblica amministrazione.

Credo che, precisate queste alcune cose, non si possa parlare di distorsione storica fatta dai socialisti. Noi socialisti abbiamo i nostri principi, ai quali ci richiamiamo; i nostri principi ai quali guardiamo come alla meta finale della nostra lotta. Tuttavia non è che rimaniamo ancorati a determinati dogmi, ma noi applichiamo la nostra azione quotidiana alla realtà sociale in cui ci troviamo ad operare.

Non può certo neanche essere attribuita a noi la colpa di aver cancellato frasi da documenti storici, scritti da socialisti. No, questo no. I documenti storici per noi sono documenti storici e non abbiamo nessun complesso di inferiorità nel riconoscere, ad esempio, che eminenti socialisti hanno avuto delle valutazioni in contrasto con altri sul problema altoatesino, sul problema dell'annessione dell'Alto Adige all'Italia. Tuttavia diciamo che oggi questa appartenenza dell'Alto Adige all'Italia è una realtà ed è in questa realtà che vogliamo operare. È stato citato qui stamattina, dal collega Corsini, l'ex socialista Ezio Riboldi, che io credo viva ancora a Milano: è un vecchio di 82-83 anni. Il libro che lei ha citato stamattina è: « Vicende socialiste. Trent'anni di storia italiana nei ricordi di un deputato massimalista ». Era un deputato massimalista; ha fatto tutta la storia. È un libro che è difficile trovare, io l'ho trovato per caso. Ha fatto tutta la storia del so-

cialismo, dagli anni del dopoguerra alla venuta del fascismo e all'Aventino. E parla in appendice, dell'Alto Adige. Purtroppo dobbiamo dire che quello che lui prevedeva nel 1920, si è avverato. Questa è la tragedia: si è avverato. Nel discorso tenuto il 9 maggio 1920 al Parlamento, egli diceva che l'annessione dell'Alto Adige all'Italia senza plebiscito, sarebbe stata una conseguenza di grane per lo Stato italiano. Oggi siamo qui che lo constatiamo, che lo constatiamo, purtroppo, realisticamente. Non è che noi andiamo a smentire quello che ha detto Riboldi allora, nel suo discorso al Parlamento, e non è che andiamo a smentire quello che hanno detto altri eminenti socialisti, nei primi anni del dopoguerra. Quello che noi diciamo oggi è che la realtà è quella che è; che la possibilità di revisione dei confini è inammissibile, non soltanto per una questione di patriottismo, ma per un complesso di cose che porterebbe a livello internazionale, perché non ci si limiterebbe soltanto alla revisione del confine con l'Italia, ma ci sarebbero molti altri confini che eventualmente dovrebbero essere rivisti, e le conseguenze che ne scaturirebbero, tutti le possiamo immaginare. Quindi, come ripeto, quello che noi cerchiamo, è di adattare la nostra azione quotidiana a quelle che sono le condizioni economico-sociali e realistiche della regione. E nessun complesso del carnefice. Non siamo stati noi a dire che gli italiani sono stati dei carnefici. No, questo no. Direi, per quanto mi riguarda personalmente, che rifiuto la parola « concessioni »; rifiuto la parola « concessioni » perché non mi piace, come rifiuto la parola « pacchetto ». Io li chiamerei piuttosto « adattamenti utili per una migliore applicazione dell'autonomia in un paese democratico ». Non « concessioni », non « pacchetto », ma « adattamenti » che uno stato democratico deve continuamente fare per una maggiore applicazione del-

l'autonomia e per un maggiore lealismo, per una maggiore salvaguardia dei diritti delle minoranze linguistiche all'interno della nostra Repubblica. Ho detto che è un documento che si ispira ai principi e tradizioni socialisti: principi e tradizioni di uguaglianza, di giustizia, di libertà per tutti i cittadini. Principi e tradizioni che non sono dogmi, ma principi e tradizioni ai quali, come dicevo poc'anzi, noi ci adattiamo nella realtà che tutti i giorni siamo portati a considerare e all'azione che dobbiamo svolgere. Abbiamo sempre respinto i dogmi, abbiamo sempre respinto le frasi del « credere, obbedire e combattere ». Abbiamo sempre respinto anche l'assoluta obbedienza al capo, quando questi commetteva crimini in nome della classe lavoratrice. Per questo siamo socialisti, per questo siamo democratici, per questo, pur avendo come meta il raggiungimento dei principi socialisti, sappiamo, ripeto, adeguare la nostra azione quotidiana alla realtà in cui viviamo. Ed è in nome di questa tradizione democratica del socialismo italiano, che io devo respingere categoricamente, a nome del partito che ho l'onore qui di rappresentare, l'incauto accostamento che il collega Benedikter ha fatto alle tesi di Tolomei e alle deliberazioni del gran Consiglio del fascismo.

Il voler fare del nostro documento un accostamento alle tesi di Tolomei, è volere veramente dire delle falsità.

I socialisti italiani sono quelli che più di tutti hanno contribuito alla lotta contro il fascismo, che hanno versato il sangue dei loro martiri, che hanno trovato l'esilio, che hanno combattuto, che hanno fatto la fame. Io vorrei vedere, se andassimo ad analizzare, quanti sudtirolesi hanno voluto pagare di loro tasca, come hanno pagato tanti socialisti, per combattere la dittatura. Forse sono pochi, ma molto meno, in proporzione, di quanti sono stati i so-

cialisti, che hanno saputo pagare di loro tasca per opporsi a determinate violenze. E io credo che questi accostamenti si adattino più a chi li ha pronunciati che non ai socialisti. Non si è avuto il coraggio allora di fare come han fatto molti socialisti di trovare la via dell'esilio, di lasciare posti preminenti di direzione politica, di direzione aziendale, per magari andare a fare il manovale, per andare a fare lo spazzino, pur di non sottomettersi.

Si è rimasti. Si faceva la gara anche fra di voi, colleghi del gruppo di lingua tedesca, si faceva la gara a chi portava gli stivali più alti, per non essere da meno degli altri. Questa è la verità. E poi quando è venuto un altro fascismo, più forte di quello italiano, si è ricorsi a quel fascismo per farsi aiutare. E ora che c'è la democrazia, ora che si può parlare, ora avete il coraggio di parlare; prima non l'avevate, mentre i socialisti avevano anche prima il coraggio di parlare.

AGOSTINI (P.L.I.): Bravo Nicolodi, bravo!

NICOLODI (assessore suppl. previdenza sociale e sanità - P.S.U.): Questo è il fatto e queste cose non me le lascio dire da nessuno, non tanto a me personalmente, quanto al partito che ho l'onore di rappresentare qui dentro. Quando noi, colleghi, ci richiamiamo alla carta costituzionale, è perché chiediamo dei principi democratici, che in essa sono contenuti. E vorremmo che anche i sudtirolesi partecipassero più attivamente a realizzare l'attuazione di quei principi, non solo per quanto riguarda il gruppo etnico, non solo per quanto riguarda le esigenze della minoranza linguistica che vive nello stato italiano, ma anche per i problemi di carattere economico e sociale, perché così contribuirete maggiormente a una migliore solu-

zione del problema che vi sta a cuore. Siccome viviamo tutti in una stessa comunità, è giusto che anche i vostri parlamentari, che non prendono quasi mai la parola quando si tratta di problemi che interessano le riforme economico-sociali del paese, si inseriscano in questi problemi di riforma economico-sociale, perché risolvere il problema del Mezzogiorno, significa risolvere anche il problema del Trentino - Alto Adige. Quando potremo dare uno sviluppo economico, civile e sociale decente anche alle popolazioni del Mezzogiorno, eviteremo le emigrazioni, lo spettro che voi avete sempre davanti non ci sarà più, perché nessuno vuole trasferirsi dal proprio paese per andare in un altro paese; ognuno cerca possibilmente di poter stare sulla propria terra, di poter guadagnare il pane sulla propria terra.

Ecco dove mancate: voi non inserite questo problema di riforma economico-sociale che noi come partito socialista, assieme agli alleati della democrazia cristiana, tentiamo di portare avanti. E mi dispiace che non ci sia il collega e compagno Jenny, perché devo una breve risposta anche a lui, non per polemizzare, o non per polemizzare più di quanto egli ha polemizzato con noi. Infatti ha avuto il buono o cattivo gusto di dire qui che era stato invitato al nostro convegno, e non è venuto perché non gli abbiamo dato i documenti: questa è una scusa che può valere per lui, ma non vale per noi. Perché noi abbiamo invitato il collega Jenny, non perché venga a assumersi responsabilità che sono puramente nostre del partito socialista unificato; abbiamo invitato il collega e compagno Jenny, se voleva venire, a esporre il suo punto di vista. E non venga a dirci che non è venuto perché non voleva condividere responsabilità nostre, perché non gli abbiamo dato i documenti; del resto il documento era del partito socialista unificato e non era del partito so-

cialista di lingua tedesca. L'abbiamo invitato se voleva venire a esporre ai compagni di lingua italiana del partito socialista unificato la sua posizione, quale rappresentante del partito socialista democratico sudtirolese. Non l'ha voluto fare. Possiamo anche capire i motivi tattici, per i quali non l'ha voluto fare; ma vorrei pregarlo — e glielo ho detto anche personalmente — di non dire cose che non sono realmente come da lui prospettate.

Signor Presidente, signori consiglieri, credo che il tema — ripeto: non voglio dire del pacchetto, non voglio dire di concessioni — il tema del nuovo assetto dell'autonomia provinciale abbia trovato spazio sufficiente nel dibattito in questo Consiglio in occasione del bilancio.

Credo di poter dire anche che, come socialisti, abbiamo dato un contributo, se non originale, tuttavia un contributo serio, impegnato, e spero un contributo costruttivo, alla ricerca della soluzione del problema. Siamo interessati ad una rapida e possibilmente soddisfacente soluzione della convivenza fra i gruppi diversi qui in questa provincia, pronti, come ho detto prima, a discutere con chiunque le nostre tesi, che, ripeto, non sono dogmi; sono tesi che crediamo conformi ai principi e alle tradizioni socialiste, sempre pronti però, per il bene di tutti, per la pacifica convivenza, a discutere e a trovare una soluzione, anche di compromesso, con gli altri partiti democratici, purché il problema trovi la soluzione sperata. Siamo convinti che a questa soluzione — che mi auguro possa avvenire al più presto possibile — a una soluzione di reciproco rispetto, a una soluzione di reciproca fiducia, a una soluzione pacifica fra queste popolazioni che qui convivono, non solo noi, ma tutti i partiti che si richiamano alla democrazia, tutti i partiti democratici siano interessati. Ed è nostra speranza che anche qui, in que-

sta provincia, al più presto si possa trovare un pacifico modo di vivere e di operare.

PRESIDENTE: Faccio proseguire il prof. Corsini, che deve finire il suo discorso. Speriamo che non parli più un'ora adesso, no?

AGOSTINI (P.L.I.): Anche due, Presidente, se è necessario!

CORSINI (P.L.I.): No, no, no, lei ha ragione, signor Presidente . . .

PRESIDENTE: La parola al consigliere Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Ringrazio anzi di avermi rimesso in turno, anche se sono arrivato con qualche minuto di ritardo e mi impegno veramente con lei, signor Presidente, di contenere nel minimo tempo indispensabile, quest'ultima parte del mio intervento. Ripeto ancora una volta nel riprendere la parola, che il concetto informatore del mio discorso non è quello di aizzare o di rinnovellare contrasti fra i vari gruppi etnici, ma è quello di convincere nei limiti del possibile e sulla base di documenti storici che ho adottato abbastanza analiticamente per quanto è consentito in tale sede, questa mattina, convincere tutti i colleghi della parte di lingua italiana e anche i colleghi della parte di lingua tedesca, che se vogliamo andare alla ricerca delle responsabilità passate, nessuno ne esce bene, o ne escono bene tutti, il che è la stessa identica cosa: una verità che non abbia di fronte una falsità, non è neanche verità. Siamo tutti corresponsabili di quello che è avvenuto.

Nella interruzione che si è data tra la fine del mio discorso antimeridiano e l'inizio di questo, mi è stato fatto osservare da parte di alcuni colleghi che hanno seguito con particolare in-

teresse il mio discorso, che io sarei stato parziale, nel senso che avrei parlato del partito cattolico e del partito socialista e del mondo di lingua tedesca e non avrei detto qual è stata la posizione della ideologia e dei gruppi liberali negli avvenimenti drammatici che hanno colpito il mondo e questa regione in particolare. Io voglio raccogliere questa osservazione che mi è stata fatta e dire qui che se ho parlato delle ideologie cattoliche e delle ideologie socialiste non è stato per mettere esse alla sbarra e per dichiarare la assoluta immunità di altri gruppi politici in Italia e nel mondo; non pretendo, come a torto, secondo me, fanno cattolici e socialisti, di essere noi soltanto liberali, puri e mondi da quello che è accaduto.

Il mio sforzo era stato questo: di convincere che tutte le parti, dalla prima fino all'ultima, hanno corresponsabilità in ciò che è avvenuto. Ed è inutile che cerchiamo qui di rimbalzarci vicendevolmente le sublimi figure di Amendola di parte liberale, di Matteotti di parte socialista, la grande figura di Croce di parte liberale e di Turati di parte socialista, o la grande figura anch'essa di Don Sturzo, di parte cattolica. Io rifiuto questo palleggiamento di responsabilità e continuo ad insistere sul fatto che l'unico modo per avviarcì ragionevolmente a ritrovare una soluzione concordata, è quello di convincerci che nessuno è così puro da poter dire agli altri: la colpa è esclusivamente tua.

Questo era il senso del mio discorso. E allora su questo senso e su questa base io posso avviarmi alla conclusione; la conclusione che è la parte costruttiva del mio intervento. Non che la parte precedente sia stata una parte distruttiva; è stata una parte di natura storica, di precisazioni storiche. Innanzitutto io vorrei ribadire che l'uso del termine « fascismo », rife-

rito alle responsabilità e alle colpe della sola politica italiana è un uso che va da noi rifiutato. C'è stato, nel 1945, alla fine della guerra, la pubblicazione di un libro, di cui io vent'anni fa ho fatto la recensione, un libro di Max Picard dal titolo « Hitler in noi stessi ». Max Picard, che era un tedesco, fuggito dalla Germania hitleriana dopo il disastro e la fine e la conclusione drammatica degli eventi che si erano iniziati nel 1933, si domandava: è veramente colpa esclusiva di questo pazzo di Hitler e dei suoi compagni quello che è accaduto nel mondo? La risposta egli la cercava sul piano spirituale, sul piano filosofico. La risposta, molto interessante, vale la pena di ricordarla. Egli diceva, riassumendo, così: « Hitler non è stato un fenomeno straordinario, un fenomeno eccezionale ed isolato, è stato la conseguenza di una nuova spiritualità negativa, che si è introdotta nel mondo ». Hitler è presente — rilevava Max Picard — in ciascuno di noi, e la presenza di Hitler in ciascuno di noi è la discontinuità morale, la mancanza di coerenza in quello che è il sentire e il ragionare degli uomini a livello comune e a responsabilità politica. La nostra salvezza, la salvezza del mondo futuro è quella di trovare una coerenza nelle nostre forme di ragionamento, una coerenza nella nostra mentalità logica e nel nostro sentimento. Io raccolgo questo messaggio che ci viene da un uomo che ha dovuto fuggire dalla Germania hitleriana e ci ha allora, venti anni fa, ammoniti a non scendere un'altra volta nei particolarismi, nelle contrarietà, nelle avversità. Io la raccolgo e vorrei che questa fosse portata qui. L'uso storiografico del termine « fascismo » prego i colleghi della S.V.P. che venga accettato così come viene accettato sui testi critici di storia: « fascismo » vuol dire anche « nazismo »; fascismo vuol dire fenomeno italiano, ma fascismo vuol dire anche

fenomeno del mondo di lingua tedesca. Fascismo vuol dire quello che è avvenuto qui, prima dopo l'8 settembre 1943. Questo vuol dire anche ciò che è avvenuto in questa provincia dopo l'8 settembre 1943 \*). Questo vuol dire fascismo. E allora quando nominate il fascismo non rivolgetevi a noi italiani, come se fossimo noi soltanto corresponsabili di questa situazione politica e morale; rivolgetevi per quella che è la parte di vostra corresponsabilità anche a voi stessi. Sarebbe interessante — ma ho promesso al signor Presidente di essere breve, perciò salto completamente questa parte che avevo intenzione di esprimere — sarebbe interessante vedere quanto più fascismo sia il nazional socialismo e quanto meno fascismo sia il fascismo italiano. Sarebbe interessante sapere quanto di odio e di avversità tra uomini e uomini, fra classi e classi, fra razze e razze, fra popoli e popoli, abbia alimentato la dottrina materialistica e paganeggiante del nazional socialismo hitleriano rispetto a quanto di alimento sia stata in questo senso la dottrina del fascismo italiano. Ma sorvoliamo su questa, che pure sarebbe una tesi, ripeto, estremamente interessante.

E veniamo allora alla situazione attuale. La situazione attuale, noi liberali, la vediamo suscettibile di processo positivamente evolutivo se dalle parti politiche che ci ascoltano venisse accolto questo nostro invito: prendiamo tutti l'impegno noi di lingua italiana e voi di lingua tedesca, di non continuare a fronteggiarci reciprocamente col complesso del vittimismo e del carnefice. Prendiamo l'impegno di ritenere salvi e condivisi da tutti i principi della libertà, della democrazia, della pacifica convivenza; prendiamo l'impegno di esaminare esclusivamente la situazione attuale, sulla base di quelli che sono i rapporti internazionali esistenti tra Italia e Austria e i rapporti costituzionali esi-

stenti fra i due gruppi linguistici in Alto Adige e nella regione Trentino - Alto Adige.

Ci troviamo di fronte, signor Presidente del Consiglio, ad una situazione abnorme e si potrebbe dire, neppure configurabile sul piano costituzionale, sul piano dei legittimi rapporti tra cittadini e stato. Ci troviamo di fronte ad una situazione stranissima, in cui il governo cammina per una propria strada e, da quanto sappiamo dopo il 26 febbraio del 1967, cammina su una strada biforcuta, poichè a un certo punto gli stessi due partiti corresponsabili del governo italiano, il partito democristiano e il partito socialista, hanno imboccato due vie diverse. Contemporaneamente c'è l'on. Moro, Presidente del Consiglio dei Ministri, il quale è inteso a portare avanti un discorso che intrattiene soltanto con una parte dei cittadini della Repubblica italiana, con i cittadini che parlano la lingua tedesca e non intrattiene analogo discorso con l'altra parte, con i cittadini che parlano la lingua italiana. Fino al momento in cui il governo italiano si fosse mantenuto nel riserbo che ha voluto mantenere sino ad oggi, arrogando il fatto che si trattava di relazioni e di rapporti internazionali, anche se ci fosse dispiaciuta la cosa, avremmo dovuto sopportarla. La Regione Trentino - Alto Adige non ha competenza in materia di politica estera, non ha competenza in materia di colloqui con l'altro partner dei patti Gruber-Degasperi. Ma dal momento e nel momento in cui queste concessioni — non vuole l'amico Nicolodi che si parli di concessioni, e va bene, queste proposte e queste misure, come sono indicate espressamente nel «pacchetto» di cui parlerò dopo — nel momento in cui queste concessioni o misure sono rese note anche alla parte di lingua tedesca della Regione Trentino - Alto Adige, noi, appartenenti al gruppo linguistico italiano crediamo di avere tutto il diritto morale e anche

tutto il diritto giuridico, se mi si permette questa ripetizione di concetti, per non essere esclusi dall'onesto mercato che si conduce tra governo e uno dei partiti esistenti all'interno della Repubblica italiana. Questa situazione è diventata insopportabile ed è oggetto di contrasti; di contrasti tra i due gruppi linguistici, di contrasti all'interno dello stesso gruppo linguistico italiano tra le minoranze e la maggioranza. È vero, è realmente vero che noi, partiti di minoranza, rappresentanti di un elettorato e di una molteplicità di cittadini non così grande ma altrettanto grande comunemente presi, di quanto sia rappresentata dai due partiti di maggioranza, abbiamo il diritto di sapere quello che sta accadendo. È vero che in questo modo il governo ci sta tradendo, ci sta tradendo nel modo più chiaro e nel modo più evidente perché, come altre volte è avvenuto, ci metterà di fronte al fatto compiuto. Oggi l'«Alto Adige» ha pubblicato il testo del pacchetto; questo pacchetto intorno al quale il Presidente del Consiglio dei Ministri, l'on. Moro ha intessuto una serie di riserve e una serie di misteri, a cominciare dal 12 settembre 1966. Cosa conterrà questo pacchetto? Che cosa conterrà? Signor Presidente del Consiglio, è un pacchetto legato con dei fiocchi rosa o azzurri? Il parto sarà un parto femmina o sarà un parto maschio? Oggi il mistero è, almeno per buona parte, rivelato. L'«Alto Adige» l'ha fatto trovare pubblicato questa mattina, allo stesso modo — ciò che ho ricordato più di una volta —, come nel 1945, nel momento in cui il governo ci aveva inviato, con un corriere speciale da Roma, un carabiniere con tanta di busta di cuoio, il progetto dello Statuto regionale di autonomia, i partiti, tutti d'accordo, si sono riuniti e hanno reso pubblico quello che ci era stato consegnato sotto l'impero del vincolo e del segreto più assoluto. Allora questo ac-

cordo si era trovato; oggi l'accordo non è stato trovato. Oggi c'è voluta un'operazione tipo 007 per poter consentire che il pacchetto e, se è vero quanto si dice, le stesse annotazioni marginali con la grafia dell'on. Moro, divenissero di pubblica notizia. Che cosa volete, signori colleghi, signor Presidente del Consiglio e, se ci fosse, signor Presidente della Giunta, che intrattiene . . .

CONSIGLIERE: Vicepresidente . . .

CORSINI (P.L.I.): Vicepresidente . . . Signor Presidente della Giunta, che intrattiene rapporti diretti con l'on. Moro? Che cosa volete? che noi liberali veniamo qui a discutere del pacchetto? Io ho già detto prima, scherzosamente, in sede privata, al signor Presidente del Consiglio, che se egli intende distribuire copia del pacchetto a tutti i signori consiglieri, credo che non solo da parte mia, ma anche da parte di altri gruppi politici sedenti in questa aula, saremmo in grado di farne omaggio. Noi liberali, lo diciamo con chiarezza, avendolo qui, è veramente il pacchetto, ma non intendiamo entrare nella discussione di merito del contenuto di esso. La cosa ci avvilisce nel modo più assoluto; ci avvilisce e ci riesce inopportuna perché anche questa è una dimostrazione della scarsa considerazione che il governo ha per la Regione Trentino-Alto Adige, per questo Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige, per la Presidenza del Consiglio, per la Presidenza della Giunta regionale quando ci mette nella condizione di dover essere in possesso di un testo che riguarda il futuro delle nostre popolazioni, attraverso vie che non sono le vie che dovrebbero essere battute, le vie normali del colloquio tra il Governo e gli organi legislativi, del colloquio tra il governo e le popolazioni interessate. Sono alcuni giorni che abbiamo in mano queste carte, alcuni

giorni, non più di tre o quattro, per essere precisi, ma non intendiamo veramente valerci di quello che crediamo di conoscere, se le carte corrispondono esattamente a ciò che è in mano agli organi direttivi della S.V.P., perché ci rifiutiamo di essere cittadini *minoris juris*. Noi vogliamo essere cittadini allo stesso diritto degli appartenenti al gruppo linguistico tedesco. Noi vogliamo che se il governo ha consegnato il pacchetto alla S.V.P. ce lo dia anche a noi, signor Presidente, e di queste carte che abbiamo qui non ne faremo uso, perché in questo modo faremmo un'offesa a noi stessi e un'offesa a questa assemblea legislativa. Il governo deve consegnarci queste carte, non deve far sì che noi le dobbiamo ottenere attraverso vie indirette. Noi siamo cittadini italiani, allo stesso identico titolo dei cittadini di lingua tedesca. Il Governo deve parlare con noi. Nella Regione Trentino - Alto Adige non ci sono soltanto i cittadini che appartengono alla S.V.P., ci siamo anche noi dell'altro gruppo linguistico, e specialmente noi di minoranza. Credo di aver sentito — e dico credo — che il signor Presidente della Giunta regionale abbia dichiarato che il « pacchetto » egli lo ha nel suo cassetto. L'ha nel suo cassetto. Ce l'ha in quanto membro della democrazia cristiana, in quanto amico e procuratore, come l'ho chiamato una volta, dell'on. Moro, o ce l'ha in quanto Presidente della Giunta regionale?

AGOSTINI (P.L.I.): No, procuratore è solo l'on. Berloff! . . .

CORSINI (P.L.I.): . . . Per cui io le chiedo, signor Presidente del Consiglio, come è stato proposto in un ordine del giorno che il gruppo liberale ha avuto l'onore di presentare questa mattina, le chiedo di prendere in mano la situazione, poiché non ho fiducia che la Giunta regionale riesca da sola a tutelare contempo-

raneamente gli interessi del gruppo linguistico tedesco e gli interessi del gruppo linguistico italiano. Ma se questo dubbio nei confronti della Giunta regionale può venirmi, poiché la Giunta regionale è espressione di una maggioranza e non della totalità delle popolazioni del Trentino - Alto Adige, questo dubbio non può venirmi nei suoi confronti, signor Presidente del Consiglio, perchè lei rappresenta un'assemblea legislativa, che rappresenta a sua volta tutte, indistintamente tutte le popolazioni della Regione Trentino - Alto Adige. Noi non entreremo nella discussione di merito del « pacchetto », perchè vogliamo discutere su un documento ufficiale, non su un documento che ci è pervenuto attraverso altre strade, anche se vogliamo discuterne al più presto. Non intendiamo perdere, come è stato perso ormai quasi un anno di tempo, altri dodici mesi in attesa che una parte di questa regione si dichiari soddisfatta di quelle che sono — Nicolodi non vuole che le chiamiamo così — concessioni da parte del Governo, onde poi il gruppo di lingua italiana si trovi ad essere respinto alle corde e a dover sostenere la responsabilità storica di dire: la S.V.P. ha accettato, siete voi, italiani, che non avete accettato la pacificazione.

Contro questa situazione che potrebbe crearsi in un immediato futuro, noi liberali mettiamo sull'avviso, oltre che la Giunta regionale, tutti i nostri colleghi e domandiamo naturalmente che dopo questo nostro intervento, dopo la pubblicazione che è stata fatta del « pacchetto » sulla stampa, nelle sue risposte l'on. Presidente della Giunta regionale non sfugga per il rotto della cuffia, come è ormai suo pluriennale costume, ma dica espressamente qui e dinanzi all'opinione pubblica se quello che è stato comunicato dalla stampa corrisponde o non corrisponde al pacchetto; dica se intende

una volta per sempre sciogliere positivamente quella riserva contenuta negli accordi di maggioranza, o, come si usa dire, nel celestiale libretto — riconfermata nella lettera dell'on. Moro, riconfermata nelle dichiarazioni dell'on. Presidente della Giunta regionale; dica se intende comunicarci ufficialmente il contenuto del pacchetto, o, se questo ritiene che non sia nelle sue potestà, dica se intende appoggiare un'azione consiliare intesa a rivendicare i diritti di questa assemblea di conoscere ufficialmente, non per sentito dire, quella che è la sorte che attende le popolazioni della regione Trentino-Alto Adige e in particolare il gruppo di lingua italiana. Perciò la nostra esitazione ad entrare nel merito della discussione del pacchetto è un atto di ossequio alla legalità e al buon costume democratico. Evidentemente se la Giunta regionale non dovesse aderire a questo invito, che viene rivolto per il momento dai banchi liberali e che spero sarà poi accettato attraverso l'ordine del giorno, anche dagli altri gruppi politici, allora il gruppo liberale si riserverà di discutere dettagliatamente, già in questa occasione del bilancio regionale 1967, il contenuto del pacchetto stesso.

Signori, che cosa possiamo proporre, di più che questo atto di pacificazione alla SVP? Un atto di pacificazione che inizi col tralasciare il passato.

Che cosa proponiamo? Proponiamo di esaminare qui, in questa assemblea, il contenuto del pacchetto, riga per riga, punto per punto, esaminarlo e discuterlo in amicizia di intenti, amicizia che può formarsi fra di noi sulla base della democrazia e sulla base del rispetto dei diritti di tutti i cittadini e di tutti i gruppi etnici. Proponiamo ancora una comprensione delle esigenze psicologiche di coloro che parlano la lingua tedesca e insisto sul termine di esigenze psicologiche, poiché sono convinto che

in gran parte i contrasti sono sul piano psicologico più che su quello politico e su quello giuridico costituzionale. Proponiamo ancora di trovarci d'accordo su alcuni punti fondamentali: innanzitutto che non ci sia nessuna norma che leda la sovranità dello Stato e tanto meno che potenzialmente si mettano in discussione le frontiere attuali dello Stato italiano. Proponiamo di trovarci d'accordo sul fatto che non siano richieste e non siano concesse norme che creino, di diritto o di fatto, discriminazioni a danno di coloro che parlano la lingua italiana, dato che, a nostro avviso, è su questo tema che la discussione può essere aperta, poiché coloro che parlano la lingua tedesca sono già in linea di diritto pienamente parificati ai cittadini di lingua italiana. Rimarrebbe aperta, a nostro avviso, una questione pregiudiziale e fondamentale, la questione dell'ancoraggio internazionale. Abbiamo sentito qui — non l'ho sentito personalmente perché ero assente, ma l'ho appreso dalla stampa e dalle relazioni orali dei colleghi — una proposta avanzata nel corso dell'intervento del cons. Brugger.

A proposito dell'ancoraggio internazionale, l'Italia ha già affermato che è disposta ad adire alla Corte dell'Aia. Negli accordi — scusatemi, mi correggo — nelle conversazioni Saragat-Kreisky, l'ancoraggio internazionale non era previsto soltanto sul piano giuridico, ma anche sul piano politico e si era parlato o ventilato di una commissione di arbitrato e di conciliazione permanente o temporanea, che avrebbe dovuto accertare la attuazione da parte dello stato italiano, di quelle misure — così le chiama il pacchetto — che il governo ha in animo di proporre al Parlamento, misure da concretarsi con riforme di leggi costituzionali o con leggi ordinarie o con atti amministrativi, e rivolte ad appagare le richieste del gruppo linguistico tedesco. L'Austria rifiuta il ricorso alla

Corte dell'Aia, e rifiuta perché? Perché la Corte internazionale dell'Aia potrebbe giudicare soltanto sulla base dei patti sanciti e sottoscritti, i patti bilateralmente accettati e sottoscritti dall'Austria e dall'Italia nel 1946, gli accordi e i patti di Parigi. La S.V.P. e l'Austria insistono per qualche cosa di più. Anche qui i socialisti sono stati posti in mora, perché in questo momento, specialmente i socialisti austriaci non ritengono di poter accettare qualche cosa che sia al di sotto di quelli che sono stati gli accordi verbalmente convenuti tra l'allora Ministro degli Esteri italiano Saragat e il Ministro degli Esteri austriaco Kreisky, per quanto concerne la commissione internazionale che dovrebbe presiedere al controllo dell'applicazione delle misure proposte dal Governo al Parlamento, per la soluzione della questione altoatesina. Il cons. Brugger ha fatto un'avance, che io non so quanto possa essere interpretata come un'avance ufficiale da parte della S.V.P., quella di ancorare l'attuazione delle nuove misure che il governo italiano ha in animo di proporre al Parlamento, ad una commissione prevista in un deliberato del 1957 del Consiglio d'Europa per la soluzione pacifica delle controversie tra stati membri del Consiglio d'Europa stesso. È ancora una riproposizione dell'ancoraggio di natura politica invece che dell'ancoraggio di natura giuridica. Noi liberali riteniamo che, come ha chiarito il nostro rappresentante in seno alla Commissione dei 19, il senatore Palumbo, non ci sarà nessuna possibilità di soluzione definitiva di queste controversie se da una parte e dall'altra non si giungerà alla dichiarazione manifesta che la questione si ritiene chiusa. La dichiarazione liberatoria da parte dell'Austria e da parte della S.V.P. per quanto concerne le questioni riguardanti la convivenza di due gruppi linguistici in Alto Adige, non deve essere una conseguenza, ma deve essere

una premessa di tutto il lavoro per poter giungere ad un accordo conclusivo. Altrimenti che cosa accadrebbe? Accadrebbe questo fatto: che al di là di quelli che saranno gli accordi presi e gli accordi sottoscritti, in ogni momento l'Austria e la S.V.P. potrebbero avanzare nuove questioni e nuove tesi, perché fossero portate dinanzi ad organi internazionali, che dovrebbero su di esse giudicare. La cosa ci pare, oltre che ingiusta e oltre che lesiva della fiducia che i cittadini, anche di lingua tedesca devono avere nei confronti dello Stato in cui vivono, ci pare inopportuna, perché sarebbe destinata non a spegnere i contrasti e a spegnere le questioni oggetto di controversia, ma sarebbe destinata ad aumentarle e a perpetuarle nel futuro. Inoltre ci sembra estremamente difficile che laddove non esistono patti di natura internazionale, lo oggetto di autonome concessioni deliberate da uno stato, all'interno della propria libera volontà e sovranità, possano essere sottoposte ad un controllo di natura internazionale. Su ciò richiamiamo l'attenzione dei gruppi socialisti e del gruppo della democrazia cristiana; richiamiamo l'attenzione onde non ci si trovi ancor troppo a lungo nella condizione in cui siamo oggi, di avere per venti anni dato, sia pure a volte con ritardo, tutto quello che era giusto, che era doveroso dare ed essere richiesti insistentemente e continuamente di qualcos'altro ancora. Devo dire alla S.V.P. a proposito del ritardo che quello, che dello Statuto non è stato ancora attuato, parte va imputato alla lentezza degli organi del governo italiano e della burocrazia, parte, molta parte va imputato anche alle resistenze e alle eccessive pretese che la S.V.P. in ordine all'attuazione di alcuni punti dello Statuto ha avanzato.

Le nostre popolazioni desiderano non una soluzione provvisoria della questione altoatesina, desiderano una conclusione definitiva, e la

conclusione definitiva si ottiene soltanto ancorandosi a dei patti, a dei contratti che tutte e due le parti ritengono definitivi, mai con la riserva che un ricorso a una istanza internazionale di natura politica possa domani o dopodomani riaprire una questione, una seconda, centomila altre questioni. E' vero che la vita è dinamica, è vero che non si può prevedere oggi quali possono essere i motivi di dissidio e di contrasto che si avvereranno domani, ma è altrettanto vero che se ci fondassimo soltanto su questo principio nessuna legge e nessun accordo potrebbero essere fatti, perché mai si è in grado di prevedere oggi tutti i casi possibili che si avvereranno nel futuro. Noi non possiamo perciò accettare la tesi della S.V.P. che oggi rifiuta il pacchetto perché esso stabilizzerebbe la situazione, mentre la S.V.P. la vuole mantenere aperta e suscettibile di indefiniti e ulteriori sviluppi per il futuro.

Questa è la tesi del gruppo liberale. All'interno di essa con le premesse che ho fatto, che vogliamo cioè dimenticare tutto quello che anche noi italiani dovremmo avanzare di lamentele, di lagnanze, di proteste contro il mondo di lingua tedesca, contro voi stessi, popolazione sudtirolese del Trentino-Alto Adige; con la premessa che vogliamo cancellare il passato e riporci su una base di onesta considerazione della situazione attuale, dichiaro che per il restante il gruppo liberale è in ogni momento disposto a esaminare nella concretezza tutti quelli che sono i particolari contenuti nel « pacchetto ».

Signor Presidente del Consiglio, la invito, veramente, a rappresentare questa assemblea unendosi alla Giunta, se essa per il canto suo farà la propria parte, o agendo isolatamente, se la Giunta non la farà. La invito a presentare al Governo la insoddisfazione totale delle nostre

popolazioni di lingua italiana, di fronte all'aura di mistero che circonda e avvolge le previste disposizioni che saranno estremamente importanti per l'avvenire delle nostre popolazioni.

PRESIDENTE: La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, la seduta odierna non poteva ignorare, per lo meno attraverso uno degli interventi che sono stati svolti, l'avvenimento più importante che in questo particolare clima ha contrassegnato i lavori dell'Assemblea, che sta discutendo il bilancio del 1967. Dobbiamo essere grati al quotidiano « Alto Adige » se per lo meno noi, meno fortunati di altri colleghi, abbiamo avuto finalmente la possibilità di conoscere il cosiddetto famoso « pacchetto », cioè il documento attraverso il quale si sta elaborando non soltanto la modifica dello statuto di autonomia del Trentino e Alto Adige, ma si sta dando ragione, dopo anni di inutile opposizione, a tesi storico-politiche, che i più anziani di noi hanno la ventura di ascoltare da almeno dieci anni. Io non dirò, come ha detto il collega Corsini poc'anzi, che questo documento, sulla cui autenticità io non ritengo di poter avere dubbi, perché non penso che il senso di responsabilità di chi lo ha pubblicato non abbia avuto il suo peso determinante nella pubblicazione, dicevo che io non dirò, come il collega Corsini, che questo documento, essendoci venuto attraverso vie secondarie, non officiose, addirittura attraverso una azione, una operazione alla James Bond, non debba essere preso in considerazione in un momento come questo, in cui del problema dell'Alto Adige, del quale esso costituisce un caposaldo, in un momento come questo, in cui il problema è diventato così acuto da rasentare limiti estremi di sopportazione, limiti estremi di tolleranza, limiti estremi che hanno messo e mettono a dura prova, vorrei

quasi dire, il sistema nervoso, non soltanto degli uomini politici, che forse il sistema nervoso hanno più saldo degli altri per l'abitudine che a certe questioni fanno o hanno fatto da anni, ma il sistema nervoso certamente di un gruppo di popolazione, che da questa questione, da queste discussioni, da queste diatribe, ha riportato e riporta gravi preoccupazioni, effetti certamente disastrosi, che incidono persino sulle proprie capacità di lavoro. Certo non è facile esaminare un documento come questo, in un momento come questo, dato il tempo a disposizione, dato il tempo che abbiamo avuto a disposizione, anche per poterlo valutare e per poterlo soppesare in tutta la sua ampiezza, in tutta la sua importanza storico-giuridica, politica, psicologica. Ma esso serve indubbiamente ad allargare quel tema sull'Alto Adige, che nella relazione del Presidente della Giunta è stato appena accennato e non certo nella forma che noi ci saremmo aspettati. È vero che mai il Presidente della Giunta, da quando è in carica, da quando a lui è affidata la Presidenza della Giunta, a differenza di quanto è avvenuto nel passato, su questo tema è stato o ha voluto essere esauriente, ma è altrettanto vero che mai, a mio parere, come quest'anno, il tema è stato trattato così alla superficie, così con delle pennellate appena accennate, con delle pennellate che dovevano servire soltanto a qualche coloritura, a qualche smorzatura. Quindi il poter avere a disposizione questo documento, il poterlo esaminare, costituirebbe certamente un motivo di allargare quel tema, che, ripeto, soltanto di sfuggita è stato trattato nella relazione del Presidente della Giunta. Esso serve anche a farci misurare quale sia stato il cammino che la questione dell'Alto Adige ha percorso, dai tempi in cui si verificò il primo attrito, che non ebbe nemmeno allora il sapore e il valore di una crisi vera e propria, anche se l'accennava,

anche se la precedeva, ad oggi, in cui, da quelle che furono delle discussioni di carattere più giuridico che politico, noi siamo giunti a dover prendere in considerazione la trasformazione radicale, non solo di un istituto quale è quello di autonomia, ma la trasformazione radicale dei rapporti tra i gruppi linguistici dell'Alto Adige e oserei dire persino dei rapporti tra il gruppo linguistico maggioritario dell'Alto Adige e lo Stato italiano. A volersi soffermare così, di sfuggita, da un punto di vista generale, su questo documento, c'è da constatare con un certo stupore come, dal 1964, dall'ottobre del 1964 ad oggi, si siano compiuti dei passi in netto favore delle tesi rivendicazioniste della S.V.P. Coloro che hanno rimproverato alla S.V.P. — e di ciò sono state piene le cronache e le polemiche che sulla questione si sono svolte — per non aver accettato il pacchetto che era stato verbalmente concordato nel famoso incontro di Parigi fra l'allora Ministro degli esteri Saragat e il Ministro degli esteri austriaco Kreisky, evidentemente si sono sbagliati perché grazie al rifiuto di quel pacchetto, come appare da quel documento, come appare da questo che oggi ormai è di dominio pubblico, ben altri passi a favore di quelle rivendicazioni sono stati compiuti, se è vero come è vero che tra il 1965 e il 1966 sono state modificate diverse altre norme, è stata promessa la modifica di diverse norme dello statuto, è stato promesso l'inserimento di nuove norme con nuove competenze a favore del gruppo linguistico tedesco e, non ancora contenti di queste ulteriori misure, o concessioni che siano, a favore del loro gruppo, la S.V.P. ha osato ancora recentemente chiedere, attraverso i 14 punti, competenze, privilegi, concessioni, che rasentano il limite dell'assurdo, non soltanto dell'assurdo logico, ma dell'assurdo giuridico e dell'assurdo politico, come quello, ad esempio, che si legge

al punto 12, dove addirittura si vorrebbe vincolare il Governo a considerare la accettazione da parte della S.V.P., e comunque del gruppo linguistico tedesco, delle misure a favore delle concessioni, a vincolare a questa accettazione persino il voto, il parere del Parlamento, se è vero che all'art. 12 si legge che tutto ciò che sarà concordato, sarà accettato alla condizione che ci si trovi d'accordo anche sulla formulazione definitiva delle norme positive, cioè sulla formulazione di quelle norme che potranno scaturire soltanto dall'organo competente, che è il Parlamento, e il Parlamento riunito nella forma prevista per la modifica delle leggi costituzionali.

È il trionfo della politica seguita dalla S.V.P. da allora ad oggi, questo. E mi rendo completamente conto delle ragioni che ancora oggi militano a favore di questo atteggiamento e che sono quelle che fanno ritardare l'accettazione di questo dono, che probabilmente fino a pochi anni fa, nessuno degli esponenti della S.V.P. si sognava; nemmeno quando fu presentato in Parlamento il progetto di legge costituzionale Tinzl-Sand.

Certo, dicevo, non è facile addentrarci nell'esame analitico di questo documento. Se lo faremo un giorno, se avremo la possibilità di farlo — perché io dubito; sono meno ottimista del cons. Corsini, dei consiglieri liberali, i quali credono che il Governo, che ci ha ignorato finora, antepoendo un altro partito, un altro gruppo, o preferendo, se più vi piace l'espressione, un altro partito e un altro gruppo al gruppo e ai partiti italiani — se, ripeto, un giorno avremo la possibilità di esaminare questo documento analiticamente, quel giorno avremo certamente di che dolerci del modo col quale, non soltanto il Governo ha considerato il problema dell'Alto Adige da un punto di vista storico-politico, ma del modo col quale il Governo ha

considerato la soluzione del problema dell'Alto Adige, da un punto di vista strettamente costituzionale. Perché se questo documento è vero, signori, qui si vuole usare della legge costituzionale che lo dovrà sancire, per violare dei principi che son sanciti dalla carta costituzionale italiana. Qui vi sono concessioni, fra le quali la proporzionale etnica, la riserva di posti nelle pubbliche amministrazioni, addirittura in certi casi la sottomissione del Commissario del governo alla volontà, alle richieste, agli interventi del Presidente della Giunta regionale, come in quel punto in cui si prevede che il Commissario del governo, organo rappresentante del potere esecutivo in Alto Adige, è tenuto, è obbligato a trasmettere al Presidente della Giunta regionale le relazioni delle ispezioni che egli compie o delle ispezioni che egli dispone in materia di anagrafe e di residenza. Credere che il problema dell'Alto Adige possa essere risolto e possa essere chiuso con la applicazione di queste concessioni, significa veramente non conoscere il problema dell'Alto Adige; non solo, significa non conoscere che certi problemi, come quello dei rapporti tra popolazioni di lingua diversa, che comunque sono cittadini dello stesso Stato, non si risolvono sulla base di una serie infinita di norme giuridiche, alla cui interpretazione, signori, noi ci dovremo rimettere tutte le volte che una di esse dovrà essere interpretata e per la cui interpretazione dovremo forse ricorrere al sistema della interpretazione autentica. Commissioni, sottocommissioni, tribunali, controlli di legittimità, controlli di merito, il sistema delle garanzie, il sistema dei controlli sugli atti; sia della Giunta regionale che della Giunta provinciale, affidato ad organi estranei al sistema: si tratta di innovazioni che non hanno alcun riscontro in precedenti ordinamenti, negli ordinamenti vigenti del nostro Stato, come di altri Stati. Tutto un complesso di

regolamentazioni di rapporti, che renderà certamente più difficile la pacifica convivenza, la comprensione e quelli che in fondo sono e debbono essere i rapporti umani, che vanno intrattenuti tra gente che vive nello stesso suolo, tra gente che ha, volere o no, comunanza di interessi di gruppo, comunanza di interessi personali, sociali, pubblici, tra gente che ha bisogno più di comprendersi che non di norme regolamentatrici della propria attività, delle proprie aspirazioni, della propria vita. Un giorno lo faremo questo esame analitico; oggi consentitemi soltanto di esprimere la mia amarezza nel dover constatare a quale livello di rinuncia siamo arrivati, o è arrivato, per meglio dire, il Governo italiano e i partiti di maggioranza, il centro sinistra, con questo documento.

E poiché nella relazione del signor Presidente della Giunta regionale, a un certo punto si rivendica quella che è stata la costante coerenza maturata, di meditazione attenta della realtà, non solo della Giunta, ma delle forze politiche che la compongono, mi sia consentito di fare un breve *excursus*, non storico, ma cronologico, per vedere se veramente questa coerenza di cui ha parlato il Presidente vi è stata, e se è stata soprattutto costante. Dicevo poc'anzi che a misurare il cammino percorso dal giorno in cui sorse la prima disputa, la prima seria disputa di carattere politico intorno alla applicazione dell'art. 14 ad oggi, c'è da rimanere sbigottiti. E c'è da rimanere sbigottiti veramente se si vanno a rileggere i documenti che sono rimasti nei nostri archivi, di quelle discussioni, di quelle sedute.

1954: interpretazione dell'art. 14. Disputa a non finire. Non bastò il ricorso alla Corte costituzionale, che risolse il problema nel senso sostenuto dalla maggioranza. Dimissioni di un assessore regionale. Sembrava che la cosa tuttavia fosse superata, soprattutto di fronte alla

pronuncia della Corte costituzionale. Ma i tempi incalzavano. C'era un disegno politico, sapientemente manovrato oltralpe, che doveva essere attuato.

1957: passano tre anni, sono esattamente trascorsi dieci anni. Domenica, seduta del 12 marzo del 1967, intervento dei consiglieri della S.V.P.; capogruppo era allora il cons. Brugger — che, purtroppo, mi spiace, non è in questo momento in aula —: prime rivendicazioni. Vi ricorderete tutti, coloro che facevano parte di questa Assemblea o coloro che hanno seguito le vicende del Consiglio regionale e in modo particolare della questione altoatesina, vi ricorderete tutti gli otto punti enunciati dal capogruppo della S.V.P., in base ai quali si subordinava il proseguimento, il mantenimento della alleanza che vedeva la S.V.P. a fianco della D.C. in Giunta regionale. Gli otto punti irrinunciabili erano le rivendicazioni, che furono considerate talmente accese da scaldare persino i socialisti, che in materia pure hanno dimostrato di avere fatto e di saper fare un certo callo. Il capogruppo dei socialisti le definì « ardite »; usò questo termine squadristico « ardite ». Gli otto punti di Brugger — mi permettete di ricordarveli, perché forse a qualcuno sono sfuggiti; forse qualcuno — ed è logico — ha dimenticato gli otto punti, cioè le rivendicazioni che la S.V.P. avanzava nel 1957, dieci anni fa — erano: delega alle Province, a sensi del 1° comma dell'art. 14 dello Statuto, delle funzioni amministrative nelle materie di cui ai punti 5, 8, 9, 10, 11, 12 e 17 dell'art. 4; e delle funzioni di cui ai punti 2, 3, 5, 7, 8 dell'art. 5 dello statuto. In particolare, introduzione della delega nella legge regionale recentemente promulgata, in seguito all'approvazione del Ministro degli interni per l'incremento delle industrie. (Allora in materia industriale, la S.V.P. si accontentava della delega). 2) Attuazione di una

vera autonomia comunale, con il varo della legge sull'ordinamento dei comuni. 3) A sensi dell'art. 1 della lettera b) dell'accordo di Parigi, l'uso su di una base di parità della lingua tedesca e della lingua italiana nell'amministrazione regionale e in quelle da essa dipendenti o vigilate. 4) La distribuzione dei mezzi finanziari della Regione in materia di assistenza sanitaria e ospedaliera e di assistenza e beneficenza, secondo il rapporto etnico. 5) Piena attuazione del principio di cui all'art. 54 dello Statuto, in tutti gli organi della Regione (il principio della proporzionale etnica). 6) In attuazione dell'art. 1, lettera d) dell'accordo di Parigi, nell'ordinamento del personale della Regione venga sancito il rispetto nelle assunzioni del rapporto etnico, come esiste nel Consiglio regionale, e l'obbligo della conoscenza del tedesco per tutto il personale avente rapporti con la provincia di Bolzano. (C'era stato, ricorderete, il famoso episodio di Coldrano, dove, con un biglietto ferroviario, l'allora on. Volgger aveva posto il problema in termini perentori). 7) La recezione da parte della Regione, di tutte le leggi statali rientranti nella competenza della Regione, con la conseguente immissione nel bilancio regionale dei mezzi relativi. 8) In conformità a intese già intervenute, la immediata, nuova formazione e convocazione della commissione paritetica delle norme di attuazione.

Allora ce lo sentivamo ripetere ad ogni seduta del Consiglio regionale, che la commissione paritetica — vero, collega Bertorelle? — procedeva con lentezza e non riusciva ancora ad assolvere i compiti che le erano demandati. E i nostri colleghi, che della commissione facevano parte, giustamente dicevano che non doveva essere rivolto soltanto ad essi il rimprovero, in quanto della commissione facevano parte anche i rappresentanti dello Stato.

Questi erano gli otto punti, le otto riven-

dicazioni della S.V.P. nel 1957. Non modifiche dello statuto di autonomia, non denuncia, non ricorso all'ONU, non ancoraggio internazionale, non tutto ciò che costituisce il bagaglio pesante e ingombrante di quello che ormai è definito il « pacchetto ».

Siamo al 1957 e su questi otto punti — bisogna riconoscerlo — ci fu una certa resistenza, anche se qualcuno di essi fu riconosciuto fondato e certe promesse vennero — ritengo giustamente, almeno per quanto riguardava l'applicazione di certe norme dello statuto — fatte. Passarono pochi mesi e quegli otto punti saltarono a Castel Firmiano. Il grido di « los von Trient » mutò radicalmente la politica della S.V.P. e con Castel Firmiano fu presentato, di lì a pochi mesi, nel 1958, alla vigilia dello scioglimento del Parlamento, il famoso progetto di legge che allora non era Tinzl-Sand, ma era Tinzl-Ebner, e non ricordo quale fosse il terzo deputato, perché, come ricorderete, fu presentato alla Camera e fu successivamente ripresentato al Senato, dove nel frattempo il defunto on. Tinzl era stato eletto senatore. Nuove richieste e ben più ampie persino di quelle che erano state affacciate e fatte intravedere a Castel Firmiano. 1958. Passano pochi mesi e scoppia la crisi del 1959. Non sto a ripetere — anche perché il tempo stringe — quello che fu quell'avvenimento e che cosa rappresentò. Ma di quell'avvenimento vi è traccia nelle discussioni che si fecero in Consiglio regionale, successivamente alla crisi, durante l'approvazione del bilancio del 1960. Fu una delle discussioni, non tanto più accese, quanto più dense di significato e di impegni, che siano state fatte dal nostro Consesso. Nel marzo del 1960, in piena crisi regionale — la S.V.P. era uscita nell'estate precedente — fu affrontato il bilancio di quell'anno. E naturalmente questa crisi fu lo oggetto principale, il tema fondamentale do-

minante di quella discussione. E avemmo interventi di un certo peso e di una certa importanza, anche per certe formulazioni, anche per certe affermazioni di carattere storico-politico, vorrei dire ideologico, che furono fatte da rappresentanti del partito di maggioranza, in modo particolare dal Presidente della Giunta e dall'allora capogruppo della D.C., Kessler. Consentitemi, io sono un nostalgico e ogni tanto rivado indietro, purtroppo, ma rivado indietro allo scopo di cercare le cause di certe situazioni, dalle quali non sembra che si possa o che si voglia uscire. Perché senza la ricerca di queste cause, senza la ricerca delle cause che provocano gli eventi di cui soffriamo, è difficile poter rimediare, ed è questo solo il motivo che qualche volta mi fa essere nostalgico. Vi fu un lungo, interessante intervento del Presidente della Giunta di allora, che, come al solito, nella sua abilità e nel suo senso di responsabilità, cercò il tutto per il tutto, come era suo dovere, perché la crisi venisse composta. E non posso fare a meno dal ricordare certe parole che allora furono pronunciate in modo da raccogliere la unanimità dei consensi da parte del gruppo di lingua italiana. «C'è la richiesta di modifica dell'attuale costituzione regionale — diceva allora l'avv. Odorizzi — che fu a suo tempo accettata dal gruppo etnico tedesco, non solo attraverso le note espressioni di suoi rappresentanti, ma con ripetuti fatti concludenti. A quest'ora deve essere ritenuto che neppure tale richiesta ha prospettive di successo, a parte le considerazioni che scaturiscono dalle norme che regolano la revisione delle leggi costituzionali e che impongono una specialissima votazione qualificata. I partiti dello schieramento politico hanno avuto modo di far conoscere il loro pensiero, più o meno in senso contrario. — Colleghi socialisti, anche voi eravate di questo avviso. — Ma noi pensiamo soprattutto che è un errore l'attender-

si radicali mutamenti della situazione soltanto da soluzioni tecniche, quando la realtà politica esige che venga soprattutto ristabilita una precisa coscienza morale per quanto riguarda le relazioni fra le due collettività. Secondo noi tutto sarà vano, se non si capisce che il problema è condizionato dal fatto che su questo suolo vivono con voi del gruppo linguistico tedesco, oltre ai ladini, che non hanno comuni con voi i problemi che vi riguardano, 130 mila italiani, che hanno diritto di operare, di lavorare, di essere come voi compresi, aiutati, agevolati, di migliorare le loro condizioni di vita e hanno diritto ad espandere le loro iniziative, a svilupparle, a potenziarle come voi. Tutto sarà vano, se lo spirito vostro non considererà gli abitanti di lingua italiana, viventi in questa terra, concittadini su basi di parità, senza avversioni, senza ostilità, come crediamo sia stato in certi periodi, come è tuttora senz'altro per parte della popolazione. Tutto sarebbe vano, se non si cesserà, non dico da tutti voi, ma perlomeno da alcuni, dal considerare questi cittadini come intrusi, come ospiti ingrati, possibilmente da ricacciare a sud di Salorno; cosa che non potrà mai avvenire». E gli rispose il teorico della S.V.P., il dott. Benedikter, il quale accentuò questi temi che erano stati denunciati dal Presidente della Giunta, ed avanzò la teoria dell'autogoverno della popolazione di lingua tedesca, teoria alla quale io ritengo che tutt'oggi il dott. Benedikter sia ancorato e con lui tutto il suo partito. « Questo popolo, il sudtirolese, è maturo per autogovernarsi », disse allora il dott. Benedikter, svelando con l'abilità e con la schiettezza che qualche volta lo distingue, quali erano i veri obiettivi ai quali egli e il suo partito miravano. Maturo abbastanza anche per trovare, nel quadro di tale autogoverno, un *modus vivendi* per una coesistenza, nella verità e nella giustizia, con gli elementi italiani qui

ambientati e radicati. Popolo che si autogoverna e che tollera gli elementi italiani che si sono radicati e ambientati. 1960. Ci fu chi insorse contro questo sistema, contro questo modo di concepire i rapporti tra gruppo linguistico italiano e gruppo linguistico tedesco, e ci fu anche chi, di fronte a una presa di posizione di questo genere e ad una risposta di questo tipo, data a un discorso aperto, chiaro e preciso, come quello che era stato fatto dal Presidente della Giunta, rispose, nel modo che tutti sappiamo. Rispose la democrazia cristiana, che allora sedeva al governo, con il famoso piano Kessler. Vi ricordate? Ce lo siamo dimenticati? Com'è, collega Kessler, che non parli più del tuo piano? Non c'è, non se ne occupa più lui; ormai pensa alla Provincia autonoma di Trento che allargherà smisuratamente i suoi poteri, grazie alle concessioni che il Governo italiano sta per fare al gruppo etnico di lingua tedesca, attraverso il Governo di Vienna, e quindi egli non ha più problemi di quella natura, che egli illustrò, precisò in quel famoso documento che porta il suo nome. Anche quello va ricordato oggi, per rendersi conto di quanta è stata la coerenza del partito di maggioranza in questi ultimi anni, signori colleghi della democrazia cristiana e dei partiti che l'appoggiano. E che cosa disse? In fondo, in fondo, il discorso di Benedikter una certa apertura l'aveva portata, un certo successo l'aveva ottenuto, tant'è vero che la democrazia cristiana, contro il parere di coloro che allora la appoggiavano dall'esterno, formulò delle proposte allo scopo di comporre la crisi. E quali erano queste proposte? È bene ricordarle, per misurare, ripeto, ancora una volta, quali passi da gigante ha potuto compiere la S.V.P. nelle sue rivendicazioni, fatte grado per grado, da uno a otto, da otto a sedici, con una progressione geometrica. Le proposte del piano Kessler erano sostanzialmente queste: « Riconoscimen-

to del diritto ai genitori di educare, di istruire i figli e di scegliere per essi la scuola ritenuta più adatta. In ogni caso tale scelta non deve essere identificata con una scelta di appartenenza a un gruppo linguistico piuttosto che ad un altro. — Leggete che cosa dice il pacchetto a questo proposito. — Le Province hanno da assumere le potestà amministrative del Governo, del Ministro della pubblica istruzione e del Ministero, con la precisazione che saranno analiticamente contenute nelle norme di attuazione ed in corrispondenza ai limiti delle facoltà legislative, di cui agli articoli 11 e 12. Nello esercizio dei poteri legislativi e regolamentari, la Provincia di Bolzano deve adeguare le sue disposizioni alle esigenze educative e culturali dei gruppi linguistici. Gli insegnanti delle scuole di stato, di ogni ordine e grado, rimangono dipendenti statali e proporremo che le competenze attuali dei consorzi provinciali di istruzione tecnica, passino alla Provincia. Infine, per la provincia di Bolzano, la presenza di una organizzazione apposita, prevista dall'art. 15, per la scuola del gruppo linguistico tedesco, consentirà di esaminare, con riguardo all'art. 6 della Costituzione e all'art. 13 dello Statuto di autonomia, la possibilità di ulteriori provvedimenti, atti a soddisfare le esigenze peculiari dei gruppi linguistici minoritari. Per l'art. 14 è necessario anzitutto sapere se, contrariamente a quanto ci sembra sia trasparso dalle dichiarazioni dei cons. Benedikter e Dietl, la S.V.P. intende considerare gli insegnamenti della Corte costituzionale come soddisfacenti o comunque doverosamente accettabili. Ci sembra che la risposta non possa essere dubbia, ed allora è chiaro che quando in questa materia si è conseguito uno stato di quiescenza, l'applicazione dell'art. 14 risulterà di gran lunga facilitato ».

Questo il piano Kessler, le concessioni al-

le quali si dichiarava disposto il partito di maggioranza nel 1960. Queste le concessioni, con il preciso impegno e con le precise dichiarazioni che seguono, le quali stanno a dimostrare quanto allora venissero considerati invalicabili questi limiti, soprattutto i limiti che riguardavano la immodificabilità dell'assetto costituzionale della Regione. Disse infatti Kessler, a conclusione del suo discorso: « È esclusa la possibilità di riforme statutarie. Una sola eccezione sembra di poter ammettere e proporre, ed è quella relativa alla legittimazione attiva delle province, a stare in causa contro le leggi e gli atti aventi valore di leggi nella Repubblica per violazione dello Statuto ». E aggiungeva: « Queste, in termini concreti, le direttrici di azione, che il gruppo che mi onoro di rappresentare intende far proprie, in collaborazione con il gruppo della S.V.P., se crederà di condividerle, e con gli altri gruppi consiliari che si trovasse d'accordo su questa impostazione. Ma il dovere ci impone di essere molto chiari per le responsabilità che ci riguardano. Lealtà richiede lealtà, — disse Kessler —. Il conseguimento dei provvedimenti sopra ideati deve far ritenere chiuso il ciclo delle attuazioni dello Statuto, altrimenti non avrebbero alcun senso. Il gruppo linguistico tedesco non può reclamare il rispetto delle leggi, pretendendo poi di riservarsi libertà di iniziative, che col patto di Parigi e con lo Statuto di autonomia, che si integrano a vicenda e che costituiscono un tutto indissolubile, non hanno nulla a che fare ». E dopo aver fatto altre considerazioni di questo tenore, concludeva: « Ci resta solo il dovere di dirvi che se prevalesse in voi — e ci auguriamo che non prevalga — la disposizione o la tentazione di permettere che ingiustificatamente la situazione si aggravi, sarà nostro dovere contrastarvi e lo faremo con fermezza ».

Signori, era il 1960. La situazione si ag-

gravò, perché i primi attentati furono commessi in quell'anno, si aggravò ulteriormente nel 1961 ed io non ho bisogno di ricordare a voi che cosa ha rappresentato nella storia dell'Alto Adige il 1961. Quale è stata la fermezza dimostrata dal partito allora di governo e anche oggi di governo? Come si è comportato di fronte alla tentazione, che ha permesso che la situazione si aggravasse ingiustificatamente? Come ha contrastato il partito di maggioranza? La risposta è fin troppo facile, perché io ve la debba dare: Commissione dei 19 prima, pacchetto poi. È saltato lo statuto di autonomia, che è stato svuotato, come ci dimostra il documento pubblicato oggi dall'Alto Adige, nelle sue parti più essenziali. È saltata la difesa persino di quel gruppo etnico italiano, che allora la democrazia cristiana trentina e bolzanina, mi pare non ancora in disaccordo, riteneva proprio dovere di attuare, di realizzare. E siamo arrivati a questo. Misurate, solo da un punto di vista materiale, il contenuto delle concessioni del piano Kessler con questo documento, che occupa due pagine di giornale; quello occupava mezza pagina dei nostri verbali stenografici. Misurate tutto questo, e poi ditemi se avete il dovere di parlare di coerenza, se avete il diritto di parlare di difesa di un istituto come quello dell'autonomia regionale, al quale vi siete sentiti legati almeno fino a poco tempo fa, almeno fino a qualche anno fa. Sono bastate poche bombe, è bastato qualche morto per far venir meno tutti gli impegni, anche di natura morale, oltre che politica, che voi avevate assunto.

Questa è purtroppo la realtà, che non si può ignorare, quando, di fronte alla situazione che sta per crearsi con l'applicazione, prima o poi, di questo pacchetto, sul quale i partiti dell'attuale coalizione governativa sono d'accordo, sarà un fatto compiuto. E che cosa, quali

spiegazioni possiate voi dare a questo mutamento di situazione, io davvero non so immaginare. Non vi siete mai degnati di farlo, perché una ricerca di questo genere, indubbiamente non vi giova e quindi non l'avete mai compiuta. Non vi siete mai degnati di darci la spiegazione del vostro mutato atteggiamento, perché fino a sette anni fa foste così decisi nella difesa di una istituzione come l'autonomia regionale e anche, bisogna riconoscerlo, attraverso certe parole, di una istituzione come quella dello Stato e dei diritti della minoranza, di cui già voi intravedevate il pericolo che essa stava per correre, non vi siete mai degnati di dimostrare, di dirci quale mutamento è avvenuto in voi, per quale motivo vi sia stata questa radicale trasformazione nel vostro atteggiamento politico, anzi nel vostro pensiero politico. Perché se un mutamento doveva esserci, questo mutamento avrebbe dovuto essere l'opposto e portare gli effetti contrari a quelli che oggi stiamo per subire. Infatti non è da dire che il gruppo etnico di lingua tedesca, da allora ad oggi, attraverso i suoi organi politici, attraverso i suoi gruppi politici, abbia dato una dimostrazione di meritare, o quanto meno di avere diritto a tutte le concessioni di cui oggi è fatto oggetto. Semmai io penso che ha dimostrato esattamente il contrario, attraverso tutta quella serie di atti criminosi che hanno sconvolto, dal 1961 in modo particolare ad oggi e che non sembrano ancora terminati, la vita di questa regione. E badi, signor Presidente della Giunta, che questo pacchetto — lei lo sa benissimo — va al di là anche di quelle che sono state le conclusioni prese a minoranza della commissione dei 19, almeno di una parte. Ed allora io le debbo ricordare le dichiarazioni che...

AGOSTINI (P.L.I.): No, Mitolo, a maggioranza anche!

VOLGGER (S.V.P.): No no!

MITOLO (M.S.I.): A maggioranza non c'è dubbio.

Ed allora io devo — mi permetta — ricordarle anche le dichiarazioni che lei ha fatto in seno a quella commissione, allorché lei e gli altri tre parlamentari, gli altri tre membri trentini della commissione, si impegnarono a difendere il quadro regionale dell'autonomia, entro il quale sarebbe dovuta avvenire la riforma che la commissione dei 19, — esorbitando dai limiti delle sue competenze, come giustamente ebbe a far rilevare l'on. Lucifredi, perché il mandato conferito alla commissione dall'on. Scelba era stato, non quello di proporre le modifiche dello Statuto di autonomia, ma quello di dare un parere, e cioè se lo Statuto di autonomia corrispondeva o no allo spirito e alla lettera che gli accordi di Parigi, — aveva proposto. I cedimenti che sono avvenuti in questo periodo di tempo, quale garanzia possono dare agli italiani, — quand'anche questo pacchetto fosse ritenuto sufficiente da parte della S.V.P. — che la situazione che si creerà, la situazione politica, costituzionale che si creerà con l'accettazione, con la emanazione delle nuove norme costituzionali, costituirà davvero un punto di arrivo e non un punto di partenza per ulteriori richieste?

Basta leggere i 14 punti, che furono definiti « chiarimenti » — giustamente dice l'« Alto Adige »: eufemisticamente — dove addirittura si vuole il passaggio di tutta la scuola, compresa quella di lingua italiana . . .

VOLGGER (S.V.P.): No.

MITOLO (M.S.I.): Così è detto. Allora spero che sia smentito da fonte ufficiale perché i 14 punti pubblicati dall'« Alto Adige » sono questi . . .

CONSIGLIERE: (*Interrompe*).

MITOLO (M.S.I.): Sì, appunto, è quello che ho fatto. Stia tranquillo che ho saputo leggere. Sono formulati molto schematicamente, ma il loro significato non mi è sfuggito. Che garanzie potremmo avere? Badate bene, io parlo a voi dei partiti di lingua italiana, non parlo alla S.V.P., di cui comprendo l'atteggiamento. Chi avrebbe fatto diversamente, trovandosi nella loro condizione? Nella condizione di chi vede che più chiede più ottiene? Se non tutto, per lo meno una parte del tutto. Chi si sarebbe comportato diversamente? Io parlo a voi, parlo a voi, democrazia cristiana, voi socialisti che con la democrazia cristiana oggi tenete il potere. Che garanzia avremo noi del gruppo etnico di lingua italiana, che con la concessione di questo pacchetto le cose si fermeranno al punto in cui sono? Nessuna, nessuna, perché siete voi che non ci ispirate fiducia, non la S.V.P. La S.V.P. non ci può ispirare fiducia; un nemico non la ispira mai la fiducia . . .

VOLGGER (S.V.P.): Un avversario!

MITOLO (M.S.I.): Un avversario — ti concedo questo termine — non la può ispirare la fiducia. Sono i partiti italiani che detengono il potere che ci devono dare la fiducia. E come non ce l'hanno data in questi dieci anni, dimostrando di essere stati capaci soltanto di cedere alle continue richieste dell'Austria e della S.V.P. — e non si ritengano offesi se io faccio questa affermazione — così credo che anche per il futuro essi questa fiducia non ci daranno e quindi . . .

AGOSTINI (P.L.I.): Berloffia non deve più tornare alla Camera!

MITOLO (M.S.I.): . . . saremo veramente abbandonati a noi stessi. Diceva poc'anzi il cons. Corsini che l'on. Moro non deve ignorare i diritti del gruppo etnico italiano, delle mi-

noranze anzi, mi pare dicesse delle minoranze, dei partiti che non compongono la coalizione governativa. Sono d'accordo con lui che l'on. Moro non dovrebbe ignorare i diritti degli altri partiti, ma sta di fatto che li ignora, caro Corsini; che li ignora e nulla mi fa sperare che egli possa cambiare questo atteggiamento. Ignora soprattutto i diritti della minoranza italiana. I partiti non mi interessano in Alto Adige; se potessi li sopprimerei e li distruggerei tutti, lascerei solo la S.V.P. Certo. Mi interessa il gruppo etnico di lingua italiana. È quello l'oggetto di questo pacchetto. Non ho nessuna speranza che possa essere mutato questo atteggiamento, e sono sicuro che quand'anche dovessimo essere chiamati a Roma, come ci è stato promesso, un giorno, quel giorno noi ci troveremo certamente di fronte al fatto compiuto. Se non è stato ieri, sarà certamente sabato prossimo che la S.V.P. darà una risposta definitiva. Ed io ho motivo di ritenere che sarà una risposta positiva, perché non posso pensare che la S.V.P. si possa lasciare sfuggire un'occasione come questa per dichiararsi soddisfatta, sia pure con qualche scappatoia, perché questa deve esserci — Volgger dice di no, ma mi permetta di non credergli —, sia pure con qualche scappatoia che le consenta di mantenere sempre aperta la questione altoatesina.

Quindi non coerenza da parte vostra, ma incoerenza massima, mancanza di senso politico, mancanza di dirittura, di dirittura politica. Non saremmo giunti a questo stadio, se il problema dell'Alto Adige fosse stato concepito in termini realistici. Noi purtroppo abbiamo fatto sempre dell'accademia, qui dentro e fuori. Vi sono poi degli specialisti, che fanno dell'accademia di professione, che inventano le formule, che costruiscono teorie, filosofemi; coloro i quali hanno scoperto l'integrazione. E di

integrazione parlavate già voi, fin dal 1954, 55-56: mi pare di averlo letto in queste pagine, che risalgono proprio a quegli anni. Guai a parlare di assimilazione. Sono coloro i quali teorizzano, non il diritto del gruppo etnico a rimanere tale, ma l'obbligo del gruppo etnico a rimanere tale. Se tra cento anni qualche tedesco dovesse essere assimilato, sarebbe la fine del mondo. Sì, nel passato ci sono stati i Kosta, il cui nome si scrive con la « K », i Market o Marketti, il cui nome si scrive con la « K », o altri che hanno mantenuto il loro nome italiano . . .

AGOSTINI (P.L.I.): O i Magnago . . .

MITOLO (M.S.I.): — io non faccio i nomi dei presenti — che si sono lasciati assimilare. Quello che è avvenuto per il passato ha valore sì, è potuto avvenire. Guai se nel futuro dovesse succedere l'inverso e dovessimo avere un Mutschlechner che si considera italiano, o un Kustatscher che si considera italiano. Sarebbe la violazione dei diritti dell'uomo, come ci ha ricordato l'altro giorno Brugger.

Qui non si vuole la difesa di un gruppo etnico, che può essere concessa in quanto questo gruppo si considera non soltanto soggetto dello Stato di cui è cittadino, ma anche parte del popolo che di questo Stato costituisce uno dei tre elementi, una delle tre componenti. No, il gruppo etnico lo si contrappone e allo Stato e al popolo. Il gruppo etnico tedesco è una cosa, gli italiani sono un'altra. E purtroppo su questo c'è chi ha anche teorizzato, scoprendo che gli appartenenti al gruppo etnico di lingua tedesca sono degli austriaci, non sono degli italiani; il che significherebbe, come ho avuto già in altra sede occasione di rispondere, che gli austriaci, come stranieri — perché gli austriaci sono stranieri rispetto agli italiani — godono di privilegi, di prerogative, concessi loro da

parte dello Stato italiano; non solo, ma sono in grado addirittura di far valere questi privilegi e queste prerogative, di farle pesare su coloro che stranieri non sono, come saremmo noi. Vedete a quali assurdi si può arrivare attraverso certe concezioni, che peccano soprattutto della mancanza di senso realistico. Perché, vedete, il problema dell'Alto Adige non è soltanto, come qualcuno dice, il problema della difesa del rapporto etnico, dell'applicazione della proporzionale etnica, del posto di lavoro, della riserva dei posti, della necessità di poter rimanere in loco vita natural durante, tutti quegli espedienti giuridici — io li chiamo espedienti giuridici — ai quali si ricorre allo scopo di far valere certi diritti, che col vero diritto nulla, secondo me, hanno a che vedere. Il problema dell'Alto Adige è quello che, per esempio, l'altro giorno Brugger toccava nel suo intervento, qui dentro, allorché, ripetendo uno dei soliti concetti, diceva che loro hanno diritto di stare in casa loro. Nessuno nega loro questo diritto, ma noi vogliamo soltanto che essi pensino che la casa loro è anche la casa nostra. Sono concetti elementari. In Alto Adige tanto è casa loro in quanto è casa nostra, in quanto essi sono e si sentono, sia pure parlando una lingua diversa, avendo concezioni diverse dalle nostre, un grado di cultura superiore, qualità certamente non riscontrabili nel popolo italiano, nel gruppo etnico di lingua italiana, si sentono tuttavia italiani. Fino a quando noi non ci comprenderemo su queste cose, è difficile potersi intendere. Fino a quando non acquisiremo questi elementari concetti, non divideremo questi elementari principi, è difficile comprendersi ed è difficile realizzare una convivenza su un piano morale e politico idoneo a garantirci l'avvenire, a garantirci il futuro, a farci guardare con una certa tranquillità al futuro.

Il cons. Brugger è andato a Milano, per esempio — ce lo ha raccontato lui. Io lo so

quando è andato a Milano: è andato a Milano a fare testimonianza a favore dei terroristi — ha visto il palazzo di Giustizia, è rimasto colpito — avete sentito con che accento appassionato l'ha detto — da una delle scritte del palazzo di Giustizia: « *Neminem laedere unicuique suum tribuere* » . . .

(INTERRUZIONE)

MITOLO (M.S.I.): Sì, ha dimenticato soltanto che questa scritta egli l'ha letta appunto nell'occasione in cui si celebrava in quel palazzo il processo a carico di coloro, appartenenti al suo gruppo etnico, che di questo principio avevano fatto uno scempio. Ed egli osa usare e fare riferimento a questo principio e scagliarlo quasi quasi in faccia, quasi che la lesione, il « *neminem laedere* », fosse una colpa o la violazione di questo principio fosse stata operata da noi in italiano . . .

AGOSTINI (P.L.I.): (*Interrompe*).

MITOLO (M.S.I.): . . . Egli si è ben guardato dal ricordare però quell'altra scritta che su un altro lato del palazzo di Giustizia campeggia con gli stessi caratteri di scatola della prima: « *Salus rei publicae suprema lex* ». Questa a lui non interessa, ed è logico. Lui non si considera appartenente a quella repubblica, perché è del gruppo etnico di lingua tedesca. Ma farebbe bene, secondo me, a cambiare idea e a mettere insieme tutti e due i motti che campeggiano sul palazzo di Giustizia.

E a Brugger, il quale mi pare che sia un po' uno spaesato qui dentro, da un po' di tempo a questa parte, vorrei soltanto rispondere su un altro punto del suo intervento, quello nel quale egli ha fatto appello alla lealtà e alla chiarezza. Non è la prima volta che ci sentiamo rivolgere appelli di questo genere: a noi italiani, a noi del gruppo etnico italiano, egli osa rivolgere un appello alla lealtà e alla chiarezza.

Ma Brugger è colui che il giorno in cui prestammo giuramento — lo ricorderete tutti, mi pare nel 1960, a Trento, in occasione della nostra elezione — dopo aver prestato la formula del giuramento, alzò la mano e chiese di spiegare il significato della formula; cioè disse — ve lo ricorderete — che per essi la fedeltà, di cui parla il giuramento e alla quale erano tenuti in base alla formula, allo stato italiano, è invece la fedeltà alla regione. In altre parole, ci ha detto, ci ha fatto capire che la sua fedeltà è una fedeltà diversa da quella che la stessa formula del giuramento esige. Ed è lui che osa parlare di lealtà nei nostri confronti. Ma se noi dovessimo misurare la lealtà della S.V.P. e del gruppo etnico di lingua tedesca, per carità di patria non ne parliamo, perché dalla lettera di Erich Amonn e Guggenberg nel 1948, ai discorsi a radio Berlino, alle dichiarazioni di lealismo che furono fatte, in attesa di riavere la cittadinanza italiana, di rioptare, fino a quando, 1955, l'Austria non riacquistò la sua indipendenza e non ci fu il famoso ordine, non voglio dire di scuderia, ma ordine di azione, di Gschnitzer, di queste dichiarazioni di lealtà ne abbiamo avute una infinità. Quello che è avvenuto dopo, e che dimostra come essi abbiano inteso e quale uso abbiano inteso fare di questa affermazione, io, ripeto, non lo ricordo a voi, perché si tratta di avvenimenti troppo recenti e troppo presenti a tutti noi. Certo anche lui, come i socialisti, è per la eliminazione dei simboli fascisti. Io non so dove esistano ancora i simboli fascisti. È questo che preoccupa, capite; è questo che preoccupa: la eliminazione dei simboli fascisti. Su questo argomento stamattina il collega Corsini, ha svolto un intervento che, pur non trovandomi completamente d'accordo con lui — cioè la interpretazione che egli dà della parola « fascista » non mi trova certamente d'accordo. Il fascismo fu una co-

sa che non può essere confusa con il nazismo o nazionalsocialismo; sono due cose sul piano storico, politico, ideologico, completamente diverse e, forse anche sul piano morale completamente diverse. Quando si parla di « fascismo » per me si parla del fascismo italiano e quando si parla del nazismo si deve usare questo termine, perché l'uno non può essere confuso con l'altro. Addirittura il termine « fascista » si usa persino nei confronti dei comunisti, potete immaginare quanta confusione c'è in questo campo — alcune sue affermazioni mi trovano pienamente d'accordo. Abolizione dei simboli fascisti. Anche i socialisti hanno chiesto l'abolizione dei simboli fascisti. Il problema dell'Alto Adige si riduce anche a questo. Ora io vorrei dire con tutta pacatezza al cons. Brugger e agli altri, i quali si preoccupano della cancellazione di questi simboli e non si preoccupano però della cancellazione delle opere che li sorreggono, anche perché, specie se si tratta di opere industriali, servono ad essi egregiamente anche per raccogliere voti tra gli operai, vorrei dire con tutta pacatezza che se vogliamo fare il processo al passato, non ci si può fermare al 1922 o al 1918. Noi italiani abbiamo il diritto di fare anche il processo agli austriaci; ve l'ho detto tante volte: avremmo il diritto anche noi di chiedere la cancellazione di certi simboli austriaci, che risalgono a Francesco Giuseppe e che ci ricordano la storia del Risorgimento; ci ricordano certi discorsi di Giosuè Carducci, fatti all'indomani del sacrificio di Guglielmo Oberdan, ci ricordano gli scritti del Guerrazzi, le poesie del Berchet e tutto quello che ha rappresentato l'Austria per noi nel periodo risorgimentale e anche prima. Se voi vi preoccupate di quei simboli, noi potremmo a buon diritto e forse ancora con un diritto maggiore del vostro, chiedervi che ci facciate dimenticare certe immagini, per esempio che ci fac-

ciate dimenticare certe immagini, certe lapidi, certi monumenti che costellano quasi ogni parte d'Italia, soprattutto l'Italia settentrionale.

Ma io gli chiederei qualche cosa di più se potessi, se non sapessi che l'ho già chiesto altre volte e se non sapessi che purtroppo è una richiesta che non incontrerà mai, per la natura del vostro gruppo etnico — non voglio dire della vostra razza —, accoglimento. Cercate di essere qualche volta più umani, cercate di scendere da quel piedistallo, sul quale voi ostentate la superiorità della vostra razza, della vostra cultura, certa protervia, certa prepotenza anche verbale, oltre che scritta, certa incomunicabilità di cui date prova, a volte persino nelle manifestazioni religiose, o addirittura in certe altre manifestazioni di pietà cristiana, come possono essere i funerali, dove volete essere esclusivisti anche in questo. Cercate di farci dimenticare quello che siete stati. Quella sì che sarebbe un'opera più utile all'affratellamento dei due gruppi linguistici, che non la cancellazione di un fascio, di un'aquila; nelle aquile poi avete creduto anche voi, nei fasci meno. Qualcuno sì, non tutti, ma nelle aquile avete creduto anche voi. È questo il problema. Ma su questo siete in buona compagnia dei socialisti. E qui debbo dire due parole anche ai colleghi socialisti, a proposito di quel documento, del quale tanto si è parlato, e che è il risultato del convegno del 26 febbraio, mi pare. È un documento che, letto attentamente, potrebbe anche trovarci d'accordo. Non crediate che con questo io voglia portare acqua alle tesi del dott. Benedikter, perché quello è un documento nel quale ci si può trovare d'accordo tutti quanti, ma al tempo stesso possiamo essere scontenti tutti quanti. Perché è un documento di una tautologia, di una polivalenza — per usare un termine che fa il paio con incentivazione, strutturazione, tutta quella terminologia moderna, di

cui oggi nessuno può fare a meno —, lì c'è tutto. Siete a favore del pacchetto, perché siete al governo e non c'è dubbio. L'« Adige » ieri ha pubblicato un articolo, che è una specie di benedizione del documento che è stato emanato dal partito socialista, nel convegno del 26 febbraio. Lo ha interpretato nel senso di un apporto positivo alle tesi governative, alla posizione governativa sul problema dell'Alto Adige. Siete per il pacchetto e siete contro alcuni dati essenziali e fondamentali del pacchetto. Siete contro la proporzionale etnica, di cui avete scoperto la incostituzionalità; e qui il collega Nicolodi, il quale ha invece rivendicato la priorità del suo partito nell'opporsi alla proporzionale etnica, mi consenta di ricordare che quando questo problema fu posto la prima volta nel 1954, allorché discutemmo le due famose leggi sulla ricostituzione delle Casse di malattia e sul servizio antincendi, due leggi che, proprio perché contenevano il principio della proporzionalità etnica erano state rinviate dal governo presieduto allora dall'on. Pella e poi invece furono approvate dal successivo governo presieduto dall'on. Scelba, i socialisti — andate a rileggervi i verbali — si guardarono bene dall'insorgere contro l'applicazione — ed era un'applicazione di carattere tecnico-legislativo, perché veniva sancita da una precisa norma giuridica — contro la proporzionalità etnica. Ed erano le due prime leggi, sulla scorta delle quali, sull'esempio delle quali poi sono venute tutte le altre norme, che di questo principio hanno fatto larga applicazione. E ne hanno fatta larga applicazione — mi sia consentito di ricordarlo — i socialisti, in quelle amministrazioni pubbliche o parastatali, comunali o parastatali, delle quali sono stati amministratori o coamministratori. E vorrei ricordare l'azienda elettrica, vorrei ricordare la Camera di commercio di Bolzano, vorrei ricordare attualmente l'ospedale civile di Bol-

zano, oltre ai comuni di Bolzano e Merano, a proposito dei quali i socialisti o i socialdemocratici — badate, io quando dico socialisti adesso, comprendo entrambi; allora certamente erano distinti, ma non mi pare che su questo particolare problema, la loro posizione si sia diversificata — oggi hanno scoperto che la proporzionale etnica è incostituzionale. Però approvano il pacchetto, dove della proporzionale etnica si fa largo e ampio uso. C'è addirittura un capitolo intero dedicato all'applicazione della proporzionale etnica, che costituisce dal loro punto di vista — è comprensibile — uno dei caposaldi delle rivendicazioni della S.V.P. I socialisti, dicevo, sono per il pacchetto e contro il pacchetto; contro la proporzionale etnica, ma per la proporzionale etnica. Sono, come meta ideale, contro la scuola separata, divisa; non vogliono la scuola di lingua tedesca e la scuola di lingua italiana divise, le vogliono unite, sia pure col sistema bilinguistico, però attualmente, per il momento — il che dimostra che probabilmente essi non considerano definitiva la chiusura della questione altoatesina con la concessione del pacchetto —, però in via transitoria. In seguito essi auspicano che si costituisca una scuola unica bilingue, che, naturalmente, dato il particolare sistema, sarà riservata soltanto agli alunni, agli scolari nati e cresciuti in Alto Adige, perché se qualcuno che viene da fuori la vorrà frequentare, per questo o per questi o per costoro, dovrà essere istituito un secondo tipo di scuola, tanto per semplificare i problemi della convivenza in Alto Adige. Quindi sono per la scuola e contro la scuola. Sono per l'industria, però condannano e deplorano il sistema che ha usato il fascismo, che si è servito dell'industria per snazionalizzare l'Alto Adige. Questo è deplorabile, però riconoscono che l'industria serve non solo a dare lavoro agli italiani che avevano il diritto di trovarselo anche in Alto Adige, per-

ché — lo ripeto per l'ennesima volta — l'Alto Adige fu annesso e voluto anche perché servisse a questo. Preferivamo mandare i nostri operai in Alto Adige, anziché in Alsazia o Lorena, nel Belgio, a morire a Marcinelle o sotto le dighe della Svizzera. Per voi sarà stato un torto, ma per noi era un sacrosanto diritto. Non c'eravamo presi l'Alto Adige, come ho detto altre volte, farne quel parco nazionale etnico o bietnico — perché adesso pare che con questo pacchetto debba diventare bietnico il parco nazionale dell'Alto Adige — che taluni della maggior parte di voi auspica e vuole. Sono contro l'industria del fascismo, però la vogliono potenziare, e vogliono anche l'industria statale. L'industria del fascismo era l'industria privata; adesso che l'industria privata, di fronte a una situazione come quella che si è creata in Alto Adige, considera pericoloso l'investimento di capitali, si rivolgono all'industria dello Stato, che di investimento di capitali, anche perché ne ha tantissimi, non si preoccupa e non si cura, tanto non deve rispondere a nessuno. E auspicano addirittura misure profilattiche, direi quasi, come quelle delle tariffe elettriche preferenziali, come alcune facilitazioni di carattere tributario, doganale ed altro.

Non è, ripeto, per portare acqua al mulino di Benedikter, ma è perché vorrei che i socialisti, una volta tanto, la smettessero, rinunciassero a quella che vogliono chiamare eufemisticamente una piaggeria che li porta a condannare il fascismo per non dispiacere i loro amici democratici della S.V.P., quando poi implicitamente sono costretti ad ammettere che una certa politica è servita; è servita dal punto di vista economico ed è servita dal punto di vista sociale. Condannano quella politica, ma in pratica la vorrebbero ripetere e giustamente. Siamo perfettamente d'accordo con loro. È più che logico

e più che giusto che questo avvenga, dato anche i tempi.

I socialisti ho già detto che sono anch'essi per la eliminazione dei simboli fascisti. Li elimineranno. Io spero che non elimineranno anche le opere fasciste, che il ponte Druso lo lascino lì dov'è, che certi edifici che fanno corona in certe zone della città, come il corso Italia, piazza Mazzini — adesso che c'è il gusto di Mazzini — e tutta quella zona lì, la lascino come è, perché anche quella non è un simbolo, è un'opera, ma starà certamente a ricordare il tempo fascista, contro il quale essi hanno tanto aspramente combattuto, come ci ha ricordato poc'anzi Nicolodi. Soprattutto certi loro santoni hanno combattuto, come Enrico Ferri — scusate di questa parentesi — il senatore, il grande penalista e fondatore della scuola positivista italiana, Enrico Ferri, santone del socialismo, che certamente ricorderete, il quale alla fine, pur rimanendo socialista, fu l'apologeta di Mussolini e del fascismo, come certi opuscoli . . .

(INTERRUZIONE)

MITOLO (M.S.I.): . . . No, queste sono « Le infamie della dominazione austriaca in Italia ». Ti sei sbagliato . . .

(RISATE)

MITOLO (M.S.I.): . . . Sono libretti che trovo sulle bancarelle: « Il fascismo in Italia. L'opera di Benito Mussolini - Enrico Ferri ». Quindi quel documento che i socialisti hanno votato, non è certo un documento che contribuisce, secondo me, non dico alla soluzione del problema altoatesino, ma che dia un contributo positivo all'attuale situazione. È un documento che serve per tutti gli usi, tutti, assolutamente. Io mi auguro invece, sinceramente, che al momento in cui il problema dell'Alto Adige si dovrà trasformare, attraverso la procedura par-

lamentare, in un nuovo strumento, i socialisti diano — e lo diano anche certi democristiani, che in altre sedi hanno già espresso il loro dissenso — diano un contributo alla soluzione chiara, netta e precisa di un problema che non ha bisogno di essere ulteriormente complicato e intricato più di quanto lo è già.

Io, signor Presidente, signori della Giunta, non avrei altro da aggiungere a quanto ho già detto. Dovrei rispondere a Volgger, a quell'ultima frase del suo intervento, ma non c'è e quindi mi dispenso dal farlo. Non ho altro da aggiungere, constato come, ancora una volta, la discussione sul bilancio si sia incentrata sul problema dell'Alto Adige, che a distanza di tanti anni non è stato ancora risolto, e la cui soluzione, a mio modo di vedere, appare lontana. Ho già detto prima che sono meno ottimista dei colleghi liberali. È una constatazione che in un particolare momento come questo, credo che sia difficile non fare. È una constatazione che soprattutto deriva dai fatti che quotidianamente noi viviamo e che sono veri aspetti di questo problema, che non è fatto soltanto di formule, di teorie e di filosofemi, come dicevo poc'anzi, di immagini, di creazioni, di formulazioni avveniristiche od altro. È un problema concreto, è un problema di una realtà talmente immediata, che chi non lo avverte dimostra di mancare, non tanto di sensibilità politica, quanto, io ritengo, di sensibilità vera e propria. Infatti questo problema, questa situazione si va perdendo o va sfociando nella violenza, nell'uso della violenza indiscriminata, come anche recentemente abbiamo dovuto constatare. Ricordiamo il bilancio dell'anno scorso: il terrorismo ha portato ben sei morti, l'anno scorso, colleghi del Consiglio, e numerosi feriti. E non è solo questo il bilancio: pensate alle spese che ha lo Stato, ad esempio. Lo Stato, per la situazione che si è creata in Alto

Adige, in base alle fonti ufficiali comunicate nell'ultimo processo ai terroristi, svoltosi a Milano, spende in media 2 miliardi all'anno. Con i miliardi che lo Stato ha speso per la situazione che si è creata in Alto Adige, avremmo costruito l'ospedale di Bolzano, che costituisce una vera e propria vergogna per come è sistemato, e avremmo costruito anche l'ospedale psichiatrico, non so se a Laghetti o in qualche altra parte, forse più adatta ad ospitarlo, ma l'avremmo costruito.

Questa è la realtà sulla quale bisogna fissare, portare la nostra attenzione ed è quella realtà che poi si intreccia con un'altra, che si svolge al di fuori del nostro territorio. Io non so come faccia il Governo italiano a continuare a mantenere rapporti normali con l'Austria, con il Governo austriaco, nonostante le prove che si sono raccolte della connivenza che il Governo austriaco ha con l'attività dei terroristi; con le commedie della polizia e della magistratura austriaca, che arresta Klotz, poi, dopo 24 ore, lo rimette fuori; col rifiuto a consegnare alcuni di quei banditi che sono incriminati di reati comuni; con altri atteggiamenti che rivelano proprio una tracotanza, rivelano un disprezzo delle norme più elementari della convivenza internazionale, io non so, ripeto, come fa il Governo italiano a continuare a mantenere rapporti normali col Governo austriaco, non solo, ma a discutere con questo Governo sulle sorti, sull'avvenire di un territorio come l'Alto Adige, che è territorio italiano. Il confine, cons. Nicolodi, è ormai fuori discussione, lo sappiamo anche noi, non lo sposteremo. Ma il problema, come ho detto altre volte — scusate se mi ripeto — non è tanto quello di spostare il confine da Brennero a Salorno; il problema è quello di vedere se qui gli italiani si debbono sentire in casa loro — e per italiani intendo anche tedeschi che tali si sentono, perché non

tutti la pensano come la S.V.P., come gli altri estremisti — oppure no. Questo è il problema. Non so, dicevo, come fa il Governo italiano a mantenere rapporti così cordiali e così amichevoli; ogni tanto fa qualche noticina diplomatica a Vienna, e poi se la dimentica. Soprattutto non so come fa il Governo italiano a mantenere questi rapporti, quando, da parte non di uomini politici, non di partiti, ma da parte della Magistratura, certe denunce formulate nei confronti di membri del governo e dell'intero Governo, in termini che non lasciano possibilità di dubbi. Nell'ultimo processo di Milano, il secondo processo contro i terroristi, chiusosi l'anno scorso in aprile e la cui sentenza è stata depositata recentemente, vi è una pagina, o forse mezza pagina, che chiude la sentenza, di cui il Governo italiano avrebbe il dovere di tenere conto, non fosse altro che per la fonte dalla quale essa viene. Non si potranno accusare certo i giudici di Milano di nazionalismo o di qualche cosa di peggio, perché si tratta di una sentenza e si tratta soprattutto di una sentenza costruita su precisi elementi di fatto, comprovati con un rigore di indagine, che solo i giudici italiani hanno. Dico solo i giudici italiani: ne dà prova qualche assoluzione per insufficienza di prove, che è venuta proprio da Milano; dall'altra parte del Brennero certo rigore di indagini e certa, vorrei dire, rettilineità nell'applicazione della legge penale, non è stata riscontrata in casi analoghi a quelli di cui si sono occupati i giudici italiani. Questa sentenza, dicevo, si chiude con queste pagine, che io mi permetto di ricordare, di leggere a voi, nella speranza che la abbia letta il Governo o che, quanto meno, la voglia leggere e ne sappia trarre le debite conclusioni. Si dice: « Molte persone coinvolte nell'associazione terroristica BAS in Austria, in Germania e in Alto Adige, sono sfuggite alle maglie della legge, così come è sfuggita l'alta

fonte viennese — termine usato dal principale degli imputati del secondo processo — vero vertice del BAS, cioè l'alta personalità politica che ha manovrato e manovra l'organizzazione terroristica. Il testamento dell'Amplatz, pag. 251, fascicolo 10, tomo 13, denota che alte personalità fra le quali il Ministro degli esteri Kreisky, ebbero contatti con membri dell'associazione cospirativa e si augurarono che in Alto Adige scoppiassero le bombe. Da tutto il processo trasuda una connivenza austriaca a tutti i livelli, non ammissibile, se non con la esistenza, proclamata da Andergassen, dell'alta fonte viennese, scaturigine non di concordia e di speranza, ma di discordia, di violenza, di lutti e di pianti, e per le vittime e per i terroristi condannati ».

Io ho letto questa mattina sull'« Alto Adige » — non so se la notizia sia vera — che fra le ulteriori richieste della S.V.P., ci sarebbe anche quella di una amnistia da concedersi ai terroristi e anche agli imputati, ai condannati del delitto di Fundres, i quali, peraltro, credo che stiano per scontare la pena, siano al termine della loro espiazione. Io dichiaro che non avrei nulla in contrario, che non ho nulla anzi in contrario, affinché sia concessa l'amnistia ai terroristi. Nulla in contrario, perché non considero giusto, da un punto di vista morale, che coloro che hanno rischiato materialmente, coloro che sono stati degli strumenti materiali di ben individuate forze, debbano scontare trenta anni di reclusione, e gli altri, coloro che hanno armata la loro mano, la mente, il cuore, debbano invece trattare da pari a pari per il futuro dell'Alto Adige, con i membri del governo italiano. Si dia pure l'amnistia ai terroristi, ma si appunti il dito — e quando dico « si appunti il dito » non è soltanto un termine eufemistico — a coloro che fino ad oggi sono i veri responsabili di questa situazione, per la propaganda che

hanno fatto, per l'organizzazione che hanno predisposto, senza la quale il terrorismo non avrebbe avuto possibilità di azione, non avrebbe avuto possibilità di colpire beni e persone, così come li ha colpiti, con quella disinvoltura, con quella capacità, con quegli aiuti che esso ha avuto. Ecco perché dico che non penso che il problema dell'Alto Adige si possa chiudere onorevolmente e si possa chiudere logicamente, così come tutti si auspicano che esso si chiuda e si risolva, fino a quando vi saranno rapporti che sono improntati, da un lato ad una serie di norme giuridiche che non faranno e che non fanno altro che complicarli, e dall'altro fino a quando non si saranno individuate, denunciate e punite le vere responsabilità, che hanno trasformato questo paese, che hanno trasformato questa provincia, in quella provincia che da anni ormai sta assumendo il carattere di una piccola Cipro.

PRESIDENTE La parola al cons. Dal-  
sass.

DALSASS (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es tut dem Regionalrat gut, einmal von der Plattform der « hohen » Politik herunterzusteigen, um sich mit einigen Problemen der praktischen Verwaltung zu befassen. Ich will also von der Plattform der hohen Politik heruntersteigen und mich nicht mit dem Südtirolproblem befassen, sondern mit einigen Problemen, die unsere Regionalverwaltung hier eng betreffen. Eines dieser Probleme ist das Gesetzgebungsprogramm, das uns der Regionalausschuß in seinem Bericht angekündigt hat. In diesem Gesetzgebungsprogramm habe ich ein Gesetz vermißt, das auch bereits mein Kollege Benedikter angedeutet hat: das Gesetz über das Feuerwehrwesen. Wie Sie wissen, habe ich

schon seit Jahren immer wieder die Gelegenheit benützt, um den Regionalausschuß eindringlich zu ersuchen, die Verwaltungstätigkeit auf dem Sektor des Feuerwehrwesens von der Region auf die Provinzen zu übertragen, d.h. den sogenannten Art. 14 anzuwenden. Es wurde uns auch hier im Regionalrat feierlich versprochen, daß der Regionalausschuß diese Verwaltungsübertragung vornehmen werde. Wir haben jetzt zwei Jahre wiederum zugewartet und zwei Jahre lang konkrete Vorschläge gemacht, damit man schneller und leichter zu dieser Umgestaltung des Gesetzes gelangen könne. Es ist dennoch nichts geschehen und ich muß leider feststellen, daß auch der Ausschuß nichts zu unternehmen gedenkt, da dieses Gesetz im sogenannten Gesetzgebungsprogramm für das Jahr 1967 ja nicht enthalten ist. Ich möchte nochmals auf die Notwendigkeit hinweisen, diese Delegation vorzunehmen und ich appelliere diesbezüglich an den zuständigen Assessor. Wie Sie wissen, Herr Assessor, sollte diese Verwaltungsübertragung schon längst vorgenommen werden. Sie selbst haben auf unser Drängen hin eine sogenannte Studienkommission eingesetzt, damit sie den Wortlaut des neuen Gesetzes formulieren könne. Diese Kommission hat schon im Frühjahr 1966 ihre Arbeiten abgeschlossen. Sie wissen auch — und hier wende ich mich auch an den Präsidenten des Regionalausschusses —, daß von seiten der Vertreter der Südtiroler Volkspartei — Kollege Benedikter und der Unterfertigte — in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols auch ein Gesetzestext ausgearbeitet wurde. Dieser Entwurf wurde noch im Frühjahr 1966 dem Präsidenten der Region feierlich übergeben, und der Präsident hat uns damals versprochen, er würde das Problem wohlwollend überprüfen und selbstverständlich so schnell als möglich

weitergehen lassen. Seitdem haben wir nichts mehr gehört. Wenn man nun vom Feuerwehrgesetz spricht, so hört man immer wieder nur eine Antwort: Es wäre nicht zweckmäßig, das Feuerwehrgesetz heute auszuarbeiten, weil ja der Staat ein anderes Gesetz in Vorbereitung hat, nämlich das über den Zivilschutz. Wenn wir daher das Feuerwehrgesetz jetzt angehen, könnte es passieren, daß wir die Kompetenz des Zivilschutzes vom Staat nicht bekommen. Ich möchte diesbezüglich darauf hinweisen, daß in unserem Feuerwehrgesetz nicht nur vom Feuerwehrwesen im engern Sinne des Wortes die Rede ist, sondern auch vom sogenannten Zivilschutz. Denn laut Gesetz sind die Freiwilligen Feuerwehren auch dafür zuständig und haben die Aufgabe, bzw. die Pflicht, nicht nur bei Brandfällen einzugreifen, sondern auch wenn ein durch Unwetter oder von Personen verursachter Notstand eingetreten ist. Und damit haben wir in unserem Gesetz schon einen Teil der Aufgaben mit enthalten, die den Zivilschutz berühren. Es dreht sich jetzt nur darum, mit der Zentralregierung zu vereinbaren, eventuelle Aufgaben auf dem Gebiet des Zivilschutzes der Region, d.h. der Organisation der Freiwilligen Feuerwehren und selbstverständlich der bestehenden Berufsfeuerwehren zu übertragen. Denn die Organisation der Freiwilligen Feuerwehren kann meines Erachtens ohne weiteres dem Zivilschutz Genüge leisten. Es wäre selbstverständlich notwendig, sie anders zu organisieren, sie besser auszurüsten und auszustatten. Und wäre es notwendig, von der Regierung auch die entsprechenden Mittel, die übrigens in anderen Regionen für andere Organisationen ausgegeben werden, zugunsten der Freiwilligen Feuerwehren zu erhalten. Ich möchte daher nochmals an den zuständigen Regionalassessor die Frage richten, ob der Aus-

schuß nicht doch gewillt ist, dieses Feuerwehrgesetz umzugestalten und umzuarbeiten.

Dann möchte ich noch auf etwas hinweisen: Die Organisation der Freiwilligen Feuerwehren hat sich ja in diesen Jahren sehr gut, ich möchte sagen, bestens bewährt. Deswegen sollte man auch diese Organisation wo immer nur möglich fördern und unterstützen; man müßte sie, da sie im Interesse des Schutzes der Bevölkerung handelt, frei arbeiten lassen. Man sollte also dieser Organisation keine Schwierigkeiten bereiten oder sie gar noch demütigen, wie es im letzten Jahr beinahe vorgekommen wäre. Ich möchte daran erinnern, Herr Assessor, daß die Organisation der Freiwilligen Feuerwehren, der Landesverband, in den Jahren seit 1954 immer die Unfallsmeldungen über hatte, die immer sehr gut erledigt worden sind. Nun, auf einmal ist es der Region eingefallen, der Landesverband habe sich mit dieser Sache überhaupt nicht zu befassen und man müsse sie ihm wegnehmen. Ich glaube, es hätte sicher nicht viel gekostet, wenn man sie dem Landesverband nach zehn Jahren Bewährung auch weiterhin belassen hätte. Man hat ihn hingegen gedemütigt und ihm sozusagen das Vertrauen entzogen.

Der Landesverband hat sich im vergangenen Jahr auch bemüht, eine Schule auf Landesebene zu errichten, selbstverständlich mit der finanziellen Unterstützung der Region. Sie wissen alle, daß der Regionalausschuß ja nie begeistert war, daß die freiwilligen Wehrmänner die Schule in Innsbruck besuchten, und deswegen hat der Regionalausschuß immer darauf gedrängt und immer wieder den Wunsch geäußert, hier eine Schule zur Ausbildung der freiwilligen Wehrmänner zu errichten. Diese Schule ist nun errichtet worden, und zwar in Naturns, weil dort die nötigen Lokale frei waren. Nun besteht von seiten der Region das Bestreben,

diese Schule dem Landesverband, der sie in vorbildlicher Weise geführt hat, wegzunehmen und nach Bozen zu verlegen. Man sollte die Verdienste der Freiwilligen Feuerwehr nicht immer wieder herabmindern und dieser Organisation alles nehmen, was sie bis heute in vorbildlichster Weise ausgeführt hat. Deswegen möchte ich den Herrn Assessor ersuchen, auf diesem Sektor ein wenig mehr Verständnis aufzubringen. Denn schließlich und endlich, Herr Assessor, in diesen letzten Jahren haben wir ja mehrere Unwetterkatastrophen erlebt, bei denen wir erst so richtig die Freiwilligen Feuerwehren schätzen gelernt haben. Bei diesen Unwetterkatastrophen haben sich die freiwilligen Feuerwehrmänner richtig bewährt. Ich möchte nur, um etwas vom Einsatz der freiwilligen Wehrmänner hier öffentlich zu sagen, einige Daten erwähnen: Bedenken wir, daß die freiwilligen Wehrmänner im Jahre 1966 — da hatten wir ja zwei Unwetterkatastrophen in Südtirol — nicht weniger als 331.000 Arbeitsstunden geleistet haben! Nur dies möchte ich erwähnt haben. Bedenken wir nur, was dies gekostet hätte, wenn man hier bezahlte Kräfte hätte einsetzen müssen! Die freiwilligen Wehrmänner haben nichts gekostet. Es wird auch oft der Standpunkt vertreten, daß die Berufsfeuerwehren tatkräftiger eingreifen und mit mehr Nachdruck an die Arbeit gehen würden. Diesbezüglich möchte ich daran erinnern, Herr Assessor, daß die Berufsfeuerwehren für unsere Gemeinden nicht gerade billig kommen und ich darf vielleicht nur folgendes Beispiel anführen: Im August 1966 hat die Unwetterkatastrophe in besonderem Ausmaß das Pustertal betroffen. In Welsberg, wissen wir, ist der Gsieserbach über die Ufer getreten und die Ortschaft war ernstlich bedroht. Da ist auch eine Gruppe von Berufsfeuerwehrmännern hinausgegangen, nur

für einige Tage, und hat dafür eine regelrechte Rechnung für Unterkunft und für das Essen im Hotel hinterlassen. Was blieb der Gemeinde anderes übrig, als die Rechnung für drei Tage Einsatz von 15 Berufsfeuerwehrmännern zu bezahlen, nämlich mehr als 100.000 Lire. Nur dieses Beispiel allein, glaube ich, führt uns vor Augen, welch kostbare Arbeit unsere freiwilligen Wehrmänner leisten.

Noch etwas, Herr Assessor. Ich habe Sie schon vor mehr als einem Jahr ersucht, doch auch das Regionalgesetz vom 21. Jänner 1963 Nr. 2 abzuändern. Auf Grund dieses Regionalgesetzes werden Beiträge an die Freiwilligen Feuerwehren für deren ordentliche Verwaltung gewährt. Und da sind zwei Systeme vorgesehen: Die Feuerwehren bekommen eine fixe Quote von 100.000 Lire, die an die Freiwilligen Feuerwehren selbst ausbezahlt werden und außerdem bekommen sie noch eine Kopfquote für die im Zuständigkeitsbereich lebende Bevölkerung. Diese Kopfquote wird jedoch nicht an die Freiwilligen Feuerwehren selbst ausbezahlt, sondern an die Gemeinden, und die Gemeinden haben den Auftrag, diese Gelder dann unter den Freiwilligen Feuerwehren ihres Gemeindegebietes aufzuteilen. Es hat in den letzten Jahren immer wieder Schwierigkeiten mit der Aufteilung dieser Kopfquoten gegeben: einmal weil die Gemeinden oft kein flüssiges Geld hatten und somit dieses Geld zur Bezahlung anderer Schulden hernahmen, weshalb die Freiwilligen Feuerwehren oft sehr lange auf die Auszahlung der Beträge warten mußten, und dann hat es oft Schwierigkeiten auch aus anderen Gründen gegeben. Deswegen habe ich Sie ersucht, auch diesen Betrag direkt an die Freiwilligen Feuerwehren auszubezahlen. Um dies jedoch vornehmen zu können, muß dieses einschlägige Regionalgesetz abgeändert werden. Das Verfahren wäre ganz leicht: Man weiß ja,

wieviel Einwohner die Gemeinde hat. Die Gemeinde faßt einen Beschluß und setzt die Kopfquoten fest. Dieser Beschluß wird an die Feuerwehrkasse übermittelt und die Kopfquoten werden je nach Anzahl der Bevölkerung an die einzelnen Feuerwehren ausbezahlt. Das wäre ganz leicht, aber auch dieses Gesetz ist bis heute nicht abgeändert worden. Meines Erachtens müßten diese zwei Gesetze auch in das sogenannte legislative Programm des Regionalaussschusses aufgenommen werden.

Noch etwas haben wir anlässlich dieser Unwetterkatastrophen bemerkt. Sie wissen, Herr Assessor, daß die Freiwilligen Feuerwehren Südtirols schon vor vier bis fünf Jahren Funksprechgeräte gekauft haben. Damals hat man ihnen verboten, diese Funksprechgeräte zu benutzen — wahrscheinlich aus politischen Gründen. Seit vier Jahren ersuchen wir den Regionalausschuß, beim zuständigen Ministerium zu erreichen, daß auch die Freiwilligen Feuerwehren diese Funksprechgeräte benutzen dürfen. Schließlich und endlich kann ja nichts passieren; es handelt sich um bestimmte Wellenlängen, die ihnen zur Verfügung gestellt werden, und die zu jeder Zeit kontrolliert werden können. Man braucht hier keine Angst zu haben, daß sie mit diesen Funksprechgeräten Mißbrauch treiben. Und wenn man schon für andere Vereine, Verbände — nehmen wir den Bergrettungsdienst her — diese Funksprechgeräte zuläßt, wenn man sie schon für die Berufsfeuerwehr, und auch im Trentino zuläßt — ja, warum sollen sie dann nicht auch unsere Freiwilligen Feuerwehren benutzen dürfen? Ich kann hier zum Beispiel berichten, daß wir als Landesverwaltung speziell im August 1966 beinahe zwei Tage lang nicht in der Lage waren, Informationen aus dem Pustertal zu bekommen, weil sämtliche Telephonverbindun-

gen unterbrochen waren. Was das für eine Verwaltung bedeutet, die intervenieren müßte, und zwar raschestens, kann sich jeder vorstellen. Wenn man den Freiwilligen Feuerwehren diese Funksprechgeräte gelassen hätte, wäre es ganz anders gewesen: Man hätte eine Funkverbindung herstellen können. Aber leider muß ich sagen, hat sich auf diesem Sektor nichts gerührt. Wenn man schon den Bergrettungsdienst und die Berufsfeuerwehr damit ausstattet, wenn man die Funkamateure damit herumarbeiten läßt, warum dann nicht auch die Freiwilligen Feuerwehren? Also auch in dieser Richtung sollte man eine Initiative ergreifen.

Nun möchte ich ganz kurz noch über die öffentlichen Arbeiten einige Gedanken aussprechen. Im Programm des Regionalausschusses ist, nehme ich an, eine Refinanzierung des Gesetzes Nr. 17 zur Gewährung von Zinsbeiträgen vorgesehen, obwohl dies nicht ausdrücklich in den Erklärungen des Regionalausschusses gesagt ist. Diese Refinanzierung des Gesetzes ist sehr bescheiden, denn die Region hat nur 50 Millionen für jede Provinz zur Verfügung gestellt. Daher möchte ich eine Bitte auch an den Regionalausschuß richten: und zwar, er möge doch nochmals nachprüfen, ob es nicht möglich wäre, noch zusätzliche Gelder zur Durchführung von öffentlichen Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Wie Sie wissen, hat der Landesauschuß von Bozen auf Wunsch des Regionalausschusses sich bereit erklärt, für das Jahr 1967 einen Betrag von den Geldern gemäß Art. 70 abzutreten, damit mehr Geld zur Refinanzierung dieses Gesetzes für die Durchführung von öffentlichen Arbeiten zur Verfügung steht. Aber auch der Regionalausschuß selbst sollte aus eigenen Mitteln noch eine größere Summe bereitstellen.

Nun komme ich zu den Unwetterschäden. Wie Sie wissen, wurde auf Grund des Staats-

gesetzes der Betrag, der für die Wiederinstandsetzung der vom Unwetter beschädigten öffentlichen Bauten notwendig ist, der Region zugeteilt, weil diese auf dem Sektor der öffentlichen Arbeiten laut Art. 88/bis primäre Zuständigkeit besitzt. Diese Gelder dienen dazu, die vom Unwetter beschädigten Bauten der Gemeinden und der Provinzen wiederinzusetzen. Nun hat auch die Region bereits Weisungen an die Gemeinden und an die Provinzen gegeben, d.h. sie aufgefordert, die Projekte zu erstellen, damit man sofort mit der Wiederinstandsetzung dieser Bauten beginnen könne. Diese Weisungen — das muß ich schon sagen — sind sehr, sehr lückenhaft. Sie müßten in aller nächster Zeit ergänzt werden. Man hat die Gemeinden wohl beauftragt und auch die Provinzen — für die letzteren geht es leichter, nachdem sie über eigene technische Ämter verfügen —, diese Projekte erstellen zu lassen und ihnen keineswegs gesagt, mit welchen Geldern sie die Kosten dafür tragen können. Die Gemeinden haben deswegen auf Grund dieses Rundschreibens Beschlüsse gefaßt und haben Freiberufler mit der Ausarbeitung der Projekte beauftragt. Leider mußten diese Beschlüsse von der Aufsichtsbehörde annulliert werden, weil dafür im Gemeindehaushalt keine Deckung vorgesehen war. Daher ist es unbedingt notwendig, einen Weg zu finden, damit die Gemeinden zu den für die Projektierung wie auch für die Durchführung der Wiederinstandsetzungsarbeiten nötigen Geldern kommen. Denn ich kann mir nicht vorstellen, wie die Gemeinden eine Arbeit ausschreiben sollen, wenn nicht im Gemeindehaushalt auch die entsprechende Deckung gewährleistet ist. Auf Grund der bestehenden Gesetzgebung ist eine solche Deckung absolut unmöglich und unzulässig. Es muß daher ein Weg gefunden werden, da wir sonst Gefahr laufen, daß mit den ersten Wiederin-

standsetzungsarbeiten erst im Sommer oder im Herbst begonnen werden kann. Dazu ist selbstverständlich auch notwendig — und das hängt nicht nur von uns ab —, daß der Betrag vom Ministerium auch effektiv der Region zugewiesen wird. Ich habe in Trient, bei der Begegnung mit dem Minister für öffentliche Arbeiten, On. Mancini, die Gelegenheit benützt, um auf dieses Problem hinzuweisen und um hervorzuheben, daß in allernächster Zeit der Betrag der Region effektiv zugewiesen werden müsse; daß das einschlägige Dekret dafür ausgestellt werden müsse, damit man jetzt schon die Gelder in die Regionalbilanz aufnehmen könne. Denn wenn wir erst später wiederum eine Haushaltsänderung vornehmen müssen, dann wissen wir alle, wie lange es noch dauern wird, bis mit den ersten Arbeiten begonnen werden kann, d.h. bis die ersten Gelder ausgeworfen werden können. Darum meine eindringliche Bitte an den Regionalausschuß, den richtigen Weg zu studieren, damit effektiv noch im Frühjahr mit den Wiederinstandsetzungsarbeiten begonnen werden kann, denn so wie die Lage heute ist, wenn auch eine Gemeinde oder die Provinzen die Projekte schon fix und fertig in der Schublade haben, kann mit den Arbeiten nicht begonnen werden, weil eben die Gelder noch nicht zur Verfügung stehen. Damit möchte ich meine kurzen Ausführungen beschließen. Ich behalte mir vor, über ein anderes Problem noch in der Sachdebatte zu sprechen, da ich sehe, daß es schon halb sieben vorbei ist und ich die Herren Kollegen nicht noch länger aufhalten möchte. Also die übrigen Probleme werde ich in der Sachdebatte berühren.

*(Signor Presidente! Signori colleghi! Credo che faccia bene al Consiglio regionale a scendere dal piedistallo dell'alta politica, per occuparsi di alcuni problemi dell'ordinaria ammini-*

*strazione. Perciò scenderò dal piedistallo dell'alta politica e non tratterò il problema altoatesino, bensì altri problemi che riguardano molto da vicino l'amministrazione regionale. Uno di questi problemi è il programma legislativo che la Giunta regionale aveva annunciato nella sua relazione. In questo programma legislativo è stata omessa una legge che aveva menzionato già il mio collega Benedikter: la legge sul servizio antincendi. Come loro sanno, già da anni ho colto sempre l'occasione per pregare la Giunta regionale insistentemente di delegare l'attività amministrativa del settore del servizio antincendi dalla Regione alle Province, vale a dire, di applicare l'art. 14. Anche qui nel Consiglio regionale ci è stato promesso solennemente che la Giunta regionale provvederebbe a questa delega amministrativa. Poi abbiamo aspettato altri due anni e nel corso di questi anni abbiamo fatto delle proposte concrete affinché si possa giungere più facilmente alla modifica di questa legge. Eppure non è successo niente e devo purtroppo constatare, che la Giunta non intende intraprendere qualcosa perché questa legge non è nemmeno contenuta nel cosiddetto programma legislativo per il 1967. Vorrei richiamare l'attenzione ancora una volta alla necessità di effettuare questa delega e vorrei lanciare un'appello all'Assessore competente. Signor Assessore, come lei sa, questa delega amministrativa avrebbe dovuto venire effettuata già molto tempo. In seguito alle nostre premure lei stesso ha costituito una commissione di studi, affinché questa possa formulare il testo della nuova legge. La commissione ha concluso i suoi lavori già nella primavera del 1966. Loro sanno anche — e qui mi rivolgo al Presidente della Giunta regionale — che i rappresentanti della SVP — il collega Benedikter ed il sottoscritto — hanno elaborato in concomitanza con*

la federazione provinciale del corpo dei vigili del fuoco volontari anche un testo di legge. Nella primavera del 1966 questo disegno di legge è stato consegnato solennemente al Presidente della Regione, il quale ci aveva promesso allora di voler esaminare benevolmente il problema e di trasmetterlo al più presto possibile. Da allora non abbiamo più sentito nulla. Qualora si parla della legge sul servizio antincendi, allora si sente sempre soltanto una risposta: non sarebbe opportuno elaborare ora la legge sul servizio antincendi, perché lo Stato starebbe facendo un'altra legge, vale a dire la legge sulla protezione civile. Qualora noi trattassimo perciò ora la legge sul servizio antincendi potrebbe succedere, che da parte dello Stato non ci venga delegata la competenza delegata la competenza per la protezione civile.

A questo proposito vorrei richiamare l'attenzione al fatto che il nostro disegno di legge non parla soltanto di servizio antincendi nel stretto senso della parola, bensì anche della protezione civile. Perché secondo la legge i corpi dei vigili del fuoco volontari sono competenti anche per questo ed hanno il compito, vale a dire l'obbligo non soltanto di intervenire in casi di incendi, bensì anche in situazioni di emergenza indifferentemente se esse siano causate dal maltempo oppure da persone. E con ciò la nostra legge contiene già una parte dei compiti che concernono la protezione civile. Ora si tratta solamente del fatto di stabilire con il Governo centrale di delegare eventuali compiti del ramo della protezione civile alla Regione, vale a dire all'organizzazione dei corpi dei vigili del fuoco volontari e naturalmente ai corpi permanenti. A mio avviso l'organizzazione dei corpi dei vigili del fuoco volontari è senz'altro in grado di soddisfare le esigenze della protezione civile. Sarebbe naturalmente necessario organiz-

zarla diversamente nonché attrezzarla e allestirla meglio. E a questo punto sarebbe necessario ottenere da parte dello Stato anche i mezzi adeguati per i corpi dei volontari che in altre Regioni del resto vengono erogati per altre organizzazioni. Vorrei perciò porre ancora una volta la domanda all'Assessore regionale competente, e cioè, se la Giunta fosse ancora disposta di rielaborare e modificare questa legge sul servizio antincendi.

Vorrei richiamare l'attenzione ancora su un altro fatto: in questi anni l'organizzazione dei corpi volontari dei vigili del fuoco hanno dato una prova molto buona, direi ottima della loro efficacia. Perciò si dovrebbe possibilmente sempre appoggiare e sovvenzionare quest'organizzazione; siccome essa lavora per la protezione della popolazione si dovrebbe lasciarla lavorare liberamente. Non si dovrebbero porre delle difficoltà a quest'organizzazione oppure perfino umiliarla come sarebbe quasi successo l'anno scorso. Signor Assessore, vorrei far notare che l'organizzazione dei corpi volontari dei vigili del fuoco, la federazione provinciale, ha svolto a partire dal 1954 le denunce di infortuni, e l'ha sempre fatto bene. Improvvisamente è poi venuto in mente alla Regione che ciò non sia il compito della federazione provinciale e che si dovrebbe toglierglielo. Credo che non sarebbe costato troppo, se dopo dieci anni di prova lo si avrebbe lasciato anche in seguito alla federazione provinciale. Invece la stessa è stata umiliata e per così dire le è stata negata la fiducia.

La federazione provinciale ha cercato l'anno scorso di fondare pure una scuola provinciale, naturalmente con l'aiuto finanziario da parte della Regione. Come tutti sanno la Giunta regionale non era mai entusiasta che i vigili del fuoco volontari frequentassero la scuola a

*Innsbruck e perciò la Giunta regionale ha fatto pressione ed ha espresso spesso il suo desiderio, di fondare qui una scuola per il perfezionamento dei vigili del fuoco volontari. Essendo a disposizione i necessari locali, questa scuola è ora stata fondata a Naturno. Da parte della Regione esiste ora il desiderio di sottrarre questa scuola alla federazione provinciale, che l'ha diretta in maniera esemplare, e di trasferirla a Bolzano. Non si dovrebbero sempre sminuire i meriti dei vigili del fuoco volontari e togliere tutto ciò a questa organizzazione che fino ad oggi ha eseguito in maniera esemplare. Per questo motivo vorrei pregare l'Assessore di avere un pò più di comprensione in questo settore. Signor Assessore, in questi ultimi anni abbiamo subito alcune calamità atmosferiche e appena in questa occasione abbiamo imparato a stimare veramente i vigili del fuoco volontari. Durante queste alluvioni i vigili del fuoco hanno dimostrato veramente il proprio valore. Per parlare in pubblico degli interventi dei vigili del fuoco volontari vorrei menzionare alcuni dati: prendiamo in considerazione che nell'anno 1966 — allora avevamo ben due alluvioni in Alto Adige — i vigili del fuoco volontari hanno prestato nientemeno che 331.000 ore di lavoro! Vorrei richiamare l'attenzione solamente su questo fatto. Vi prego di considerare quanto sarebbe costato se si avessero dovuto impiegare delle forze lavorative pagate! I vigili del fuoco volontari non sono costati niente. Spesso si sente esprimere anche il punto di vista, che i corpi permanenti dei vigili interverrebbero e lavorerebbero con maggiore energia. A questo punto vorrei rammentare il fatto, che i corpi permanenti dei vigili del fuoco non è che costino niente ai nostri Comuni e forse mi si permette di citare soltanto il seguente esempio: l'alluvione ha colpito nell'agosto del 1966 in maniera*

*particolare la val Pusteria. Noi sappiamo che a Monguelfo è straripato il torrente Casies ed ha seriamente messo in pericolo il paese. Anche un gruppo di vigili del fuoco permanenti ha eseguito un intervento, ma solamente per alcuni giorni, ed hanno lasciato all'hotel un vero e proprio conto per l'alloggio ed il vitto. Che cosa poteva fare altro il Comune che pagare il conto per l'intervento di tre giorni di quindici vigili del fuoco permanenti, vale a dire più di 100.000 L. Io penso che soltanto questo esempio ci mostri quanto sia prezioso il lavoro che prestano i nostri vigili del fuoco volontari.*

*Ancora una cosa signor Assessore. Più di un anno fa ho chiesto a lei di voler modificare anche la legge regionale del 21 gennaio 1963 n. 2. In base a questa legge vengono concessi ai corpi dei vigili del fuoco volontari dei contributi per la loro amministrazione ordinaria. E qui sono previsti due sistemi: i corpi antincendi ricevono una quota fissa di 100.000 L., che viene pagata ai corpi dei vigili del fuoco volontari e, inoltre, essi ricevono una quota pro capite per la popolazione che vive nella propria circoscrizione comunale. Tale quota pro capite però non viene versata direttamente ai corpi dei vigili del fuoco volontari bensì ai Comuni, e questi hanno l'incarico di dividere questo contributo fra i corpi dei volontari del loro Comune. Negli ultimi anni abbiamo spesso riscontrato delle difficoltà nella ripartizione delle dette quote pro capite: una volta perché i comuni non avevano a disposizione mezzi liquidi e si servivano di questi per coprire altri loro debiti; motivo per cui detti corpi spesso dovevano attendere a lungo il pagamento da parte dei Comuni e spesso c'erano delle difficoltà anche per altri motivi. Perciò ho chiesto a lei, di versare anche questo contributo direttamente ai corpi dei volontari. Per poterlo fare però si deve modificare*

la relativa legge regionale. Il procedimento sarebbe molto facile: si sa quanti abitanti ha un comune. Lo stesso prende una delibera e stabilisce la quota pro capite. La delibera viene trasmessa alla Cassa antincendi e quindi le quote pro capite vengono pagate ai singoli corpi dei vigili secondo il numero della popolazione. Ciò sarebbe molto facile, però fino ad oggi questa legge non è stata ancora modificata. A mio avviso queste due leggi dovrebbero venire inserite nel cosiddetto programma legislativo della Giunta regionale.

In occasione delle calamità atmosferiche abbiamo osservato ancora un'altra cosa. Signor Assesore, Lei sa che i corpi dei vigili del fuoco volontari dell'Alto Adige quattro o cinque anni fa hanno comperato degli apparecchi radioricetrasmittenti. In seguito è stato loro vietato di servirsene — probabilmente per motivi politici. Da quattro anni preghiamo la Giunta regionale di intervenire in modo che il Ministero competente autorizzi i corpi dei volontari ad usare tali apparecchi. In fin dei conti non può succedere niente; si tratta di determinate lunghezze d'onda, che messe a loro disposizione possono venire controllate in qualsiasi occasione. Non occorre temere che si possa abusare di questi apparecchi radioricetrasmittenti. Se vengono già concessi ad altre unioni e associazioni — prendiamo per esempio il soccorso alpino, se vengono concessi ai corpi permanenti ed anche nel Trentino — perché non dovrebbero usarli anche i corpi dei vigili del fuoco volontari? A questo proposito potrei citare per esempio che noi, come amministrazione provinciale, particolarmente nell'agosto del 1966 per quasi due giorni non eravamo in grado di ricevere delle notizie dalla val Pusteria, perché tutte le linee telefoniche erano interrotte. Ognuno può immaginarsi che cosa significhi ciò per una ammi-

nistrazione che dovrebbe intervenire al più presto possibile. Qualora fossero stati lasciati ai corpi dei volontari tali apparecchi radioricetrasmittenti, allora sarebbe stato diverso: si avrebbe potuto stabilire un collegamento radio. Ma purtroppo devo dire che in questo campo non è stato fatto nulla. Se già si equipaggia il soccorso alpino e si concedono licenze ai radioamatori, per quale motivo non anche ai corpi dei volontari? Anche in questo campo si dovrebbe prendere una iniziativa.

Vorrei fare ancora brevemente alcune considerazioni sui lavori pubblici. Suppongo che nel programma della Giunta regionale sia previsto il rifinanziamento della legge n. 17 che stabilisce la concessione di contributi in conto interessi anche se questo non è stato detto esplicitamente nelle dichiarazioni della Giunta regionale. Questo rifinanziamento della legge è assai modesto, perché la Regione ha messo a disposizione per ciascuna provincia soltanto 50 milioni. Vorrei pertanto rivolgere una preghiera anche alla Giunta regionale: e cioè, di voler riesaminare la possibilità di mettere a disposizione mezzi aggiuntivi per l'attuazione di lavori pubblici. Come lei sa, la Giunta provinciale di Bolzano su desiderio della Giunta regionale si è dichiarata disposta di cedere un'ammontare per l'anno 1967 in base all'art. 70, di modo che si abbiano più mezzi a disposizione per l'attuazione dei lavori pubblici. Però anche la Giunta regionale dovrebbe erogare una somma piuttosto rilevante dai propri fondi.

Ed ora passo ai danni alluvionali. Come lei sa, in base alla legge nazionale è stato assegnato alla Regione il contributo necessario per il ripristino delle opere pubbliche, che sono state danneggiate dall'alluvione, perché in base all'art. 88/bis essa ha la primaria competenza in questo settore. Questi fondi sono previsti al fi-

ne di ripristinare gli edifici comunali e provinciali danneggiati dall'alluvione. Anche la Regione ha dato ora degli ordini ai Comuni ed alle Province, vale a dire li ha invitati di presentare i progetti, di modo che si possa iniziare con i lavori. Questi ordini — e lo devo dire — presentano moltissime lacune. Essi dovrebbero venire integrati in un prossimo futuro. I Comuni sono stati incaricati ed anche le Province — per queste risulta più facile perché dispongono di propri uffici tecnici —, di far elaborare questi progetti senza indicare però con quali mezzi potrebbero coprirne le spese. In seguito a questa circolare i Comuni hanno preso delibere, incaricando liberi professionisti con l'elaborazione dei progetti. Purtroppo queste delibere hanno dovuto venire annullate da parte dell'organi di controllo, perché nell'esercizio finanziario del Comune non era prevista la copertura. Per questo motivo è molto importante di trovare il modo che i Comuni possano ricevere i mezzi occorrenti che sono così importanti per la progettazione nonché per l'attuazione dei lavori di ripristino. Non posso immaginarmi, come i Comuni potrebbero indire un appalto di lavori se nell'esercizio finanziario del Comune non è prevista anche la relativa copertura. In base all'attuale legislazione una tale copertura è assolutamente impossibile e inammissibile. Perciò si deve trovare una via d'uscita, altrimenti corriamo il pericolo che si possano iniziare i lavori di ripristino appena durante il periodo estivo e autunnale. Naturalmente è anche necessario — e ciò non dipende soltanto da noi — che il contributo concesso dal Ministero venga effettivamente assegnato alla Regione. Durante l'incontro con il Ministro per i lavori pubblici On. Mancini, a Trento, ho colto l'occasione per accennare a questo problema e per ribadire che in un prossimo futuro si debba

assegnare alla Regione effettivamente questo contributo; e che è necessario approvare il relativo decreto, di modo che si possano inserire sin d'ora i fondi nel bilancio regionale. Perché se noi adottiamo un'ulteriore modifica del bilancio, allora sappiamo tutti quanto tempo durerà finché si possa iniziare con i primi lavori, vale a dire finché si possano stanziare i primi fondi. Per questo la mia insistente preghiera alla Giunta regionale, di voler studiare la via giusta, affinché si possa incominciare effettivamente ancora in primavera con i lavori di ripristino, perché come è oggi la situazione, non si possono iniziare i lavori, anche se il Comune o la Provincia hanno già approntato i progetti, perché i mezzi non sono ancora a disposizione. Vorrei concludere con questo il mio breve intervento. Mi riservo di parlare durante la discussione articolata ancora di un'altro problema, perché mi sto accorgendo che sono passate le ore 18.30 e non vorrei far perdere ai miei colleghi altro tempo. Perciò parlerò dei problemi restanti durante la discussione articolata.)

PRESIDENTE: La seduta è sospesa. Proseguiamo alle ore 20. Prego di essere puntuali.

(Ore 18.35).

Ore 20.15.

PRESIDENTE: La seduta riprende.

La parola all'on. Carbonari.

CARBONARI (A.C.A.): Avrei voluto parlare domani, ma dal momento che mi ha dato la parola parlerò questa sera.

Signor Presidente, egregi colleghi, sarò brevissimo. Ho ascoltato con la migliore attenzione l'intervento del collega dott. Molignoni,

il quale ha espresso delle idee, alle quali, in parte, dovrei aderire. Il discorso del dott. Jenny mi pare interessante e meritevole di essere attentamente meditato, perché esprime il pensiero di una buona parte dei cittadini tedeschi e ladini. Egualmente il discorso del dott. Brugger, il quale, a mio avviso, rappresenta sinceramente e in forma moderata e conciliante, i sentimenti e le idee della maggioranza dei gruppi etnici tedesco e ladino.

Egregi colleghi, voi conoscete dai miei interventi in tema di autonomia regionale, quale è il mio pensiero. L'appello alla pace, espresso da mons. Gargitter, capo della diocesi di Bolzano e Bressanone, è stato rilevato con favore dal Presidente della Giunta regionale e anche dal collega Brugger, il quale lo ha interpretato come rivolto a tutti i gruppi etnici e anche ai rappresentanti dell'autorità statale, dai quali evidentemente dipende, in linea principale, la creazione di un clima di pace. Sottoscrivo volentieri la dichiarazione dell'egregio collega dottor Brugger, che la S.V.P. è d'accordo col dott. Dalvit, nell'opinione che la soluzione del problema nostro dipende anzitutto da noi stessi, perché nessuno può sostituire la volontà di collaborare da ambo le parti. Non c'è niente che possa sostituire la reciproca fiducia, la reciproca e concorde intesa. Sono più di dieci anni che io penso sarebbe utile, conveniente e necessario un colloquio fra gli uomini di buona volontà e rappresentanti della Regione, rispettivamente delle due Province. Un gruppo di uomini decisi a varare un regolamento o un complesso di norme, volte a tradurre in pratica i grandi e universali principi dell'*honeste vivere neminem laedere unicuique suum tribuere*. Sono convinto che la grande maggioranza di tutti i gruppi etnici sarebbe favorevole a tale pensiero. Così la questione della scuola, della industria, della residenza, della proporzionale

etnica, ecc.; la questione dell'integrazione, della quale ha parlato così valorosamente la signora Menapace. Con decisioni di buona volontà potranno essere composte o avvicinate a composizione tutte le divergenze.

Egregi colleghi, ricordiamoci che ogni uomo ha un mondo, tutto il mondo; nell'universo fisico non c'è nulla che valga più dell'uomo. E noi abbiamo tutti il dovere di lavorare per il popolo, che è un complesso di uomini, per il popolo, per tutto il popolo della regione e delle due province, perché tutto questo popolo ha una grande sete di verità, di giustizia e di pace. Cerchiamo di soddisfare questa inestinguibile sete di giustizia, di verità e di pace, con la creazione di un vero sistema democratico, nel quale chi più ha più deve dare, chi non ha deve essere aiutato; nel quale tutti i cittadini sono uguali in diritti e doveri, e nel quale i più poveri e i più umili si sentano onorati, considerati e rispettati nella propria dignità personale e come eguali nella libertà e nella dignità ai più benestanti, in un clima di vera fratellanza cristiana.

Non posso terminare, senza ricordare quello che ci disse il nostro maestro Alcide De Gasperi, quando parlava a Trento, nel 1947, il giorno 20 luglio: « Gli abitanti dell'Alto Adige possono stare tranquilli; noi manterremo la parola data, nei limiti che l'abbiamo data, con quelle realizzazioni che sono possibili, perché essi abbiano una vitalità più assicurata, salvaguardando i diritti fondamentali etnici. Noi non torneremo più indietro. Noi non daremo mai la sensazione di voler fare italiani quelli che sono tedeschi; lasceremo loro la libertà, rispetteremo i loro costumi e la loro scuola ». Questo è l'impegno d'onore, che abbiamo voluto quando ci trovavamo in posizione diversa. Questo lo manterremo oggi, che abbiamo in mano il potere della maggioranza. Pe-

rò noi chiediamo ai confratelli — uso questa parola — ai confratelli tedeschi altrettanta lealtà. Questa parola « confratelli » io la sento in tutta la mia anima e la condivido, perché dobbiamo essere anzitutto cristiani. Questa era la direttiva degasperiana. E mi duole dover rilevare che i trentini, che avevano in mano il potere regionale e buona parte della stampa quotidiana, non sono intervenuti convenientemente per difendere i sacrosanti diritti etnici e la vostra libertà, i vostri diritti fondamentali etnici, i vostri costumi, i vostri diritti scolastici. Così è avvenuto che il nazismo e il fascismo hanno rialzato il capo e hanno tormentato e tormentano ancora la vita dell'Alto Adige. Auguro che si avvicini il giorno in cui la Regione sia il baluardo di due province autonome e che i confratelli allogeni si sentano e siano cittadini pacifici e soddisfatti e solidali coi trentini a difendere la regione, tutti i suoi diritti di autonomia, assieme ai diritti delle due province e ai diritti della vera democrazia.

PRESIDENTE: La parola al cons. Sembenotti.

SEMBENOTTI (P.P.T.T.): Devo anzitutto notare che dopo ormai alcuni anni, troppi anni, si parla ancora, e logicamente, del problema dell'Alto Adige, tanto è vero che di bilancio qui si è parlato molto poco. Si è parlato di questo problema, che indubbiamente è il problema principe, il problema politico principale, tanto è vero che, se non saremo capaci di risolvere questo problema entro breve termine, chissà dove andrà a finire l'autonomia regionale, proprio perché, attraverso questi anni, finché il problema dell'Alto Adige tiene banco, sempre meno i consiglieri e la popolazione seguono lo andamento vivo di questa autonomia. Purtroppo il problema è ormai fuggito da questa sede; è fuggito dalle competenze, che non ha mai avuto, ma comunque dalla discussione attiva di

questo Consiglio, per trasportarsi altrove. Non si è stati capaci di trattenerlo, di risolverlo qui, ossia l'accordo diretto fra trentini e altoatesini di lingua tedesca non è intervenuto; l'accordo che era stato, se non erro, auspicato da più parti al sorgere di questo problema. Doveva essere risolto qui, perché qui son rappresentate tutte le popolazioni della provincia di Trento e della provincia di Bolzano. Avranno interessi discordi su molti punti e interessi comuni su tanti altri punti, perciò doveva e si poteva risolvere qui. Purtroppo il fatto è che questo problema è diventato nazionale, quindi successivamente addirittura internazionale, la discussione è diventata sempre più ampia e ciò che prima poteva risolversi con poco, adesso si risolverà con qualcosa di sempre più grande. Detto ciò, tutte le discussioni che noi facciamo qui in Consiglio regionale, sono pressappoco discussioni accademiche, proprio perché hanno poca influenza sulla risoluzione di questo problema, essendo addirittura internazionalizzato. Vorrei però che qui si dicesse anche qualcos'altro: che il problema, il cosiddetto problema altoatesino, del quale oggi siamo riusciti a sapere il contenuto del famoso pacchetto, non è solo problema altoatesino, è problema anche trentino; è problema trentino perché investe tutta la regione Trentino-Alto Adige. Il pacchetto riguarda il territorio della provincia di Bolzano, il gruppo etnico tedesco, e i trentini sono anch'essi interessati all'autonomia regionale; fanno parte integrante di questa autonomia attualmente e anche nello Statuto di autonomia, legge costituzionale dello Stato italiano. Mi domando: questa apatia, questo essere tagliati fuori come trentini dalla trattativa, è forse colpa della Giunta? Perché siamo ignorati? Io direi, senza timore di smentirla, che questa è, se non colpa, almeno una negligenza della Giunta, e dico questo perché la Giunta è composta degli stessi partiti,

che hanno i rappresentanti e la maggioranza, sia in questa sede, come al governo nazionale. Perciò se questo problema deve essere affrontato, poteva essere affrontato e anche risolto. Questa è la mia convinzione.

Ho sentito qui, da molte parti, far la storia dell'autonomia, la storia dell'Alto Adige, rammentare quello che è successo venti-trentacinquant'anni fa, cent'anni fa. Io direi che queste cose devono essere superate, proprio per non palleggiarsi colpe che, se colpe esistono, esistono comunque di coloro che erano alla guida dell'Italia cinquant'anni fa e che forse ora non ci son più; comunque la maggioranza sarà cambiata. Il problema è attuale, deve essere discusso e affrontato su basi attuali, non quelle di vent'anni fa o di cinquant'anni fa o oltre addirittura. La soluzione deve essere affrontata, come ho detto, vedendo la situazione attuale. Io non mi dilungo oltre, perché quanto viene detto qui, sono pressappoco delle parole accademiche, essendo il problema sfuggito ormai a questa sede e alla competenza, se di competenza si può parlare, della Regione Trentino-Alto Adige.

Volevo dire qualcosa a proposito di agricoltura. Nel bilancio della Regione il bilancio dell'agricoltura non è affrontato, a mio modo di vedere, con lungimiranza e con basi sostanziose. È il problema principale della nostra economia ed è quello sul cui sviluppo noi possiamo basare lo sviluppo dell'economia intera della nostra regione. Questo problema però, da risolversi e da studiarsi, non è solo da studiarsi e da risolversi su base regionale, ma anche su base nazionale. Rammento qui per inciso che, per esempio, nel 1966, il disavanzo della bilancia commerciale italiana è dovuto per 478 miliardi al disavanzo del settore agricolo per impostazione di materie interessanti l'agricoltura, il settore agricolo alimentare. Perciò que-

sto problema doveva essere affrontato, prima che su questi banchi, anche da altri banchi. Comunque noi discutiamo qui nel Consiglio regionale e dobbiamo per lo meno impostarlo da noi. Non voglio dire che servono contributi per gli innumerevoli rami della nostra economia agricola, ma voglio invece dire ciò che ebbi già a dire nella discussione del penultimo bilancio, l'ultimo bilancio al quale io ho partecipato, che l'ente pubblico, Stato prima di tutti, Regione e altri enti anche parapubblici, devono affrontare il problema dell'agricoltura su basi concrete e generali, in una visione nuova per gli italiani, una visione nuova quale la vedono gli altri paesi del MEC, per non uscire da questi paesi, l'agricoltura deve essere considerata come attività di interesse generale, di interesse pubblico, e come tale deve venire aiutata; l'aiuto non deve venire al singolo agricoltore, quale entità a sè, staccata magari.

Di programmazione si è tanto parlato, però nel settore agricolo ancora la programmazione è di là da venire. Il contributo deve riguardare tutto un settore, tutti gli operatori di questa determinata attività economica. Vanno prese delle decisioni e iniziative da parte dell'ente pubblico, diverse da quelle prese fin qui. Il primo Piano Verde, per esempio, a giudizio degli economisti, non ha dato l'esito desiderato; basti ricordare che quando si discuteva di esso la prima volta, sembrava che fosse il rimedio n. 1, l'unico rimedio, il fondamentale rimedio, quello che risana il settore dell'agricoltura. Ebbene, adesso si sta trattando del 2° Piano Verde, perché si dice che il primo non ha fatto niente, almeno non ha dato ciò che si sperava che desse. Io noto ancora il disavanzo della bilancia commerciale, per quanto riguarda il settore agricolo, è in continuo aumento tutti gli anni, il che vuol dire che anche l'intervento del Piano Verde, i 500 miliardi

del Piano Verde, e probabilmente, se andrà, così, anche quelli del secondo Piano Verde, daranno lo stesso frutto. La nostra regione sta aspettando e promettendo e sperando che l'avvento del secondo Piano Verde risani almeno la nostra economia. C'è una carenza di iniziativa propria autonoma della regione; l'andamento di sempre, il solito tran-tran, diverso da quello che doveva essere. La regione ha competenza primaria in agricoltura, e non ci sembra giusto dover attendere il secondo Piano Verde e applicarlo con le basi e con i criteri coi quali questo Piano Verde viene ispirato dal centro. Vogliamo eventualmente poterlo applicare noi, Regione Trentino-Alto Adige, in modo da poterlo adeguare e ambientare secondo le esigenze della nostra agricoltura.

Un accenno a quanto è stato detto qua, a proposito di entrate della Regione. Io devo lamentare la insufficienza comunque del bilancio della Regione. Insufficienza perché, finché dal lato pratico vediamo dagli uffici della Regione respingere domande o dover troncane le leggi e dire: d'ora in poi su questa legge non si danno più contributi, non si accettano domande, perché non esistono più fondi — e mi sembra che quasi tutte le leggi regionali sono alla stessa condizione — noi non dobbiamo dire che tutto va bene, ma dobbiamo dire di aver risolto o impostato la risoluzione dei problemi della nostra economia, della nostra gente. Finché esiste l'esodo — necessario, perché è quasi tradizionale, purtroppo però esiste — il fenomeno dell'emigrazione, noi non dobbiamo e non possiamo dire che tutto va bene e che i problemi sono in via di risoluzione. Io do atto alla Giunta di essere stata capace di aver acquisito il miliardo in più sull'art. 60, e va bene, però direi che non bisogna fermarsi, perché le necessità sono ben maggiori del miliardo in più, del decimo in più dell'anno precedente; decisamente maggiori.

Sono state avanzate da qualcuno delle preoccupazioni a proposito di indebitamento dello Stato. Si dice: non graviamo troppo sullo Stato, perché lo Stato è già gravato di debiti e non può fronteggiare la nostra situazione, non può esaudire le nostre richieste. E va bene; anche questo è un discorso valido, però io dirò un'altra cosa: oltre ai 1164 miliardi già menzionati, che sono il deficit ufficiale del bilancio dello Stato, c'è il deficit delle ferrovie, poste e monopoli, per cui il deficit del bilancio dello Stato nel 1967 sarà di 1560 miliardi. Ciò detto, i 5 o i 10 miliardi in più per la Regione Trentino-Alto Adige, non sono quelli che sbilanciano senz'altro lo Stato italiano. Se la lira avrà un tracollo, lo avrà non certo per la troppa esigenza della Regione Trentino-Alto Adige. Perciò il fatto di non ricevere, è un discorso, ma il fatto di non chiedere, è un discorso ben diverso. E su questo io chiamo la responsabilità della Giunta.

Ecco perché noi non possiamo essere d'accordo con un bilancio che, signori, in definitiva, come è già stato detto dal mio collega di gruppo, dott. Pruner, è un bilancio troppo ordinario. Il miliardo in più è qualcosa di necessario per sanare qualche caso in più, ma è poco, molto poco. Ci vorrebbe qualche cosa di straordinario, come il piano di rinascita, lanciato nella Sardegna, ad esempio, lanciato e ottenuto; ma finché qui non si lancia non si otterrà. Bisognerà comunque cercare il sistema di trovare e far venire nella voce « entrata » della Regione, qualcosa di più sostanzioso.

Finché non avremo sentito dal Presidente un impegno in questo senso, noi non possiamo essere d'accordo col bilancio presentato.

PRESIDENTE: Chi prende ancora la parola sulla discussione generale? Nessuno. La

discussione generale è chiusa con l'intervento del Presidente Dalvit.

La parola al Presidente della Giunta.

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Nel lungo dibattito sul bilancio di previsione 1967 — io li ho segnati, qualcuno di voi forse lo avrà fatto per conto suo — gli interventi sono stati esattamente trenta; quello del cons. Sembenotti è il trentesimo. Quindi possiamo ben dire che il Consiglio regionale ha largamente partecipato alla discussione generale. È anche vero che il tono e l'ampiezza degli interventi hanno spaziato particolarmente sui temi che la relazione iniziale del Presidente aveva sottoposto all'attenzione del Consiglio, mentre penso che il riferimento alle politiche di settore, potrà essere utilmente fatto nella discussione articolata del bilancio. Quindi mi incombe l'obbligo, iniziando questo mio intervento — che evidentemente vuole avere carattere più formale che non sostanziale di conclusione, dato che la natura e la portata dei temi sicuramente ci troveranno ancora impegnati nei nostri motivi di meditazione, di discussione, di scambio di idee ancora per il futuro — nel mentre concludo — dicevo — desidero porgere un sincero ringraziamento ai signori consiglieri che sono intervenuti, per il contributo che hanno arrecato alla conoscenza, per il contributo di valutazione degli alcuni principali problemi all'attenzione della nostra Regione. Il ringraziamento è doveroso anche verso la stampa, che in questo *tour de force* ci è stata particolarmente vicina e che ha seguito con attenzione i nostri dibattiti.

Io vorrei seguire in questo mio intervento, l'ordine che ho seguito nella relazione, trattando una serie di argomenti. Lascierò per ultimo il problema dell'Alto Adige, perché è quello che ha interessato maggiormente soprattutto

la giornata di oggi, prendendo invece in esame gli interventi dei signori consiglieri che hanno trattato più principalmente della situazione politica, della situazione economica, della programmazione, del programma legislativo, della legge delle aree depresse, il tema delle alluvioni. Ripeto, sui singoli temi, sui temi specifici, risponderanno gli assessori regionali, a seconda delle rispettive competenze; quindi io mi soffermerò soltanto sugli argomenti che ho testè elencato. Cercherò di rispondere un po' a tutti. Questa mia replica desidererei non fosse giudicata pignolesca, ma, nei limiti del possibile, cercherò di rispondere agli intervenuti; e se omettessi qualche cosa o qualcuno chiedo venia, perché l'impegno non è stato da poco. Io penso che, per quanto concerne la situazione politica, quella parte di considerazioni che avevo fatto oggetto di questo titolo nelle mie dichiarazioni, comporti innanzitutto un ringraziamento da parte della Giunta verso i partiti di maggioranza, per le manifestazioni espresse attraverso i rappresentanti dei gruppi qui in Consiglio, manifestazioni di fiducia, e richiesta ancora, costante — che va al di là dei partiti che appoggiano la Giunta, e si estende anche agli altri — di ricercare assieme l'attuazione degli accordi, l'attuazione delle intese, l'attuazione dei programmi. Se posso fare un'osservazione di carattere generale, dirò questo: anche se la forma talvolta può essere stata in contrasto con quello che io vado affermando, dobbiamo dare la colpa di questo ai temperamenti. Posso assicurare tuttavia che la Giunta, nell'intenzione di tutti, non ha mai cercato di dar luogo a solchi o divisioni. Cerchiamo di rispettare al massimo le regole democratiche, che costituiscono per noi un impegno fondamentale, al quale non intendiamo venire meno. Questo sarà tanto più facile, quanto più saremo aiutati non solo dai partiti che ci appoggiano, ma anche dai par-

titi che sono nella minoranza e che sono all'opposizione.

Il cons. Pruner — e in questo, in parte, questa sera, il cons. Sembenotti — ha affermato che la Giunta non difende le prerogative autonomistiche. Ora io dico subito che questa affermazione non mi sembra accettabile. La difesa dell'autonomia non avviene solo, come talvolta si afferma, battendo i pugni sul tavolo o con gesti clamorosi, con atteggiamenti di separatismo; direi che l'autonomia si difende prevalentemente attraverso l'esercizio costante e ponderato delle competenze legislative ed amministrative che ci sono affidate. Le autonomie locali hanno possibilità di affermarsi e di espandersi, in quanto dimostrano di essere strumenti capaci di far progredire, di essere efficienti nello amministrare, non roccaforti soltanto di campanilismi vecchi o nuovi o soltanto di tradizioni magari superate. Evidentemente dobbiamo cercare, noi, titolari di questo potere, delle forme di collaborazione nella moderna società italiana, nel moderno stato italiano, nello Stato italiano di oggi, in una realtà che deve, se siamo dei politici, vederci prenderne atto ed inquadrarci in essa. Realtà della società italiana, realtà dell'Europa, alla quale siamo stati invitati. Signori noi parliamo di Europa da anni, qui. Evidentemente l'Europa non è soltanto una meta ideologica, ma rappresenta largamente un contenuto anche economico e speriamo un giorno anche politico.

La Regione ha cercato (può darsi che qualcuno non concordi con questa mia affermazione) ha cercato di essere viva. Molte volte questo sforzo non è stato capito. Io posso però affermare che in molti casi le istanze autonomistiche hanno conseguito lusinghiere affermazioni. Direi che il riconoscimento nella stessa legislazione statale — gli esempi potrebbero essere più di uno — del ruolo delle Regioni e

delle province autonome rappresenta un dato di fatto positivo di questo nostro operare e per la affermazione delle prerogative dell'autonomia. Quando parlo di prerogative dell'autonomia, signori miei, io non faccio distinzioni fra Regioni e Province, io non sono stretto nel campanile della regione. Per me l'autonomia — ed è il concetto che evidentemente deve penetrare anche nella nostra volontà, oltre che nei nostri stati di convinzione — è un fatto che non guarda all'ente singolo, Provincia o Regione; è un fatto di costume, è un fatto di metodo amministrativo, naturalmente poggiato sulla legge.

Si è affermato da varie parti, che c'è una crisi nella maggioranza, contrasti interni, ecc.; per la verità l'anno scorso questo era stato uno dei cavalli di battaglia nella discussione del bilancio della regione; quest'anno il tema è stato esposto più in sordina; forse questo vuol dire che la convinzione in questi argomenti è scemata negli stessi oppositori. Globalmente la attività della Regione, si è svolta in un clima di accordo, di collaborazione fra i partiti della coalizione. Evidentemente non mancano punti di vista diversi, ma ciò è inevitabile, quando si governa tra partiti con ideologia diversa. E questo non appartiene né alla malfede, né alla cattiva volontà di nessuno. Noi affermiamo che la fedeltà agli impegni programmati è rimasta ferma, come è rimasta ferma agli ideali più generali di libertà, di democrazia, di autonomia, che sono stati posti a fondamento delle nostre azioni. Il cons. de Carneri, parlando delle autonomie, ha particolarmente insistito sul tema della compressione delle autonomie da parte dello Stato. È un tema di indubbia importanza, ed è un tema che preoccupa anche coloro che sono chiamati, in altra posizione, ad amministrare e a salvaguardare questo rispetto delle competenze autonomistiche. Non possiamo con-

dividere il giudizio, completamente negativo e pessimistico del cons. de Carneri, ma non possiamo negare — e questo lo possiamo affermare tranquillamente — che in sede statale, non sempre le competenze regionali sono state pienamente rispettate. L'arrivo del cons. Ceccon impone un momento di silenzio, perché ascoltiamo il dialogo che si sta svolgendo alle mie spalle.

AGOSTINI (P.L.I.): (*Interrompe*).

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Va be', ma scusa se sono qua che parlano . . .

(*INTERRUZIONE*)

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): È stato criticato anche il metodo col quale seguono le leggi, l'iter di formazione delle leggi stesse, il continuo esame dei disegni di legge statali. Mi rendo conto che molte volte tale procedere può apparire affannoso, molte volte lo è, per la verità, questo iter di formazione delle leggi prima negli uffici legislativi, poi presso i singoli ministeri, quindi a livello presidenza e coordinamento al Consiglio dei Ministri, poi alla Camera o al Senato, in commissione prima, poi in aula. D'altra parte io non trovo altri sistemi; ho visto che i voti che noi abbiamo fatto han fatto, in molti casi, la fine che han fatto ed hanno portato risultati relativi. Quindi direi che rimane ancora questo impegno a tutti i livelli; quindi l'appello che noi molte volte abbiamo rivolto ai deputati, ai rappresentanti della nostra terra, di qualsiasi movimento politico, ecc., essi fossero; di seguire, di fare, di proporre, di sostenere, appoggiare il nostro punto di vista, è apparso ancora oggi, nello stato di procedura, nella formazione delle leggi statali, la formula migliore.

Io debbo dire, tuttavia, che abbiamo avuto dei buoni risultati, per quanto riguarda l'inserimento nel CIP, il Piano Verde, le leggi post alluvionali, la legge della programmazione.

Direi che continueremo su questa strada, con la collaborazione di tutti i parlamentari della Regione se questo sarà possibile. Preciso però che se il Consiglio desiderasse esprimersi, attraverso un voto, attraverso leggi-voto, non è che questo mio scetticismo mi porti a dire che siamo pregiudizialmente contrari, tutt'altro. Caso per caso esamineremo le cose; questa è un'alta sede, nella quale è giusto che si prendano atteggiamenti, orientamenti e si esprimano prese di posizione per determinati argomenti; il mio scetticismo nasce da una valutazione statistica, che del resto è già stata fatta e che non è sempre confortante. Nei confronti dello Stato siamo andati alla Corte costituzionale, abbiamo difeso in diverse circostanze i nostri punti di vista. Queste sono le strade democratiche, che il regime democratico ci offre, e d'altra parte io torno a dire che il maturarsi di una coscienza autonomistica in Italia, a me pare piuttosto lento. Penso che la riforma dello Stato ci offrirà un'occasione per valorizzare le autonomie locali, se esse si presenteranno efficienti e come strumenti di buona amministrazione. Ancora sul piano politico generale il cons. Ceccon ha rivolto come sempre un intervento molto critico, fortemente critico; ha detto, fra l'altro, che siamo di fronte al fallimento di una politica, al fallimento degli istituti . . .

MITOLO (M.S.I.): (*Interrompe*).

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): . . . Be', quello ce lo godremo un'altra volta. Ma evidentemente questa è sempre una posizione che è più vicina al disfattismo che non a qualche positiva speranza di progresso, evidente-

mente. Non è nuova nell'atteggiamento, nel modo di ragionare del collega Ceccon. Se noi andassimo a vedere certe profezie, fatte anche da lui, se non avessimo resistito ed operato l'attività dell'ente regione sarebbe tutt'altra cosa; ci troveremmo in situazioni ben più gravi, io penso. Insomma è così; l'exasperazione (anche garbata e simpatica peraltro nella forma), della situazione, non contribuisce a far andare avanti le cose al progresso; finisce così, per isterilirsi. Un atteggiamento di critica che è indiscriminata, ma che non produce. Questo, potrà essere un giudizio globale eccessivamente di sintesi, però ne ho sentiti tanti sul nostro lavoro: mi sia consentito di farlo anche a mia volta.

Debbo dar atto al cons. Vinante per le considerazioni da lui svolte sulla attività della Giunta, che sono state apprezzate per l'ampiezza della motivazione e per la ispirazione costruttiva delle stesse. Naturalmente ci sono state osservazioni e proposte di dettaglio nel suo intervento, ed esse faranno capo alle risposte o alle dichiarazioni dei singoli assessori.

Il cons. Gouthier ha fatto una disamina piuttosto pessimistica, catastrofica della nostra situazione economica regionale, e lui probabilmente dirà: l'ho fatta realistica. Io desidero dire questo: che la Giunta regionale non ha mai nascosto — è stata anzi criticata per il contrario — che la nostra situazione economica non sia brillante. Abbiamo sempre affermato che vi sono zone depresse, che l'industrializzazione non è soddisfacente, che persistono gli squilibri di settore, ma però non dobbiamo negare che in questi anni si son fatti progressi anche notevoli e che ci sono premesse, speranze per un ulteriore graduale miglioramento della stessa situazione. Gli interventi ordinari e straordinari dello Stato, della Regione, di altri enti pubblici, l'iniziativa privata, se coordinati e ben diretti, riteniamo potranno, nei prossimi

anni far procedere ancora verso una elevazione del reddito, una diminuzione della disoccupazione e della depressione di certe zone del territorio regionale. Sono gli obiettivi fondamentali posti alla nostra azione nel campo economico e sociale. Ci è stato detto che la legge per le aree depresse risolverà ben poco. Mi rendo conto che io stesso, nella mia relazione, avevo messo in luce più l'aspetto della carenza di fondi di questa legge, più che non gli aspetti positivi relativi a quanto potrà spettare a noi. Noi abbiamo ipotizzato — sulla 614 — l'erogazione di 10 miliardi in 4 anni; questi 10 miliardi a vario titolo, evidentemente, qualche cosa produrranno, senza con ciò dire che risolveranno tutti i problemi, perché nessuno, questo, non solo lo ha mai detto, ma non lo ha nemmeno pensato. È vero anche che nemmeno il II piano verde e la nuova legge della montagna, non risolveranno tutti i nostri problemi. Evidentemente però costituiranno un notevole contributo per il miglioramento della nostra situazione economica.

Al cons. Odorizzi un ringraziamento per il pregevole intervento sulla situazione economica regionale e per l'apprezzamento che egli ha avuto nei confronti della Giunta. Noi condividiamo il suo invito a usare nei riguardi dello Stato, insieme alla ferma difesa delle nostre competenze, un metodo, non di rivendicazione, ma di giusta richiesta. Mano a mano che si va avanti, e la realtà del paese — economica e sociale — è statisticamente conosciuta ed illustrata da dati di fatto obiettivi, sempre meno noi pensiamo, sarà consentito alle forme clientelari di affermarsi e di fare la politica; sempre più si va verso forme razionali di investimento e di spesa nel bilancio dello Stato. È vero che il problema del contenimento della spesa pubblica è assai grave; quando noi pensiamo poi ai bilanci dei comuni deficitari, indubbiamente ci tro-

viamo di fronte a temi che fanno preoccupare. Un accenno solo al nostro bilancio per dire che è, a nostro giudizio, nel limite di sicurezza. Noi dobbiamo preoccuparci del nostro bilancio innanzitutto, ed evidentemente per quanto concerne il resto delle considerazioni dell'avv. Odorizzi — che ritengo molto valide — secondo me vanno inquadrare nelle prospettive di una politica di programmazione, che non potrà prescindere dalla situazione debitoria di taluni settori dell'attività di enti pubblici in Italia — a cominciare dai Comuni — come pure al settore dei costi sociali, ecc.; sono temi questi, che gradualmente il Paese dovrà affrontare. Il cons. Odorizzi ha parlato dell'Istituto di credito; su di esso potrà riferire l'assessore. Una parola sulle società finanziarie, e desidererei chiarire subito circa l'invito di cambiare una parola, nella formula: « disponibile per partecipare ». No, diceva l'avv. Odorizzi: « promuovete la finanziaria ». Io debbo dire questo: penso che l'assessore all'industria avrà modo di occuparsi in dettaglio del tema; tuttavia la ricerca della creazione di questo ente o di questi due enti, negli anni scorsi è avvenuta e questo nostro lavoro può essere documentato: ma non è che abbiamo trovato l'appoggio sufficiente degli enti interessati, soprattutto nei settori bancari; è bene che le diciamo queste cose. Resta vero tuttavia che il tema è aperto e che quello che non si è fatto in passato, può essere sempre fatto nel futuro. Quindi è discorso che rimane aperto.

Programmazione: anche qui debbo ringraziare, perché questa volta al tema è stata dedicata particolare attenzione. Il cons. Gauthier, dice: bisogna approfondire i temi della programmazione economica, anche in relazione alle competenze urbanistiche provinciali. Siamo perfettamente d'accordo. Da alcuni anni noi si parla di questi argomenti, e la

relazione annuale del programma propone questi temi ed espone sempre l'atteggiamento della Giunta. Ritengo che della cosa si dovrà parlare ancora; ed il Consiglio farà valutazioni complessive sui temi proposti alla propria attenzione. Naturalmente in questo campo essere generici è estremamente controproducente o direi, comunque, improduttivo. La Giunta, globalmente ha fatto quello che poteva, si assumerà le sue responsabilità. In particolare è stato accennato al tema del coordinamento. Io credo che l'approvazione della legge sulle procedure della programmazione, che è stata recentemente approvata dal Consiglio dei Ministri, non sia lontana; e credo che i signori consiglieri abbiano ricevuto in questi giorni, avendo io avuto le copie in numero sufficiente soltanto tre giorni fa, il disegno di legge che andrà prossimamente in discussione al Parlamento. Su questa legge nella mia relazione ho già espresso alcuni motivi di perplessità e di impegno; la Regione è in corso di corrispondenza con le due Province; posso dire — nessuno l'ha detto — che il cons. Benedikter oggi è a Roma per questo tema e che il sottoscritto andrà nei prossimi giorni; anche qui comincia l'impegno a livello prima governativo per affermare talune cose che io ho già detto nella relazione e che riteniamo valide. Questa legge, dopo la sua approvazione, porterà certamente a posizioni di tranquillità e di prospettive di coordinamento, basati sulla legge, non soltanto sulle parole. Evidentemente resterà, — non me lo nascondo — la tematica del coordinamento dei due piani urbanistici, quello di Trento e di Bolzano; evidentemente è un coordinamento come deve essere fatto, sia dalla legge che dalle norme di attuazione, che costituirà un grosso problema. Signori miei, li affronteremo questi problemi mano a mano che si presentano. E io non dico fin d'ora, che sarà facile, o che sarà difficile;

sono i temi che la nostra generazione, nei prossimi anni, dovrà affrontare. Direi che per molti aspetti, soprattutto per questo, gli strumenti giuridici non è che ci aiutino. Ritengo tuttavia che la legge per le procedure, come ho detto prima, sia un notevole passo in avanti. Il cons. Benedikter, che non è presente — e ho detto il perché — ha detto e svolto alcune considerazioni, affermando che pur essendo questo disegno di legge statale sulle procedure, complessivamente soddisfacente, lascia insoddisfatte le Regioni. Io non direi « le » Regioni: il discorso qui avviene particolarmente dopo il convegno di studi in Sicilia, che ha portato, nei riguardi di questo disegno di legge, delle novità, che hanno esercitato una certa attrazione verso l'animo del collega Benedikter, sempre teso alla ricerca dei temi di questo tipo, con la sua diligenza e l'impegno che non possono essere messi in dubbio, nè in discussione, perché veramente a questi temi il collega Benedikter ha dedicato e dedica molte delle sue cure e delle sue capacità. Il collega de Carneri invece ha criticato questo disegno di legge. A questo disegno di legge debbo affermare — mi pare di averle già dette queste cose — che hanno collaborato tutte le Regioni, salvo la Sicilia, in una serie di riunioni e di incontri e globalmente noi lo abbiamo giudicato positivo, salvo che per quelle alcune cose e considerazioni che ho fatto e che hanno costituito un motivo di presa di posizione anche scritta in questo periodo. Comunque il disegno di legge, per quanto riguarda la Regione e le due Province di Trento e di Bolzano, pur essendo suscettibile di qualche modifica, a nostro giudizio — dico a nostro giudizio — tiene conto della competenza regionale e provinciale, anche se, in linea con le decisioni della Corte costituzionale, afferma il ruolo fondamentale dello Stato nella programmazione. Questo disegno di legge, at-

tentamente letto, afferma — evidentemente è un concetto essenziale — che la programmazione è sostanzialmente la programmazione economica dello Stato. Del resto questo fatto non può essere facilmente contestato, ove si consideri che, come già ebbi a dire (e non lo dico soltanto io: è nozione comune) che essendo sottratte alle Regioni la politica monetaria e la politica del prelievo fiscale, è impedito lo svolgimento a livello regionale di una politica economica globale, come è quella programmata, che vuole necessariamente essere globale. Ma, ripeto, con i limiti che esistono alle competenze statutarie, il disegno di legge rappresenta un notevole progresso per uscire dalle incertezze e per evitare — e qui non è che io esprima una critica, faccio un'affermazione che non è una novità — per evitare, come è avvenuto col cosiddetto piano Pieraccini, che la partecipazione della Regione alla programmazione nazionale, sia saltuaria e di modesto contenuto. Il che era giustificabile, non esistendo gli strumenti di legge, non esistendo le procedure, che invece consentiranno, nel prossimo piano, di poter assumere ognuno, nell'ambito delle proprie competenze, le responsabilità e le decisioni del caso. Tuttavia per quanto riguarda questo argomento, credo che i signori consiglieri abbiano ricevuto il testo di legge e anche gli emendamenti che ne abbiamo proposti. Io dichiaro che la Giunta è disposta ad accettare anche proposte od osservazioni che tendessero a migliorare il testo di legge, il che sarebbe da farsi anche con una certa urgenza, perché, ripeto, il discorso in questo ambito è già avviato, ed è bene che avvenga al più presto possibile. Debbo tuttavia dire per quanto riguarda la scarsa partecipazione alla formazione dello schema del programma che è in approvazione adesso alla Camera, che è in atti della Regione il testo di una lettera, nella quale si è presa posizione, proprio

perché, secondo il giudizio anche della Giunta, la partecipazione degli enti autonomi, in particolare della Regione, era stata troppo modesta. Gli interventi dei cons. Bolognani e Margonari sul tema della programmazione economica, hanno dato un notevole contributo alla conoscenza dei problemi, che sono connessi con la attività di programmazione e secondo il nostro modo di vedere le cose, già avviata, almeno in via di carattere generale, nell'attività regionale. Essi hanno anche espresso delle valutazioni positive sull'operato e sulla validità dello stesso da parte della Giunta, di cui li ringrazio.

Il cons. Benedikter è intervenuto un'altra volta, e io qui, essendo egli assente, ripeto soltanto la convinzione che, almeno a nostro giudizio, il disegno di legge è suscettibile di miglioramenti; le proposte del collega Benedikter non sono, secondo me, essenziali, anche se sono comunque degne di essere prese in considerazione: della cosa, eventualmente, si potrà riparlare nei prossimi giorni. Anche il cons. Vinante ha sottolineato l'importanza della legge delle procedure per la programmazione; il cons. Vinante che ha manifestato anche l'intenzione del suo partito di appoggiare, di eseguire la nostra attività, e anche ad esso porgo un ringraziamento.

Il programma legislativo è stato particolare oggetto di considerazione da parte del collega cons. Corsini. Qui la parte essenziale della sua requisitoria, — come avviene spesso —, (non è che io me la prenda particolarmente) è improntata aprioristicamente a negare qualsiasi merito di coloro che sono qui accanto a me, della Giunta, ecc., e particolarmente mio, evidentemente. Ha trovato, esaminando il programma legislativo, che è inadeguato, lo ha trovato non attuativo degli accordi politici e interpartitici. Questa accusa è di carattere generico,

a nostro giudizio. Il 1967 è appena avviato, ma già vede parecchie iniziative di legge di proposta della Giunta, pendenti davanti al Consiglio; consente già di fare un certo programma. Nel 1965 abbiamo approvato 17 leggi su iniziativa della Giunta; 23 sono state approvate nel 1966; nel 1967 siamo a 3; quindi non è che si sia stati fermi; evidentemente ci son leggi che hanno un *iter* più veloce e delle leggi invece che hanno un *iter* di commissione e di Consiglio molto più lungo. La previsione è di una ventina di leggi lungo quest'anno, e sono tutte leggi, a nostro giudizio, di contenuto molto importante, impegnativo che potranno quanto più presto approvate, più presto portare alla nostra Regione benefici effetti. Poi citerò solo un dato che dice qualche cosa: in questi ultimi anni, gli investimenti della Regione hanno superato i 150 miliardi. La legislazione attuale tocca quasi tutte le materie di competenza, nonostante la carenza delle norme di attuazione che sono ferme dal 1961 per esplicita richiesta, avanzata nella Commissione dei 19 in collegamento al grosso problema della situazione politica in Alto Adige. Comunque io direi che nella situazione attuale, quello che si fa per legiferare è già molto. Non vorrei — di conseguenza — che valutazioni eccessivamente negative tendessero a svilire tutta una azione regionale, determinando evidentemente anche la svalutazione dell'organo; il che credo non sia nelle intenzioni di nessuno. Quest'anno è mancata per esempio la grossa polemica sulla situazione economica; forse per il fatto che le profezie degli anni scorsi si sono verificate in minima parte o forse non si sono verificate affatto. Comunque una cosa sarei contento che mancasse; ed è il disprezzo, la saccenteria. Questi sono veramente atteggiamenti che disturbano

sul piano dei rapporti politici e creano discredito nelle istituzioni. Questo dovrebbe, nel tono e nel modo, mancare.

Venendo a esaminare le singole critiche, rivolte alla presunta inadempienza della Giunta, agli accordi politici, interpartitici, direi che per quanto riguarda l'impegno a sviluppare anche attraverso periodiche consultazioni a livello nazionale e locale, iniziative politiche opportune per il raggiungimento di un giusto accordo per il problema dell'Alto Adige, va precisato che detto impegno è proprio dei partiti della coalizione e non impone alla Giunta regionale di assumere iniziative al di fuori del voto — si è parlato del voto — le cui vicende, signori, sono largamente note, se ne è discusso molto e quindi non ritengo di doverne fare oggetto adesso di ulteriore replica.

Invece per quanto riguarda la programmazione economica, l'accordo si riferisce a tutti gli enti pubblici operanti nel territorio regionale, Stato, Regione, Province; per gli organi consultivi parla di soluzione concordata tra Regione e Province; si accenna agli incontri multilaterali, al coordinamento, si ribadisce l'esigenza di partecipazione della Regione e delle Province alla programmazione economica statale; si afferma la esigenza della razionalizzazione della spesa pubblica. In questo quadro noi dobbiamo dire che ci siamo mossi e ritengo, come ho già detto prima, che in vista soprattutto — parlando di programmazione — dell'approvazione della legge sulle procedure, avremmo modo di procedere ancor meglio. Per quanto riguarda gli incontri multilaterali, a parte quelli che si sono fatti, sicuramente entro il prossimo giugno, si concluderà la conferenza dell'industria. Il dire « non si è concluso, a un certo momento », è fare un'affermazione realistica; è vero, non si è concluso. Però la Giunta ritiene che sia meglio attendere, per tirare delle conclusioni

valide e positive, il maturare dei tempi e la conoscenza di tutti gli argomenti; non ultimi per quanto riguarda l'industria, il pensiero degli industriali ha portato più a procrastinare la conclusione che non ad accelerarla. La conferenza dei trasporti ormai è stata chiusa, ma si sta per avviare la conferenza dell'assistenza e quella dei problemi idrogeologici, che non sarà cosa da poco. Si è parlato poi, sempre in tema di azione sul piano legislativo, di quanto riguarda la legge dell'incompatibilità. Sulla legge delle incompatibilità, dopo l'impegno che avevamo assunto, sono sopravvenute iniziative legislative statali e decisioni della Corte costituzionale, che hanno ribadito le competenze statali a regolare tutta questa materia. Quindi è prudente, almeno appare prudente a noi, non insistere in questo campo. Per quanto riguarda temi della ricomposizione fondiaria, enti turistici, lavori pubblici e trasporti, risponderanno analiticamente, gli assessori. È vero però su questo punto, a proposito delle inadempienze rispetto agli impegni programmatici che la realtà si evolve continuamente e che non tutto quello che sembrava utile nel 1965, appare utile anche oggi. Comunque già molti degli impegni assunti sono stati realizzati, altri sono in fase esecutiva. L'apprezzamento positivo in questo campo è venuto dal cons. Vinante. Il cons. Dalsass ci ha detto che manca la legge antincendi, ha parlato di lavori pubblici, ecc.; ritengo che su questi argomenti, più utilmente potrà rispondere l'assessore competente. Per quanto concerne le zone depresse, il cons. Gouthier ha affermato che la Giunta ha operato con arretratezza rispetto ad altri enti italiani, anche in ordine alla delimitazione delle zone. Ora qui devo concordare con quello che ha detto il collega cons. Margonari, al quale ancora rinnovo ringraziamenti. Devo ricordare che la Regione ha operato secondo criteri posti nella leg-

ge 614, come hanno fatto anche altri enti interessati utilizzando gli elementi e conoscenze che erano già state approfondite in passato. Quindi la delimitazione di queste zone non poteva avvenire che secondo certi criteri, e questi criteri non potevano che essere desunti dalla legge delle aree depresse dello Stato, sulla quale non si poteva operare, finché non era fatta. Il discorso quindi è che queste cose si debbono e si possono fare al momento opportuno e con piena conoscenza degli strumenti legislativi per le conseguenze, non solo economiche che essi portano. Il cons. Benedikter aveva chiesto che le province potessero partecipare al comitato dei Ministri previsto dalla 614, ed ha auspicato che il Presidente della Giunta si muova in questo senso. Abbiamo esaminato questa richiesta; ma con l'attuale formazione della legge non sembra agevole sostenere tale diritto. Ormai la legge è fatta; il discorso è da porre eventualmente in termini di futuro. E in questo senso noi ci troviamo d'accordo. Bisogna prospettare una modifica della attuale legge. La Giunta non è contraria a far presente questa esigenza, in sede governativa. Io penso che in questo caso l'iniziativa possa essere ultimamente presa dalle due Province, oppure attraverso un voto del Consiglio regionale. Il cons. Spogler, che si è occupato di zone depresse, ha toccato due argomenti: la delimitazione delle zone proposte dalla Giunta regionale, sentite le due Province e l'istituzione di una commissione consultiva per la classificazione delle zone; proposta questa che ha avuto l'appoggio anche del cons. Carbonari, nel suo primo intervento. Su questo punto desidero solo dire genericamente che la delimitazione come tale delle zone, non è ancora definita, perché fa parte di un atto che verrà successivamente perfezionato. Siamo ancora in fase di proposizione degli uffici, a livello burocratico di questa

ripartizione. La Giunta si è consigliata, ha chiesto, ha fatto proprie in gran parte le proposte delle due Province, alle quali è stato sottoposto anche il contenuto del lavoro che è stato prospettato a Roma. Evidentemente la presenza dei grossi centri urbani tra le zone depresse, non è abnorme, ma è possibile in base ai calcoli, alle risponderne dei parametri previsti dalla legge. Comunque si parla di commissione consultiva. La Giunta regionale, fermi restando i propri poteri che derivano dalla legge, non è contraria, anzi è pronta ad accettare la collaborazione di una commissione consiliare che presenti indicazioni, proposte, nelle varie fasi di applicazione della legge 614; applicazione che non sarà né agevole, né facile, né semplice, perché questa legge prevede dei piani coordinati, il che vuol dire prevede correlazioni con gli interventi, vuoi statali, vuoi regionali, vuoi provinciali di tutti gli enti pubblici; il che, fatto nel giro di questi prossimi mesi, rappresenterà un notevole motivo di impegno, sia per la Giunta che eventualmente per questa commissione, qualora fosse composta.

Sul tema delle alluvioni il cons. Corsini ha ancora affrontato il problema delle responsabilità, ribadendo anche quello che io ho affermato; la cosa è attualmente al vaglio della Magistratura e da questo punto di vista, per quanto riguarda le responsabilità, il nostro riserbo appare doveroso, onde evitare l'impressione che si voglia influire, o che si tentino speculazioni. Sui problemi connessi con le alluvioni, si è soffermato anche la cons. prof. Grandi; io la ringrazio per le espressioni di apprezzamento nei riguardi della Giunta regionale e assicuro che le sue considerazioni verranno tenute presenti nella fase operativa di ripristino delle opere già avviate. Il problema della alluvione non è stato molto discusso in questo dibattito, per la verità, anche se è vero che

era già stato fatto oggetto di apposita seduta di Consiglio regionale; comunque abbiamo i singoli capitoli del bilancio e probabilmente l'occasione non mancherà. Anche il cons. Vinante aveva manifestato la sua soddisfazione, ed ha espresso alcune sollecitazioni ed indicazioni per la tempestività e la chiarezza di interventi. Le sue preoccupazioni sono condivise anche dalla Giunta e costituiranno sicuramente motivo di meditazione per la nostra azione. Anche il collega Dalsass oggi ha affrontato questo tema delle procedure. Direi che siamo a buon punto; siamo in un settore dove il nuovo, purtroppo, non determina accelerazioni, ma comunque la Giunta ritiene di potere entro non molti giorni, cominciare a dare le prime autorizzazioni all'avvio dei lavori. C'è un tema che cito qua, avendo esaurito gli argomenti precedenti e prima di parlare del problema dell'Alto Adige, che riguarda la tutela del gruppo di lingua ladina, al quale ha accennato il collega Pruner, parlando della minoranza linguistica in val di Fassa. Abbiamo già parlato di questo tema in sede di Consiglio regionale. Dobbiamo anche qui intenderci: il tema della difesa delle minoranze linguistiche è un compito che spetta allo Stato; lo Statuto nostro ha attribuito in proposito qualche potere alle Province, mentre la Regione potrà essere ambiente nel quale questi temi si possono dibattere, ma non ha competenze specifiche in proposito. Comunque nel 1966 si sono avute manifestazioni interessanti questo aspetto della vita delle nostre collettività, suscettibili di ulteriori sviluppi; nei limiti delle sue possibilità la Regione in alcuni settori e per taluni aspetti ha dato appoggio, e continuerà a darlo naturalmente, alle iniziative intese ad affermare i valori della vita del gruppo di lingua ladina. Mi avvio a concludere questa replica che, evidentemente, fatta a quest'ora, dopo una così lunga serie di interven-

ti sul piano formale non potrà avere un valore eccessivo; prego tuttavia i signori consiglieri di voler prendere le cose più dal punto di vista sostanziale, che non formale.

Vorrei dire questo: che la Giunta regionale non intende prendere posizione ufficiale sulle diverse opinioni espresse sulla soluzione della questione altoatesina. Molti dei colleghi si sono rivolti a noi, molte tesi sono state quasi buttate qui verso la Giunta, e noi diciamo signori miei: sì, va bene le avete dette, le abbiamo dette fra noi, ma non le avete dette per noi, le avete dette « anche » per la Giunta, ma le avete dette per l'intero Consiglio. Perché la Giunta come tale non ha competenza, signori, per modificare l'attuale assetto costituzionale per impostare il tema. Evidentemente si fa riferimento a volontà politiche, che prescindono dalla stretta possibilità operativa della Giunta come tale; evidentemente — torno a dire — sono temi che riguardano il governo e il Parlamento, e ciò senza avere la presunzione di dire cose nuove. Il collega Sembenotti ce lo ha ricordato, traendone la conclusione che, in fondo, siamo degli impotenti qui; stiamo parlando fra noi, però chi deve decidere poi è altrove. È la verità, anche se può essere triste. È in quella sede decisionale che noi dobbiamo essere rappresentati e sentiti. Non è necessario che lo siano gli organi, le istituzioni; la nostra voce può giungere in molte maniere. E io ritengo che quella più qualificata sia la maniera politica vera e propria, quella maggiormente qualificata sul piano politico. Se parlo di competenze, io non intendo né sminuire, né accantonare il tema. Per amor del cielo! Ma intendo affermare che ogni ente, ogni organo deve svolgere le proprie funzioni, signori miei, altrimenti siamo sempre dei velleitari e siamo autori di confusione, magari senza volerlo, pur con la massima buona volontà. Quindi noi ribadiamo che

la consultazione promessa varie volte e non ultima, con lettera rivolta — perché fosse letta in questo Consiglio regionale — a me (procuratore o no dell'on. Moro), dovrà avvenire in modo da assicurare la presenza di tutti i gruppi e di tutti gli enti. In particolare ripetiamo la necessità di una consultazione degli organi regionali. Ecco perché esaminando l'ordine del giorno, che è stato presentato, la Giunta è d'accordo con esso; è lieta che sia il Consiglio invitato ad assumere le iniziative, perché tutti i gruppi politici siano rappresentati, perché quel tanto di sospetto, che forse potrebbe esserci, essendo state fatte delle discriminazioni fra maggioranza e minoranza, venga a cadere. In ogni modo ne riparleremo magari toccando l'intervento del collega Corsini. Questo — tuttavia — è già nello spirito nostro; quindi ritengo che molti aspetti più formali che sostanziali possano essere superati. Poi, signori miei, il far coincidere il problema dell'Alto Adige con quello del funzionamento della Regione, può essere evidentemente comodo e rispondente a esigenze polemiche, ma artificioso. Uno è il problema dell'Alto Adige e uno è il funzionamento della Regione, in particolare di vari organi della Regione. Sono due temi diversi. Il problema dell'Alto Adige è un problema strettamente politico, mentre il funzionamento della Regione è un problema misto; è sì politico, ma è insieme amministrativo e finanziario e sociologico; è il tema del funzionamento di una pubblica amministrazione, alla quale si fa carico anche della tematica politica di questo genere, ma alla quale prevalentemente — non per niente stiamo parlando di bilancio — si deve chiedere prima di tutto di funzionare e di svolgere le proprie attribuzioni. Quindi la Regione come tale non richiederebbe nessuna forma di struttura. Evidentemente questo tema va portato altrove. Il primo intervento,

quello del cons. Agostini, si è lungamente intrattenuto sulla questione, con particolare riguardo al gruppo di lingua italiana: la parte prevalente dell'intervento era critica negativa. E io ho cercato indicazioni concrete e positive, ma non sono riuscito a trovarle. Non ritengo di dover aggiungere altro. Comunque nell'ambito delle sue competenze, la Giunta e la Regione hanno fatto quello che potevano fare; le critiche dovrebbero essere più circostanziate, non generiche, ma in ordine ai singoli aspetti concreti.

Quando la Giunta regionale rivolge appelli alla collaborazione, non è che tentiamo di rabbonire il gruppo di lingua tedesca, né di fare prediche al gruppo di lingua italiana. La Giunta regionale ritiene che una convivenza positiva, una convivenza così, quanto più possibile attiva, nell'ambito dei gruppi, sia possibile. Noi ci ostiniamo a dire, a credere che questa convivenza sia possibile, e perciò debbano essere cercate e battute tutte le strade per conseguirla. Naturalmente qui si aggancia il pensiero del collega Pruner, il quale ha rilevato che la classe dirigente attua una politica, una democrazia antiautonomistica. Anche questo giudizio per me non è accettabile, anche se è vero che le autonomie, come ho detto prima, incontrano difficoltà ad affermarsi. È vero però che il sistema democratico ha affermato le autonomie in Italia e che in questi ultimi anni sicuramente le autonomie locali hanno fatto dei progressi, mentre altri regimi le hanno annullate. Ora si è pensato al quanto di autonomia avrà la provincia di Trento o meno. Signori miei è un discorso che talvolta vien fatto in chiave polemica. È chiaro che quanto di autonomia, salvo gli aspetti particolari, sarà trasmesso alla provincia di Bolzano altrettanto sarà dato a Trento. Già ai tempi dell'impostazione del lavoro, in sede di studio della Com-

missione dei 19, vi era stato ipotizzato e ammesso da tutti. Le conclusioni e i documenti parlano sempre delle province di Trento e di Bolzano; si legga la relazione dei 19 che in questo senso è largamente documentativa. La provincia di Trento prevede di poter conseguire tranquillamente — nessuno, ripeto, l'ha messo in dubbio, il Presidente del Consiglio nelle sue dichiarazioni al Parlamento lo ha riaffermato — le competenze che venissero trasferite dalla Regione alle due Province. Il tono che noi diamo a queste indicazioni, a queste affermazioni evidentemente non sono, anti « nessuno », sono per la nostra autonomia, non sono antistatali, sono a favore, non sono protestatarie e vogliamo solo poterci muovere e lavorare meglio. Ed ecco ora il discorso dei mezzi; si parla dei mezzi, qui ne è stato ripetutamente accennato. Il discorso dei mezzi è un discorso che si può fare con riferimento particolare ai comuni. Noi qui dentro siamo stati gli artisti e artefici di molte autonomie; oggi siamo qui a esaminare i bilanci dei comuni, a constatare come essi comuni non funzionino o funzionino male o poco. Che cosa vuol dire, che cos'è l'autonomia di un ente, pur come il comune, ma che non abbia mezzi e capacità di muoversi? È poca cosa, signori; di questa autonomia anche i comuni, evidentemente, non sanno che farsene. Ecco allora il discorso, è giusto richiedere i mezzi, è giustissimo, ma il criterio col quale vengono impostate queste cose, secondo me è sbagliato. Due parole solo: se noi affermiamo che quanto viene ricavato qui dallo Stato in Regione, debba essere trasferito qua, non potremo più dire che abbiamo diritto ad avere i fondi, ad esempio delle aree depresse; in quanto noi siamo area depressa collocata al di sotto del livello medio del reddito nazionale, se noi ci accontentassimo di quello che rendiamo qui, resteremo sempre depressi. E l'esempio vale in

particolare per la valle di provenienza del collega Pruner, il quale dovrebbe considerare che se gli investimenti in quella valle dovessero essere proporzionati al ricavo del gettito delle imposte della sua zona, evidentemente non si sarebbero fatte le opere stradali, né le altre opere sociali . . .

(*INTERRUZIONE*)

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): ...né si farebbero quelle che saranno da fare. Quindi il discorso di questo tipo, va dimensionato ai termini reali della situazione, e non a impostazioni teoriche.

La prof. Menapace si è ampiamente occupata del problema altoatesino, affermando la validità dell'accordo di Parigi come cornice, entro la quale devono muoversi le trattative e l'interesse di un dialogo aperto e costruttivo tra i rappresentanti. Certo è che, signori, qui si è tentato da più parti di aprire il dialogo: non direi che questo tentativo, che tutti questi tentativi abbiano avuto sempre rispondenza; la giornata di oggi mi sembra una buona testimonianza di quanto vado affermando; che dialogo come tale non si sia aperto, pur in presenza di notevoli novità, anche dal punto di vista conoscitivo. Noi confermiamo, non solo la nostra apertura verso soluzioni di collaborazione, ma ancora rinnoviamo al governo l'esigenza che gli ambienti regionali vengano consultati in ordine a questo problema.

Il cons. Mognoni ha affermato che il problema possa o debba essere trattato nell'ambito del Consiglio regionale. Questa è una sua opinione, che non coincide con la mia, evidentemente. Non è che io contesti la discussione, contesto la possibilità di conclusioni, contesto le capacità operative, contesto quel tanto che

viene ad essere creato di motivo di giudizio politico, mentre nella realtà la possibilità concreta di operare e di fare non era e non è presente negli organi della Regione. Ad ogni modo torno a dire che ciò non vuol dire che noi dobbiamo essere assenti, affermando che la Regione deve farsi sentire nelle consultazioni che il governo ha preannunciato. Il cons. Jenny ci accusa sempre di non aver fatto niente, di non aver dato indicazioni sufficienti per il problema dell'Alto Adige. Il cons. Jenny è assente per la verità; io dovrei dirgli che abbiamo udito le sue critiche, abbiamo sentito i suoi dissensi, ma indicazioni precise da parte sua non è che ne siano venute.

Il cons. Ceccon ci ha accusati di mancanza di idee nuove. Effettivamente qui è difficile avere idee nuove. Ma ho l'impressione che siamo un po' pari in questa ricerca. Forse però qualche cosa di nuovo c'è, perché siamo più vicini ai momenti decisionali che non in passato; « siamo » e questo va riferito a tutti; in particolare al gruppo di lingua tedesca. Naturalmente nei riguardi nostri è stata rivolta la accusa di aver assunto il ruolo di liquidatore; tuttavia non penso che l'attività — e io parlo anche di attività amministrativa, signori — giustifichi questo giudizio: abbiamo operato, abbiamo, non solo legiferato, ma anche amministrato tutte le leggi né mi pare onestamente si possa convalidare la valutazione che si sia, così, lavorato a stralcio. Al contrario: la Regione ha svolto, svolge e svolgerà, almeno nelle nostre intenzioni, il ruolo che le spetta nella vita regionale; evidentemente senza abdicare innanzi tempo alle sue competenze; il che non la pone su un letto di rose, l'ho già detto, ma in una situazione difficile. Sul piano politico si opera avendo degli obiettivi e dei fini ben precisi, e da questo punto di vista le opinioni, evidentemente, non sempre possono coincidere.

Il cons. Gouthier ci ha trovati contraddittori, ci ha accusati di incomprendimento e di mancanza di aderenza alla realtà. Anche qui la critica è più facile che non poi la trasposizione in termini positivi di quello che vorrebbero essere le iniziative che si sarebbero gradite e si sarebbero apprezzate. Per quanto concerne le dichiarazioni del dott. Bolognani, io debbo ringraziare sia per le considerazioni che per le valutazioni che sono state fatte. Il dott. Brugger ha impostato il suo intervento su principi di carattere generale; e sicuramente il suo intervento è stato apprezzabile per lo sforzo di ricerca di soluzioni pacifiche. Ma noi dobbiamo dire, come è stato poi affermato anche dal cons. Carbonari questa sera, che la eliminazione della sfiducia e della diffidenza come strumenti per il progresso e per la soluzione del problema, viene indicata da tempo da tutti e in particolare dalla Giunta regionale, come premessa e condizione indispensabile per la convivenza dei gruppi linguistici in Alto Adige. È vero però che da parte del cons. Brugger è arrivata una manifestazione di prevenzione e sfiducia verso lo Stato e un po' anche verso la Regione e in genere verso il gruppo di lingua italiana; il che ci dice che c'è ancora da lavorare perché questi diaframmi fra i gruppi linguistici abbiano a scomparire. Noi crediamo alla possibilità di questa integrazione, di questa convivenza pacifica in Alto Adige.

Il cons. Volgger ha accettato, per quanto riguarda la relazione del sottoscritto, di distinguere quest'anno a differenza degli altri anni. Io questo giudizio lo apprezzo per la parte positiva, ma non per quella negativa nei confronti degli anni scorsi, perché la nostra azione e il nostro linguaggio anche negli anni scorsi, più o meno avevano lo stesso tono. Forse non le stesse parole, magari non la stessa capacità di farci capire. Se quest'anno siamo stati capiti

meglio, questo è un fatto positivo che apprezziamo positivamente. Non ho compreso però un aspetto che secondo me dovrebbe essere da tutti condiviso; e voglio sottolinearlo con riferimento a quello che ho detto prima: il dialogo cioè, è stato aperto, ma non è stato completo. Si è affermata la necessità che avvenga una consultazione da parte del governo, di tutte le popolazioni interessate al problema dell'Alto Adige. Ma non ho capito bene se il cons. Volgger si sia o meno pronunciato, se sia stato favorevole a questa impostazione. A me era parso di cogliere, così, un'affermazione piuttosto negativa nei confronti di questa consultazione. Noi diciamo che questa consultazione che democraticamente dovrebbe assicurare un largo consenso alle riforme costituzionali previste, è una esigenza che è stata espressa dal Governo, sollecitata dalla Regione, perché si operi in attuazione dello Statuto vigente, mantenendo la possibilità di un dialogo tra i gruppi linguistici e determinando le condizioni per un accordo di pacificazione e di convivenza. I discorsi di oggi ce lo hanno anche dimostrato. Quindi direi che nel momento in cui si tenta di vedere di uscire dalle trattative bilaterali, bisogna pur che ci si porti su un piano di ricerca per una larga intesa sulle soluzioni che dovranno essere date a un problema che è di dimensioni ultra regionali e per lo meno nazionali o addirittura, come è stato detto, internazionali. Ed ecco il discorso del collega Raffener che ci ha fatto meditare per taluni aspetti e che noi apprezziamo. Io dico, signori che anche il pensiero del collega e cons. Raffener andrà o andava forse ascoltato in sede competente. Io concordo la sua affermazione.

Adesso veniamo alla parte più recente, quella di oggi, che praticamente costituirà la conclusione anche di queste alcune considerazioni finali. Non è possibile che io mi adden-

tri nel mio dire, facendo delle valutazioni su tutto quello che oggi è stato detto. In particolare l'*excursus* storico per altro di estremo interesse fatto dal collega prof. Corsini (al quale dobbiamo tutti riconoscere una competenza che qualcuno di noi, almeno io personalmente, gli invidiano in questo campo), sul piano politico stretto ha un valore relativo; ha un valore di impostazione per talune dimostrazioni. Evidentemente non mi sento in grado — e non credo che sia necessario — di rispondere alcunché. È stato criticato il discorso del sen. Berlanda . . .

(INTERRUZIONE)

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.):  
 . . . È stato criticato il discorso del . . .

(INTERRUZIONE)

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.):  
 Dovete mettere la cuffia sapete, come a me succede di dover fare qui . . .

È Stato criticato il discorso del sen. Berlanda; anche questa critica, evidentemente è inquadrata in questa impostazione di natura storica che lei ha dato; dell'intervento voglio cogliere un aspetto positivo. Ho avuto da lei una valutazione positiva; dice: va comunque interpretata favorevolmente quel tanto di volontà positiva verso la soluzione del problema che essa manifestava.

Il discorso per me non è impegnativo, può essere al massimo indicativo di un certo modo di vedere le cose. Si è parlato, lei ha parlato del complesso della vittima e del complesso del carnefice. Questo andava riferito a noi, a noi singoli qui dentro. Adesso non so chi di noi si senta vittima. Secondo lei eravamo così

ben delineati; i colleghi di lingua tedesca forse — eccezione fatta per il collega Raffener — hanno il complesso della vittima; noi, tutti gli italiani, quello del carnefice, con particolari riferimenti ai socialisti e ai democristiani. Ora il fatto di oggi è costituito dalla conoscenza avvenuta in forma, così, improvvisa del cosiddetto pacchetto. Lei mi ha chiesto . . .

(INTERRUZIONE)

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Io queste cose le ignoro, non solo ignoro le forme, ma ignoro anche il pacchetto. Quindi alla domanda che lei mi fa « corrisponde o meno, ecc. ecc. », io debbo dire che non sono in grado di rispondere. E questo non è per sfuggire, non è che io sfugga. Dico: non sono in grado di rispondere. Evidentemente non posso discutere su documenti che non siano ufficiali. Un documento reso pubblico da un giornale, per me non è un documento ufficiale. E quindi se lei mi domanda se corrisponda o meno, io dirò che non avendo conoscenza del pacchetto, non sono in grado di rispondere; quindi non sono in grado di — ed eccoci all'altra domanda che mi ha fatta — « se intende comunicarci ufficialmente il pacchetto », io dico che non sono in grado di comunicare ufficialmente alcun pacchetto . . .

(INTERRUZIONE)

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Berloffia cosa c'entra, signori miei? Io sono il Presidente; fino a prova contraria io sono il Presidente della Giunta regionale e come tale rispondo delle mie azioni e non di quelle degli onorevoli dei vari movimenti politici, compreso il mio. Mi vien chiesto, ed ho risposto, se la Giunta, se io — almeno la domanda era

rivolta a me — intenda appoggiare un'azione consiliare perché sia conosciuto ufficialmente il contenuto del pacchetto ed io ho già detto di sì. Non c'è alcunché che ci preoccupi; credo che sia nell'interesse di tutti che la cosa venga resa nota, venga discussa, venga trattata in sede competente. E quindi non abbiamo nessun timore. Certo che tutte le critiche, i richiami al buon costume democratico, le cose che sono state dette nei nostri confronti, a nostro giudizio, hanno un po' avuto l'aria di un aggiustamento di tiro che vien fatto perché la Giunta regionale per forza di cose è il bersaglio verso il quale ci si orienta continuamente; ma non poteva avere riferimenti nella sostanza, perché voi sapete benissimo che il sottoscritto, salvo la firma sotto la relazione di Commissione dei 19, non è mai stato protagonista, né principale, né secondario, nelle successive trattative, consultazioni o incontri che si siano svolti.

Il cons. Mitolo ha ammesso che avendo avuto la conoscenza del documento nella mattinata non era possibile trattarlo nel dettaglio, poi ha ceduto un po' alla tentazione di fare la cronaca dal 1954 in poi, gli otto punti, ecc. Collega Mitolo, indubbiamente il suo intervento è stato estremamente interessante; credo che non mancheranno occasioni per ritornare su questi argomenti. Direi che le occasioni vere, reali, si presenteranno in futuro, quando avremo autenticamente l'argomento alla nostra attenzione per i giudizi che ne vorremo tirare, perché ne saremo stati richiesti regolarmente, ufficialmente, senza doverne fare oggetto di uno studio costantemente polemico. Il tono col quale noi trattiamo questo tema ci preoccupa, e preoccupa tutti; evidentemente non è che il Presidente del Consiglio abbia tenuto conto solo di un partito o due; e del resto, anche nel nostro campo, l'atteggiamento dei socialisti di-

ce pur qualche cosa. È che si è addivenuti a una certa procedura nelle trattative, e che evidentemente questa procedura richiede i suoi tempi, richiede le sue formule. Il problema del momento in cui ci si inserisce non dipende del tutto da noi. E sono d'accordo con lei quando dice che fino a quando non ci comprenderemo su alcune cose, sarà difficile poterci intendere. E questo evidentemente è vero; lei sa che corrisponde alle nostre intenzioni, corrisponde alle nostre volontà.

Il cons. Carbonari ha ripetuto questi concetti; dipende da noi rifare il colloquio fra uomini di buona volontà; anch'io sottolineo queste sue affermazioni.

E dico, concludendo signori, che abbiamo discusso di argomenti molto importanti, la discussione generale è stata valida e io desidero testimoniare per quello che mi è di competenza sulla utilità della stessa. Ritengo che la forma di cooperazione, di collaborazione che noi abbiamo avviato sui temi grandi e piccoli della nostra vita regionale abbia a continuare ancora.

Infine vorrei esprimere un giudizio, ed è che andando avanti adesso pregherei il Consiglio di dedicare la sua attenzione particolare allo strumento bilancio, che è necessario, perché si possa avviare quel tanto o poco — i giudizi evidentemente anche qui possono essere diversi — di amministrazione, che è necessaria per il lavoro in un'annata che è estremamente impegnativa, non soltanto perché ci sono state le alluvioni, ma perché effettivamente la nostra economia è in un momento di difficoltà, e il ritardo della nostra presenza sul piano delle azioni amministrative, potrebbe comportare degli inconvenienti, che ritengo nessuno di noi desideri. Sono a disposizione durante la discussione articolata; i colleghi Assessori risponderanno per gli aspetti di dettaglio come ho già detto, nella trattazione degli

argomenti riferentisi ai settori delle rispettive competenze.

PRESIDENTE: La discussione generale era già chiusa.

Ora passiamo agli ordini del giorno.

1° Ordine del giorno, a firma de Carneri, Gouthier, Pruner, Sembenotti:

### IL CONSIGLIO REGIONALE

*esprime la sua solidarietà alle maestranze della ditta Pozzi di Arco che da parecchi giorni sono in lotta per impedire la parziale smobilitazione dello Stabilimento e difendere il loro diritto al lavoro e impegna la Giunta regionale ad erogare d'urgenza, in favore dei detti lavoratori, adeguati aiuti finanziari in misura uguale per tutti, in modo da ovviare al disagio ad essi derivante dalla perdita delle retribuzioni.*

La parola al cons. de Carneri.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Io sarò brevissimo, anzi telegrafico, poiché è apparso anche sui giornali la notizia che la vertenza di questi dipendenti della Pozzi è stata risolta con un compromesso. Comunque, le ragioni per cui l'ordine del giorno è stato presentato permangono, poiché evidentemente ci saranno parecchi operai i quali si troveranno in condizioni economiche strettamente precarie, sia in conseguenza della lotta sostenuta, sia in conseguenza della perdita del lavoro. Mi è stato anche detto che da parte della maggioranza, forse della totalità dei gruppi, l'ordine del giorno viene visto favorevolmente e io mi esimo da una discussione ulteriore, mi appello però, al Consiglio, nel senso che ci sia questa volontà espressa nei confronti della Giunta, affinché la Giunta sostenga finanziariamente que-

sti lavoratori, i quali fra l'altro appartengono a una zona, la quale è fra le più colpite dal punto di vista economico, perché versa in una crisi in tutte le sue strutture fondamentali, la zona di Arco: crisi dei sanatori, crisi dell'industria e crisi anche dell'agricoltura. È una delle zone effettivamente fra le più mal ridotte dal punto di vista economico e sociale. Quindi anche da ciò la necessità di un intervento da parte dell'assessorato competente.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola sull'ordine del giorno? La parola al cons. Santoni.

SANTONI (D.C.): Anch'io, a nome del mio gruppo, dichiaro che condivido le conclusioni di questo ordine del giorno, pur non avendolo sottoscritto. Però non occorre sottoscrivere un ordine del giorno per essere d'accordo con quanto contiene, perché il sottoscritto ha potuto seguire le vicende di questa lunga vertenza, vivendole giorno per giorno con gli operai, e soprattutto parlandone in questa sede e direi che si è data una collaborazione notevolmente consistente nella fase conclusiva di quell'accordo sindacale cui è stato fatto cenno. Arrivato a questo punto però non c'è da fare altro; la battaglia è stata condotta soprattutto per salvare i posti di lavoro, per ovviare al trasferimento del reparto tubi. Gli operai che hanno, con grande solidarietà fra di loro, combattuto questa battaglia per due settimane, non sono riusciti ad ottenere questo che era il primo obiettivo che loro si proponevano. Tuttavia hanno dimostrato, anche quelli che non erano interessati al trasferimento, un grande senso di civismo, un grande senso di responsabilità collettiva, e hanno combattuto unitariamente una battaglia che ha un grande significato morale, che qui va sottolineato.

Arrivati a questo punto, non avendo ot-

tenuto il risultato di salvare i loro posti di lavoro, non c'è stato che allungare a questa gente una mano per far superare loro il momento più difficile, che è il momento che segue immediatamente la disoccupazione, cioè la perdita del posto di lavoro. Gli operai licenziati sono 45 ed è evidente che a costoro, che dalla azienda hanno 200 mila lire di indennità straordinaria di licenziamento e che non ritornano alla campagna, — e questo, Pruner, è un fatto estremamente positivo, perché l'emigrazione, quando avviene per necessità come queste, va contrastata e va contrastata nel modo in cui è possibile contrastarla —, è necessario dare oltre a quello che dà l'azienda, un aiuto da parte della Regione, che consenta loro di avere un minimo vitale per mantenere la famiglia e che permetta a noi, insieme alla Regione, insieme al Comune ecc., di trovare per loro un inserimento lavorativo a breve scadenza. Ora, noi non dobbiamo perdere queste forze valide della nostra vita civile ed economica, lasciandoli andare in una regione diversa dal Trentino, perché questo sarebbe un grave colpo alla nostra concezione generale della organizzazione della nostra comunità.

Detto questo, io devo dare atto all'assessore Albertini per quello che ha fatto per la conclusione di questa vertenza. La sua paziente mediazione negli ultimi giorni è stata in grado di portare in porto una situazione che sembrava ormai avviata sui binari dello scontro, in cui le parti però non riuscivano ad incontrarsi; era uno scontro su binari paralleli, gli operai marciavano su una strada, l'azienda marciava sulla sua, e non c'era possibilità di arrivare ad una conclusione.

*(Interruzioni)*

SANTONI (D.C.): Non c'era uno scon-

tro? Era una protesta che girava su binari paralleli, però era uno scontro.

In ogni caso devo dar atto all'assessore di aver fatto marciare la soluzione verso la conclusione a cui si è arrivati; non è una soluzione brillante, però è una soluzione favorevole. Con l'assessore Fronza abbiamo già parlato. Bisogna e concludo, riuscire a dire a questa gente quello che si è in grado di dare, e dirlo subito, perché devono riuscire a fare i conti di come passeranno i prossimi mesi. C'è un proverbio latino che dice « *qui cito dat, bis dat* ». In questo caso va dato quel tanto che è necessario per sostenere queste famiglie per alcuni mesi, ma va dato subito, in modo che non ci siano anche i disagi più gravi, che sono quelli immediatamente successivi al licenziamento. Io non dubito che la Giunta vorrà tener conto di questo e vorrà concordare con le organizzazioni sindacali l'entità del contributo assistenziale da dare a questa gente, che deve essere possibilmente pari per tutti, perché non deve essere una carità, ma deve essere un intervento-ponte fino al momento in cui questa gente non riesce a reinserirsi nel mercato del lavoro, in un posto di lavoro definitivo.

Io ringrazio anticipatamente la Giunta per quello che sono certo farà a questo proposito.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola sull'ordine del giorno?

La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente, questo ordine del giorno ripropone un vecchio e consueto tema, che da un punto di vista del sentimento potrebbe essere risolto con estrema facilità. Ci sono 45 operai, i quali versano in una particolare situazione di bisogno, derivante da particolari situazioni; l'ente pubblico, che si assume il compito di intervenire per tutti e a

favore di tutti, si assuma anche il compito di intervenire per questi 45 operai.

Però sotto questa impostazione ce n'è un'altra, estremamente più seria, non perché i motivi di natura del sentimento, in senso buono, non siano seri, ma perché molto seri sono anche i motivi di natura economica, i motivi delle competenze, così spesso invocate dalla Giunta regionale, i motivi di un obiettivo e regolare e normale rapporto tra ente pubblico e situazioni di natura economica.

Io avrei avuto piacere di sentire, da parte degli illustratori di questo ordine del giorno, una di queste due posizioni: la dimostrazione che quello che avviene alla Pozzi in questo momento è dipendente dalla cattiva volontà imprenditoriale. Se le cose stanno così, se si tratta esclusivamente di cattiva volontà degli imprenditori, di egoismo privato, di natura spregievole di interesse, allora, a mio avviso, sarebbe estremamente giusto che di fronte ad una situazione di questo genere l'ente pubblico intervenisse.

L'altra alternativa è quella se ci si trova di fronte ad una situazione di necessità economica, che non dipende da cattiva volontà degli imprenditori, ma dipende da una situazione obiettiva della produzione e del mercato. Perché, nel caso in cui si tratti della prima ipotesi allora noi non solo potremmo approvare questo ordine del giorno, ma potremmo addirittura aggiungere o proporre la aggiunzione di un ulteriore comma, che chiami la Regione, e al di là della Regione tutti gli organi dello Stato che hanno competenza in materia, per costringere addirittura il capitale privato e gli imprenditori di lavoro a continuare nella produzione, a continuare nella attività aziendale e a non ributtare, per un mero arbitrio e per un mero interesse, sul lastrico 45 lavoratori.

Se però questa situazione non dipende da cat-

tiva volontà degli imprenditori, da cattiva volontà del capitale privato che è immesso in questa azienda, ma dipende da situazioni obiettive, situazioni obiettive che potrebbero anche condurre a questa conclusione, che imponendo, come si è fatto altre volte nella regione Trentino-Alto Adige, all'azienda di continuare la sua attività con quel determinato numero di lavoratori, si potrebbe poi finire per compromettere, oltre che il lavoro di questi 45, anche il lavoro degli altri dipendenti della azienda, se la situazione è di questo tipo, allora io rivolgo ai proponenti questo ordine del giorno un'altra proposta: cancelliamo tutto quello che è scritto e diciamo che la Giunta regionale accetta il principio che là dove si creano condizioni di difficoltà per le imprese industriali o di qualsiasi altra natura, condizioni obiettive, e si tratta di vedere ributtati sul lastrico dei lavoratori, la Giunta regionale accantona fin da questo momento un fondo, un capitolo apposito per intervenire a favore non soltanto dei dipendenti della Pozzi, ma dei dipendenti di qualsiasi altra impresa, di qualsiasi altra industria. In questo senso, pur mantenendo tutte le riserve che la presentazione di questo ordine del giorno, come io ho proposto, potrebbe sollevare da un punto di vista economico e da un punto di vista giuridico da parte del gruppo liberale, allora la discussione mi pare sarebbe posta sui propri giusti ed esatti binari. Perché, ed ho concluso signor Presidente, ma i dieci minuti non sono ancora stati sorpassati, perché in questa situazione qui io veramente, in coscienza, non mi sento di approvare questo ordine del giorno. Perché per la Pozzi e perché non per tante altre industrie? Perché per questa industria e non per 2 o 3 o 4 o 5, che si sono trovate precedentemente in questa situazione o che potranno trovarsi anche nel futuro,

Dio non lo voglia, io prego che non sia così, ma le eventualità in questo campo sono sempre possibili . . .

*(Interruzione)*

CORSINI (P.L.I.): Non è il primo caso, assessore, non è il primo caso assessore Santoni. Noi abbiamo visto degli scioperi, scioperi fatti in provincia e in regione, per contrasto contro determinati atteggiamenti del padronato e della classe imprenditoriale, di quel determinato gruppo capitalista o imprenditoriale di una determinata azienda, e siamo intervenuti riconoscendo noi stessi, perché questa è la verità, che non avevamo il diritto di intervenire; siamo intervenuti per via traversa, erogando all'ECA dei determinati sussidi, perché poi l'ECA a sua volta li riversasse, tramite i propri canali, nelle famiglie dei lavoratori. È stata una scelta che abbiamo fatto dal punto di vista umanitario, ma che non era da un punto di vista giuridico e del diritto e della imparzialità dell'ente pubblico eccessivamente apprezzabile. Io ripeto, a nome del gruppo liberale, che sono disposto ad approvare questo ordine del giorno, purché la Giunta si assuma l'impegno che questo trattamento fatto nei confronti della Pozzi verrà fatto nei confronti di tutti quanti gli altri operai che dovranno o potranno trovarsi nel futuro in questa determinata ed uguale situazione, altrimenti, per fare un piacere piuttosto agli uni che agli altri, per approvare un ordine del giorno presentato da un gruppo piuttosto che da un altro, appoggiato da un gruppo piuttosto che da un altro, obiettivamente il gruppo liberale si asterrà, perché da un punto di vista umano dovrebbe votare a favore, da un punto di vista economico e di una retta interpretazione del dovere dell'ente pubblico dovrebbe votare contro. O è

per tutti, da Ala fino al Brennero, o non è per nessuno.

**PRESIDENTE:** La parola al cons. Vinante.

**VINANTE (P.S.U.):** La chiusura di una fabbrica o il trasferimento di questa in altra zona, logicamente rappresenta una situazione tragica per i lavoratori, i quali si trovano nella condizione di non aver più la possibilità di guadagnarsi il pane. Quindi è comprensibile il trauma che si crea in questi lavoratori, ed è per questo che l'ente pubblico non può disinteressarsi, ma deve intervenire per aiutare a superare queste difficoltà. Vorrei dire questo: non è la prima volta, e quindi non sarebbe il primo precedente che si crea, di intervento a favore di situazioni difficili, purché abbiano la prospettiva di un superamento in senso positivo. Ci rendiamo conto quindi dello stato d'animo, dell'esasperazione di questi lavoratori, che aspettano il pane per la propria famiglia, e quindi è giusto, secondo me, che l'ente pubblico intervenga, intervenga, ripeto, nella forma più ampia, nel senso di aiutare a risolvere il problema della sistemazione dell'azienda. È stato pubblicato dal giornale che, in seguito all'intervento dell'assessore, la cosa si è risolta, però non conosciamo i termini. Ecco perché io penso che sarebbe forse stato utile che il signor assessore ci dicesse in che maniera è stata risolta; mi pare in una forma non certo brillante. Con questo non si può certo, penso, attribuire del disinteresse all'assessore competente, avrà fatto tutto quanto è umanamente possibile, però la situazione può darsi non sia superabile.

Ora, noi ci troviamo qui di fronte a una richiesta da parte del partito liberale, il quale dice: guardate, signori miei, che d'ora in avanti qualsiasi iniziativa che venisse affronta-

ta, deve essere affrontata in senso ampio e vasto nei confronti di tutti i casi che si dovessero verificare. Io vorrei dire che allora abbiamo anche i disoccupati, che noi dobbiamo assolutamente portare a uno stato di tranquillità e quindi a un certo benessere. Se noi riteniamo, come in altri casi si è verificato, che questa sia una situazione transitoria e quindi possibilmente superabile, anche con diversi sacrifici, io dico che la Giunta è giusto che questo lo affronti, è giusto che noi ci uniamo per escogitare il miglior sistema per superare queste difficoltà. Vorrei dire che l'intervento finanziario a favore di questi lavoratori, non sia un intervento caritatevole; diamo una assistenza che possa aiutarli a superare questa situazione per solidarietà, per la lotta che questa gente ha sostenuto. Capisco, è forse un sacrificio enorme nei confronti della Giunta, io non conosco i termini, non conosco l'ampiezza, però penso che sia giusto e doveroso il fare qualche cosa in questa circostanza.

Quindi noi riteniamo di poter sen'altro approvare l'ordine del giorno che è stato presentato.

**PRESIDENTE:** Chi chiede ancora la parola sull'ordine del giorno?

La parola al cons. Pruner.

**PRUNER (P.P.T.T.):** Ho preso atto, signor Presidente, con soddisfazione, che la Giunta, quanto meno il signor assessore competente, ha già provveduto — nei modi che esattamente non conosco, ma ciò riveste secondaria importanza — a intervenire in questo specifico caso, che sotto il profilo sociale e anche economico ha una sua importanza, non solo locale, ma anche di carattere più esteso nell'economia della nostra provincia. Ho anche preso atto delle dichiarazioni fatte dal cons.

Santoni, che condivido in pieno, come condivido anche in pieno le obiezioni sollevate dal cons. Corsini, le sue preoccupazioni. Noi non dobbiamo intervenire ogniqualvolta si verifichi un fenomeno che possa turbare quella che è la nostra economia nei singoli settori, nei singoli casi specifici. Se ciò dovesse verificarsi, bisognerebbe disporre in modo da non creare ingiustizie, nel senso quindi di poter intervenire in ogni circostanza. Però discorsi validi, che nel caso specifico penso possano essere superati, quelli fatti dal gruppo liberale. Abbiamo sentito in occasione recente dal signor assessore, che nel fatto per il quale è stato presentato l'ordine del giorno, sono intervenute non cattive volontà da parte degli imprenditori, non circostanze contingenti di fatto, ma ragioni di forza superiore. Non so se ripeto esattamente i concetti del signor assessore, ma pressappoco sono stati questi: agevolazioni, le normali provvidenze a favore del settore di questo tipo, nel settore industriale, che non hanno potuto essere erogate, nel caso della Ceramica Pozzi di Arco. Valide altre condizioni di concorrenza impossibile nel fatto della spesa, per quanto riguarda il carico degli oneri sociali, perché la concorrenza con altre ditte straniere porta a condizioni di inferiorità e di difficoltà la società in oggetto.

Comunque, ragioni di ordine superiore, che giustificano, in questo caso, l'intervento nei limiti delle possibilità reali e concrete della nostra amministrazione regionale, anche se non si possono trovare quegli espedienti e quei mezzi e fare quegli interventi che auspicava il prof. Corsini sulla generalità dei fatti. Esistono purtroppo ed esisteranno nell'avvenire altri analoghi casi che si ripetono e che saranno magari portati in discussione o all'esame in questa sede. Ma io penso che ragioni di ordine superiore come queste ci giustificano, ci danno sen-

z'altro la possibilità di poterci esimere da scrupoli di coscienza nel provvedere, sotto un profilo sociale ed economico, come è richiesto con questo ordine del giorno. Perciò raccomandiamo all'on. Giunta di voler accettare questo ordine del giorno.

PRESIDENTE: La parola al cons. Preve Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Presidente, quanto ho sentito fino a questo momento mi conferma in una idea, in un convincimento, che auguro non trovi risponidenza nella realtà dei fatti. Il discutere così ampiamente, come abbiamo fatto, la situazione Pozzi, starebbe a significare che veramente il licenziamento di 45 operai verrebbe a costituire, oggi come oggi, un problema sociale, quando eravamo perfettamente convinti che all'epoca della riconversione Aeromere il licenziamento di 300 operai non poteva costituire in quel momento un problema sociale. Se cioè una economia come la nostra non è capace di assorbire 45 operai, che si trovano, non certo per colpa loro, in posizione di licenziamento, vorrebbe effettivamente dire che la crisi non ha nemmeno alcuna possibilità di abbattimento. Pertanto, on. Presidente, questo premesso, io devo dire che trovo sempre strano l'invito rivolto alla on. Giunta per intervenire in casi del genere, che hanno trovato risponidenza in altri analoghi fatti, non analoghi in quanto si veniva a compiere l'abbattimento di una fabbrica, il dimezzamento di una attività produttiva, questo no, è la prima volta che avviene, ma analoghe per il fatto che uomini si trovavano improvvisamente senza lavoro. Quali strumenti ha la Giunta regionale per intervenire in casi del genere? Uno soltanto: l'assistenza fornita tramite gli ECA. E quando gli ECA intervengono è ovvio che intervengano rispettando la

legge istitutiva dell'ECA, e quindi non è assolutamente possibile pensare che si possa dare a tutti e a ciascuno identico contributo, perché il carico di famiglia deve pur esercitare il suo peso in un intervento attuato tramite l'ECA. E allora troverebbe veramente giustificazione quella che fu o che è stata poco fa la impostazione data dal cons. Corsini al problema, cioè quello di invitare la on. Giunta di volere istituire un apposito capitolo per interventi del genere. Io personalmente non concepirei nel bilancio della Regione un capitolo di simile tenore e di simile contenuto. Il cons. Vinante proclamava poc'anzi anch'egli l'esigenza dell'intervento da parte dell'ente pubblico in casi del genere. Io mi son chiesto che cosa si trovi di fronte a questa esigenza, e ho trovato come risposta che di fronte a questa necessità che l'ente pubblico, Regione, intervenga, troviamo di già attuato l'intervento di un altro ente pubblico, che ha determinato la crisi della Pozzi. Perché, on. Presidente, se è vero che situazioni aziendali hanno consigliato, suggerito e imposto la concentrazione di un determinato tipo di produzione, è altrettanto vero che questo è avvenuto al di fuori della Regione, e si è operato con i fondi della cassa del Mezzogiorno, che evidentemente vengono ammanniti a condizioni migliori. E allora noi assistiamo in questo caso alla concorrenza degli enti pubblici, i quali non sono indirizzati a spendere il denaro del contribuente per creare nuovi posti di lavoro, ma sono creati per fare le concorrenze alle singole Regioni, ai singoli istituti, che provvedono ad interventi del genere. Quindi un ente pubblico ha sottratto lavoro alla Regione, un altro ente pubblico deve intervenire per permettere agli operai di affrontare i primi disagi giorni. Non dimentichiamo che se un periodo vi fu triste per questi operai, quello andava individuato nei mesi invernali,

che abbiamo superati, e nei mesi invernali il problema non si è posto. Ora come ora mi pare che sarebbe più logico ed opportuno invitare l'assessore regionale all'industria a trovare nuovi posti di lavoro, a portare nuove aziende, nuove fonti produttive nella zona, in modo che l'assorbimento della manodopera venga garantito, perché è ovvio che il miglior patrimonio che una Regione possiede è il patrimonio della manodopera qualificata. E qui ci si è dimenticati da parte dell'azienda che la manodopera qualificata, la manodopera che aveva visto nascere e sorgere questa attività, era proprio la manodopera di Arco, che non meritava certo il trattamento che le si è invece riservato.

Vorrei concludere, ricordando però che anche qui dobbiamo essere sinceri: quanti interventi ci saranno? Sarà solo l'intervento dell'assessore Fronza che verrà a pesare su questa situazione? O non dobbiamo pensare piuttosto a coordinare altri interventi? Io ho sempre alla memoria il fatto che quando il comune di Trento vide la riconversione dell'Aeromere nell'Auto Panhard, che cosa fece? Stanziò 100 milioni nel bilancio della città e provvide alla riconversione dei lavoratori ad altre iniziative, provvide a fare corsi di qualificazione, provvide a liquidare vere e proprie indennità. Io non vorrei che ci fosse la sovrapposizione, anche in questo caso, di aiuti indiscriminati da parte di enti. Per cui invito, ed ho terminato, l'on. Giunta a voler sì dare il suo appoggio e assicurare il proprio intervento in tutti questi casi profondamente umani che ci devono trovare solidali, ma di rendersi conto se altre iniziative esistono e come queste iniziative eventualmente si debbano coordinare.

Per quanto riguarda poi la proposta del cons. Corsini, essa mi trova consenziente in linea di principio, mi trova contrario a che nel

bilancio della Regione si possa auspicare un capitolo di tal fatta e di tal guisa, perché vorrebbe anch'esso in definitiva esprimere condanna, la incapacità di esprimere una politica economica da parte della Giunta.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno? La parola all'assessore Albertini.

ALBERTINI (Assessore industria e trasporti - D.C.): Brevemente, senza parlare sugli aspetti dell'assistenza, perché dirà qualche cosa e prospetterà le soluzioni il collega Fronza. Anzitutto pregherei, se fosse possibile, di ritirare l'ordine del giorno, per due considerazioni: primo perché evidentemente i problemi sollevati dall'ordine del giorno sono già stati risolti; in secondo luogo, il problema per la singola azienda non è conforme alla tematica che si presenta oggi. Oggi abbiamo effettivamente anche altre situazioni, purtroppo, di licenziamento o anche di riduzione di lavoro, con cassa integrazione o meno. Il collega Fronza dovrà prospettare alla Giunta i temi dell'assistenza per quanto riguarda questi aspetti particolari.

Per quanto riguarda la Pozzi poi, bisogna riconoscere giustamente la reazione delle maestranze, di chi ha un lavoro e lo vede perdere; perdere un lavoro vuol dire perdere tutto. D'altro canto bisogna riconoscere anche le esigenze dell'azienda, quando sono obiettive. La azienda non può andare verso il fallimento, perché allora comprometterebbe tutta la sua attività e anche tutti gli altri lavoratori. L'azienda deve affrontare il problema del mercato; quello che produce deve venderlo, in termini di resa, se vuol sostenere la sua stessa attività. Ora, l'azienda Pozzi sta recuperando lentamente posizioni, con difficoltà enormi sul piano azien-

dale, per una politica diciamo pure, sbagliata nel passato, di decentramento industriale. Oggi vuol fare una concentrazione industriale per mettere il proprio prodotto in concorrenza sul piano nazionale e sul piano del MEC, e deve utilizzare stabilimenti a Sparanise che sono disponibili. Purtroppo è avvenuto che, per esigenze di mercato — il mercato dei tubi da noi non ha espansione, mentre è in espansione nel Mezzogiorno — essa deve trasferire questo reparto, e ha colpito la nostra modesta consistenza industriale.

Effettivamente il fatto della impossibilità immediata del ricupero di 45 posti di lavoro in una zona, denota indubbiamente la fragilità della consistenza industriale della zona stessa. Quando penso ad Ala, dove lo stabilimento Orlandi aveva 250 operai e oggi ne lavorano 50, in sei mesi nella zona di Ala sono stati riassorbiti, senza problemi d'ordine sociale, oltre 150 operai, che sono stati assorbiti da altre attività che sono in dinamica di espansione. Ad Arco invece la situazione è più difficile, perché ad Arco non abbiamo presenti oggi possibilità di ricupero industriale; abbiamo delle prospettive che si stanno curando, ma che hanno bisogno di tempo, e per arrivare a saldare la posizione attuale con la possibilità di un ricupero occorre un margine di tempo. Ecco perché qui nascerà un problema assistenziale, mentre in altri casi non nasce. Quindi la solidarietà con le maestranze è giusta, perché gli operai hanno diritto al lavoro, lo dice la Costituzione; bisogna che noi creiamo le condizioni perché ci sia il lavoro, non evidentemente obbligando la azienda a mantenere gli addetti, se le aziende non hanno le possibilità del mercato hanno altre esigenze, ma incrementando gli investimenti e la dinamica industriale, così dando la possibilità della mobilità del lavoro.

Quindi la citazione *sic et simpliciter* del-

l'ordine del giorno sembrerebbe un giudizio negativo per i provvedimenti che l'azienda ha fatto, anche se colpiscono il lavoro nostro, mentre ragionevolmente dobbiamo riconoscere che i provvedimenti fatti dalla azienda sono stati fatti per salvare la Pozzi in generale. Quello che abbiamo offerto, quello che la Regione ha potuto offrire oggi all'azienda Pozzi, è che la nuova decisione del comitato interministeriale del credito rende possibile il finanziamento anche della grande industria, purché l'unità aziendale, per i suoi sviluppi, non abbia più di tre miliardi di investimenti e più di 500 occupati. Quindi non si guarda più alla società e agli addetti della società — Pozzi o Montecatini o Montedison ecc. — ma si guarda al singolo stabilimento. Se il singolo stabilimento ha le possibilità, per decisione della società, ha il desiderio di svilupparsi, vuol fare immobilizzi, vuol fare ampliamenti, la Regione può finanziare questi immobilizzi, aiutare ad abbattere questi costi del denaro, l'esenzione generale delle imposte, perché questi benefici sono estesi alla grande industria, all'unità aziendale della grande industria. Il che non c'era l'anno scorso e c'è oggi. Ora il dialogo con l'industria Pozzi non l'abbiamo aperto per quanto concerne il potenziamento del reparto tapparelle, perché il reparto tapparelle può rimanere ad Arco, in quanto il reparto tapparelle ha un mercato germanico, ha il mercato dell'oriente, ha il mercato al nord, evidentemente la Pozzi ha interesse ad avere uno stabilimento potenziato lì, più vicino al mercato, mentre il mercato dei tubi è un mercato meridionale, cioè è un altro tipo di mercato. Ecco perché la Pozzi ha considerato favorevolmente e sta studiando assieme all'assessorato il piano di sviluppo, di potenziamento del reparto tapparelle, per metterlo in condizioni di produrre in termini di concorrenza, perché se non viene ammodernato il re-

parto tapparelle si chiude anche quello, se non trova un investimento, un ammodernamento, nuovo macchinario per produrre come si deve produrre. Anche il reparto tapparelle, se non c'è l'utilizzazione dell'intero stabilimento per l'unità, per gli investimenti fatti, diventa antieconomico, va chiuso anche quello stabilimento. Ecco che abbiamo esaminato il problema del potenziamento di un solo reparto, con la possibilità, domani potenziato, di riassorbire le stesse unità di lavoro, comunque di salvare almeno quelle esistenti.

Pertanto siamo d'accordo per la posizione dell'operaio, perché il diritto al lavoro è diritto essenziale e la società deve garantire questo diritto, soltanto che lo deve garantire in un certo modo. Gli operai in quella assemblea hanno chiesto lavoro, non hanno chiesto assistenza, hanno chiesto lavoro, ed effettivamente l'uomo ha diritto al lavoro, non ha diritto all'assistenza, in primo luogo. Se arriva la forma assistenziale è proprio perché abbiamo bisogno di tempo per risolvere il problema, ma il fine che dobbiamo perseguire è effettivamente quello del posto di lavoro e quindi di incrementare il settore.

Perciò, per non metterci in difficoltà sulla votazione dell'ordine del giorno, e perché poi Fronza giungerà alla tematica dell'assistenza, pregheremmo di ritirarlo.

**PRESIDENTE:** La parola all'assessore Fronza.

**FRONZA (Assessore enti locali - D.C.):** Io dirò brevemente alcuni argomenti che riguardano l'assistenza. L'ordine del giorno, per questa parte, è parzialmente superato. Tenete conto che i capitoli che ci sono nel mio assessorato parlano di sussidi per l'assistenza a famiglie di lavoratori disoccupati, sottoccupati ed

altre categorie. La Regione è già intervenuta, a mezzo del mio assessorato, per altri casi negli anni scorsi. Non è che non si sia intervenuti; si è intervenuti per casi disagiati di licenziati della Bianchi, si è intervenuti per casi disagiati della Sloi, si è intervenuti per casi dell'Aeromere, si è intervenuti per casi di sottoccupazione della Lancia di Bolzano, per casi di altre ditte di Bolzano, Merano, Bressanone, per quelli delle Elettrochimiche ed altri. Naturalmente il mezzo di intervento è quello fatto attraverso l'ECA, e io non sono d'accordo quando si dice che questa assistenza deve essere fatta in misura uguale per tutti, perché il criterio dell'assistenza che fa l'ECA deve tener conto, sia pur partendo da basi uguali, da pari condizioni, del carico di famiglia, della situazione dei redditi in famiglia, della situazione di necessità e se in una famiglia vi sono casi di minorati od altre cose. Così si è fatto per interventi a favore di sottoccupati, vedi la Miniradio a Malé ed altri, dove si dava un quid con un qualche cosa in più per quanto riguarda i carichi di famiglia. A proposito della Pozzi, sono intervenuto lunedì sera e ho parlato col segretario dell'ECA di Arco, e mi riservo di parlare col Presidente, e se vi sarà necessità mi presenterà un elenco di casi e una richiesta di importo necessario per far fronte ai casi disagiati. Naturalmente poi la definitiva assistenza ai singoli sarà fatta dal comitato dell'ECA, che è un comitato autonomo; non abbiamo mai fatto assistenza diretta come Regione.

Non vedo nemmeno io la necessità di istituire un capitolo apposito, perché la Giunta regionale deve fare una politica per creare più posti di lavoro, più investimenti, non una politica di stanziamenti per importi da distribuire, come sostitutivi di salario; dobbiamo intervenire per l'assistenza quando c'è da interveni-

re. Quindi l'aiuto va potenziato soprattutto per i casi di minorati fisici o psichici od altre cose, ma va diminuito in altri casi, perché i fondi devono essere investiti per creare posti di lavoro. Questo deve essere il nostro obiettivo.

Quindi, per quanto riguarda il mio assessorato, sarà tenuta presente questa situazione, che non si presenta subito ma si presenterà, non so, fra un mese o in quel periodo che deriva dall'accordo che è stato fatto, e come si è sempre intervenuti si interverrà certamente anche in questa occasione nella misura che sarà necessaria per assicurare la solidarietà nostra e quel minimo necessario.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'ordine del giorno: 8 voti favorevoli, 8 contrari, 13 astensioni.

L'ordine del giorno è respinto.

PREVE CECCON (M.S.I.): Chiedo una nuova votazione. Io ho votato a favore e non sono stato contato. Il regolamento dice che la ripetizione della votazione deve essere immediatamente richiesta. Io l'ho richiesta subito. Non mi son permesso di interromperla mentre lei impugnava la carta, ma avevo alzato la mano.

PRESIDENTE: Chi è favorevole all'ordine del giorno? L'ordine del giorno è approvato con 10 voti favorevoli, 9 contrari e varie astensioni.

Ordine del giorno 1 bis), a firma de Carneri, Pruner, Gouthier, Sembenotti, Jenny:

#### IL CONSIGLIO REGIONALE,

*considerato che la mancata attuazione dell'ordinamento regionale in gran parte del territorio della Repubblica ha comportato una mortificazione delle istanze democratiche locali, un aggravamento delle tendenze centralizza-*

*trici del Governo e dello Stato, un freno ad importanti riforme economiche e sociali, nonché il moltiplicarsi di enti burocratici della più svariata natura e finalità, che pesano sulle finanze pubbliche, aggravano l'inefficienza della pubblica amministrazione e non avrebbero ragione di esistere qualora si fosse dato vita alle Regioni a Statuto ordinario;*

*premessò altresì che detta mancata attuazione dell'ordinamento regionale pesa negativamente sulla vita delle Regioni a Statuto speciale che si trovano ad operare in uno Stato centralizzato che tende a emarginarle e a comprimere la loro autonomia politica e finanziaria costituzionalmente garantita;*

*ritenuto quindi che l'attuazione dell'ordinamento regionale in tutta la Repubblica rappresenta una riforma essenziale non più prorogabile,*

*c h i e d e*

*che il Parlamento proceda entro la presente legislatura alla approvazione di tutte le leg-*

*gi necessarie per dare vita alle Regioni a Statuto ordinario e auspica che la elezione dei relativi Consigli regionali abbia luogo contemporaneamente alla consultazione elettorale politica del 1968.*

Dunque, signori consiglieri, io ritengo questo ordine del giorno improponibile, in base all'art. 85: « Durante la discussione generale o prima che questa inizi, possono essere presentati da ciascun consigliere ordini del giorno concernenti la materia in discussione ». Noi discutiamo il bilancio e questo non ha niente a che fare col bilancio.

Metto in votazione, senza discussione, la ammissibilità o meno di questo ordine del giorno: l'ordine del giorno è dichiarato inammissibile a maggioranza.

La seduta è tolta. Il Consiglio è rinviato a domani alle ore 10.

(ore 22,45).